

Wortprotokoll

der öffentlichen Sitzung

des Sonderausschusses "Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg"

Sitzungsdatum: 04. Juli 2018
Sitzungsort: Hamburg, im Rathaus, Großer Festsaal
Sitzungsdauer: 17:02 Uhr bis 22:39 Uhr
Vorsitz: Abg. Milan Pein (SPD)
Schriftführung: Abg. Dennis Gladiator (CDU)
Sachbearbeitung: Frauke Bai

Tagesordnung:

1. Drs. 21/9805 Parlamentarische Aufarbeitung nach dem G20-Gipfel – Einsetzung eines Sonderausschusses „Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg“ – Dank an alle Einsatzkräfte – Härtefallfonds für Entschädigungen sofort verfügbar machen (Antrag SPD, GRÜNE)
(nachträgliche Überweisung)

hier: Fortsetzung der inhaltlichen Aufarbeitung auf der Grundlage des in der Sitzung des Sonderausschusses am 31. August 2017 einstimmig bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE beschlossenen Fahrplans unter Berücksichtigung von Teilen des vertagten Antrags der Fraktion DIE LINKE.

a) Durchführung einer Anhörung von Auskunftspersonen gemäß § 58 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft und Senatsbefragung zu folgenden Themen:

- Linksextremistische Szene in Hamburg, Deutschland, Europa
(Fahrplan Seiten 7 – 9)
- Rolle der Polizei/Vorwürfe gegen die Polizei
(Fahrplan 9-11)

b) Ermittlungsstand DIE

2. Vorbereitung der letzten Sitzung des Sonderausschusses am 16. August 2018
Fortsetzung und Abschluss der Phase 3: „Nachbereitung G20/Konsequenzen“
3. Verschiedenes

Anwesende:

I. Ausschussmitglieder

Abg. Ksenija Bekeris (SPD)
Abg. Henriette von Enckevort (SPD)
Abg. Martina Friederichs (SPD)
Abg. Dennis Gladiator (CDU)
Abg. Carl-Edgar Jarchow (FDP)
Abg. Joachim Lenders (CDU)
Abg. Antje Möller (GRÜNE)
Abg. Arno Münster (SPD)
Abg. Dirk Nockemann (AfD)
Abg. Daniel Oetzel (FDP)
Abg. Milan Pein (SPD)
Abg. Jan Quast (SPD)
Abg. Christiane Schneider (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Sören Schumacher (SPD)
Abg. Juliane Timmermann (SPD)
Abg. Dr. Anjes Tjarks (GRÜNE)

II. Ständige Vertreterinnen und Vertreter

Abg. Danial Ilkhanipour (SPD)
Abg. Urs Tabbert (SPD)

III. Weitere Abgeordnete

Abg. Uwe Giffei (SPD)
Abg. Frau Dora Heyenn (SPD)

IV. Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter

Behörde für Inneres und Sport

Herr Senator Andy Grote
Herr Staatsrat Bernd Krösner
Herr Polizeipräsident Ralf Martin Meyer
Herr Polizeidirektor Joachim Ferk
Herr Kriminaldirektor Jan Hieber
Herr Kriminaldirektor Georg Krüger
Herr Kriminalrat André Malick
Frau Ang. Anja Domres
Herr RD Hartmut Licht

Justizbehörde

Herr Generalstaatsanwalt Dr. Jörg Fröhlich
Frau OStAin Sabine Schmädicke

V. Auskunftspersonen

Herr Dr. Dirk Enzmann
Herr Dr. Rudolf van Hüllen
Herr Patrick Klein
Frau Dr. Elke Steven
Herr Dr. habil. Nils Zurawski

VI. Teilnehmerinnen der Bürgerschaftskanzlei

Frau Frauke Bai
Frau Frauke Harms

VII. Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit

Bis zu 30 Personen.

Zu TOP 1a

Vorsitzender: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir beginnen mit der Sitzung des Sonderausschusses Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg. Dies ist die letzte Sitzung vor der Sommerpause der Hamburgischen Bürgerschaft. Die nächste Sitzung findet dann am 16. August statt. Weitere Sitzungen sind zurzeit nicht geplant. Wie immer wird diese Sitzung im Internet per Livestream übertragen und es wird ein Wortprotokoll geführt.

Meine Damen und Herren, ich heiße Sie ganz herzlich willkommen. Diejenigen, die regelmäßig an diesen Sitzungen teilnehmen, entweder als Gast oder als Mitglied dieses Ausschusses oder im Internet, kennen das Prozedere schon ein wenig. Aber da wir heute auch eine ganze Zahl an Auskunftspersonen als Experten geladen haben, will ich noch einmal kurz darstellen, was der Beratungsgegenstand ist. Wir beraten hier dauerhaft die Drucksache 21/9805, parlamentarische Aufarbeitung nach dem G20-Gipfel, gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg. Und dann würde ich die Vertreter und Vertreterinnen der Medien jetzt bitten, die Filmaufnahmen einzustellen, damit wir die Beratungen beginnen können. Und wie immer der Hinweis, auch an die Zuschauer, dass Film- und Tonaufnahmen während der Ausschusssitzung nicht gestattet sind.

Dann beginnen wir mit Tagesordnungspunkt 1 a), Durchführung einer Anhörung von Auskunftspersonen gemäß Paragraf 48 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft und gleichzeitig Senatsbefragung zu folgenden Themen: linksextremistische Szene in Hamburg, Deutschland, Europa sowie Rolle der Polizei, Vorwürfe gegen die Polizei. Ich schlage vor, dass wir diese beiden Themen allerdings nacheinander beraten, die Experten allerdings Gelegenheit haben, zu den Themen, zu denen sie etwas sagen können, etwas sagen, und dass wir auch dem Senat die Gelegenheit geben, zu den Themen Stellung zu nehmen, damit wir beide Themen abschließend heute vernünftig beraten können an dieser Stelle. Und dass wir aber zunächst natürlich mit den Experten beginnen. Und die erste Frage, Frau Schneider.

Abg. Christiane Schneider: Ich habe trotzdem noch eine Frage zum Ablauf. Es ist ja jetzt eine Anhörung von Expertinnen und Experten und dann reden erst die Expertinnen und Ex-

perten und dann können wir Fragen stellen und hinterher ist die Senatsauswertung, oder wie muss ich Sie jetzt verstehen?

Vorsitzender: Wir machen das ja gleichzeitig mit der Senatsbefragung. Nach der Geschäftsordnung kann der Senat jederzeit das Wort ergreifen. Das wird er dann tun, wenn es notwendig ist. Aber wir fangen jetzt erst einmal mit den Experten an und mit unseren Fragen. Ich denke, das kriegen wir gut hin im weiteren Verlauf.

So, dann fangen wir an. Der erste Komplex dreht sich um die linksextremistische Szene in Hamburg. Ich würde als Eingangsfrage gern von denjenigen von Ihnen, von den Auskunftspersonen ... Ich heiße Sie erst einmal ganz herzlich willkommen, das habe ich noch nicht gemacht. Vielleicht sollte ich Sie auch noch einmal vorstellen der Reihe nach, wie ich Sie hier von links nach rechts vor mir sitzen sehe: Herr Dr. van Hüllen, Herr Dr. Enzmann, Herr Patrick Klein, Frau Elke Steven und Herr Dr. Zurawski. Ich heiße Sie alle ganz herzlich willkommen. Sie sind von verschiedenen Fraktionen benannt worden zu verschiedenen Themen. Sie können nicht zu allen Themen und zu jedem Aspekt, den die Abgeordneten ansprechen etwas sagen, Sie sagen das, was Sie aus eigener Erfahrung wissen und aufgrund Ihrer Tätigkeit uns mitteilen können. Und dann werden wir in ein Frage- und Antwortspiel kommen und dann werden wir das gut gestalten.

Wie gesagt, der erste Punkt ist die linksextremistische Szene in Hamburg. Ich möchte vielleicht von denjenigen von Ihnen, die dazu uns etwas sagen können, wissen, wie sich die Szene in Hamburg darstellt, auch nach den verschiedenen Gruppen, die wir haben. Ist das ein einheitlicher Block, ist das eine wirklich einheitliche Szene, von der man sprechen kann? Welche Situationen haben wir hier in Hamburg, auch spezifisch in Hamburg, vielleicht aber auch in Deutschland allgemein vorliegen? Ich glaube, Herr Dr. van Hüllen hat sich mit dem Thema auch beschäftigt und kann uns vielleicht dazu etwas sagen. Vielleicht so als Eingangsstatement finde ich immer fünf Minuten ganz prima, Sie erhalten hier aber noch viel Gelegenheit, das zu sagen, was Ihnen wichtig ist. Herr van Hüllen.

Dr. Rudolf van Hüllen: Gut, ich will es gern versuchen, in den fünf Minuten kurz anzureißen. Interessant ist vielleicht nicht das, was wir über diese Szenen bereits seit Jahrzehnten wissen, sondern was sich in den letzten Jahren und Monaten dort verändert hat. Und da muss man zunächst einmal feststellen, dass diese Szene in Hamburg, in Deutschland und in Europa, vor allen Dingen die gewaltbereite linksextremistische Szene in einem längerfristigen Umbruchprozess begriffen ist. Der betrifft die Ideologie.

Der Unterschied zwischen rechten und linken gewaltbereiten Szenen liegt daran, dass die linke in der Regel ideengeschichtlich angebunden ist an Ideen der Aufklärung und sich durchaus positiven Werten wie sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit verpflichtet fühlte. Diese Orientierung bricht allerdings zurzeit weg. Wir haben keine deutliche Orientierung mehr an Utopien von einer besseren Gesellschaft, sondern, ganz klar, in den Vordergrund treten seit einigen Jahren die Feindbilder, die positive Zielsetzung – positiv, in Führungszeichen, sonst verstehen Sie mich da nicht – ist eigentlich verschwunden. Die Feindbilder gegen Staat, Polizei, Gesellschaft, gegen Mehrheiten, die man nicht als Opfer deklarieren kann, nehmen zu. Und erstaunlicherweise geht diese Umorientierung, weg von ursprünglich humanistisch gedachten Ideen, einher mit einer erhöhten Aggressivität gegenüber den Gegnern. Ich kann mir das nur so deuten, dass das auch was zu tun haben könnte mit Verlustängsten. Und da müssen wir tatsächlich einmal einen Blick über Hamburg hinaus nach Europa schweifen lassen, da stellen wir fest, dass solche Erscheinungen, wie die hier in Hamburg im Umfeld der Roten Flora aktiv sind, natürlich in allen europäischen Ländern agieren, aber eher kleiner werden, gleichzeitig dabei auch aggressiver werden.

Diese Szene hat also einerseits eine ideologische Krise zu bewältigen. Der zweite Faktor, der sie im Moment charakterisiert, ist allerdings ein unglaubliches Selbstbewusstsein. Und das gilt für Hamburg, das gilt für Berlin und andere Schwerpunkte, in denen linksextremistische Gewaltszenen unterwegs sind. Es gibt verschiedene Faktoren, die das möglicherweise steuern. Das eine ist der Umstand, dass die Sicherheitsbehörden durch die Fokussierung auf den zweifellos viel gefährlicheren Islamismus in ihren Möglichkeiten, linksextremistische Szenen zu beobachten, beschränkt sind, der Fahndungs- und Verfolgungsdruck ist daher geringer. Und wenn ich dann zusätzlich weiß, dass ich für meine Aktionen innerhalb der Gesellschaft jedenfalls mehr Verständnis und Entgegenkommen finde, als das zum Beispiel Rechtsextremisten für sich beanspruchen können, dann resultiert aus dieser Idee, dass man zwar keine positiven Ziele mehr zu vertreten hat, aber andererseits gesellschaftlich in Ruhe gelassen wird, die Situation, dass man eine solche Veranstaltung in Lauf setzt, wie wir die beim G20 gesehen haben. Dass die denen dann aus dem Ruder gelaufen ist, das haben Sie, glaube ich, in diesem Ausschuss hinreichend deutlich besprochen, das ist eine klare Angelegenheit, das gehört mit zum Geschäft.

Es gibt auch insofern eine Veränderung der Situation, als wir jenseits der uns bekannten eher unstrukturierten spontan agierenden Autonomenszene mit den sogenannten Postautonomen eine Struktur inzwischen haben, die sehr genau überlegt, wie sie agiert, die einerseits Gewalt befürwortet und die Revolution, was immer sie sich darunter vorstellen, ins Werk setzen will, andererseits sich aber nicht auf das reine Spektrum der autonomen Szene und der Gewalttäter beschränkt, sondern Brücken sucht in die Gesellschaft. Man könnte es mit einigem Weitblick und einem gewissen Gedächtnis einmal zurücksetzen auf die Idee, dass wir hier so was wie eine strategisch vorgehende, fast schon (...)nistische Fraktion haben. Und wenn ich es richtig sehe, was ich über den G20-Gipfel und die Störungen weiß dazu, ist dies die Interventionistische Linke, der organisierende Kern gewesen.

Also diese drei Aspekte sind bedeutend für die Entwicklung der Szene. Erstens einmal eine ideologische Krise, die die Feindbilder auf Kosten der Utopien und der Visionen in den Vordergrund spielt, zweitens die Erfahrung, dass man weitgehend in Ruhe gelassen wird, und drittens das Vorhandensein eines Instrumentariums, mit dem man eine solche wohlorganisierte, gut aufgebaute und durchdachte Störungsaktion wie beim G20-Gipfel ins Werk setzen kann.

Vorsitzender/Abg. Milan Pein: Vielen Dank. Herr Dr. Enzmann, jetzt haben wir ja von Linksextremisten auch gehört – danach –, dass die selbst behauptet haben, überrascht gewesen zu sein. Ist das schlüssig für Sie, dass sich an G20 oder bei diesem Anlass auch Sachen Bahn gebrochen haben, die erst einmal gar nichts mit politischer Gewalt zu tun haben? Ist das eine schlüssige Erklärung für das, was dort geschehen ist?

Dr. Dirk Enzmann: Ja, wenn man sich die Geschehnisse anguckt, wie sie auch in den bisherigen Anhörungen zu Tage getreten sind, dann muss man sagen, dass wir einen großen Anteil, zum großen Ausmaß auch nicht politische Menschen, die von vornherein jetzt einer politischen Ideologie oder Richtung zuzuordnen seien, sich daran beteiligt haben. Also ich habe Videoaufnahmen gesehen, wo junge Leute davon berichten, dass sie das spannend fanden und dahingefahren sind. Und das verweist auf einen Aspekt, der jenseits der politischen Ideologie, glaube ich, was mit der Eskalationsdynamik zu tun hat, die da stattgefunden hat. Und wenn man sich diese Eskalationsdynamik genauer anguckt, dann gibt es da mehrere Bestandteile, die da alle zusammengekommen sind. Also auf der einen Seite eine aus meiner Perspektive bis jetzt noch nicht deutlich genug herausgearbeitete Rolle der permanenten Liveberichterstattung über die dramatischen Ereignisse, die da waren. Und es ist angesprochen worden, aber beispielsweise in der Anhörung in der Altonaer Kirche kam das

gar nicht zur Sprache. Dann die Tatsache, dass das in einem Szeneviertel stattgefunden hat, was stadtweit bekannt ist, wo man hingehet zum Vergnügen, zum Alkoholtrinken und wo es ja auch in früheren Jahren Ausschreitungen gegeben hat. Dann die Konfrontationsstellung, die permanent sichtbar war durch kreisende Hubschrauber über der Stadt, die auch diejenigen, die sich meinetwegen irgendwo anders aufgehalten haben, ständig daran erinnert haben, was da los ist.

Also so was ist für junge Leute, die beispielsweise aus Spaß und als sogenannte Partygänger aus Lust und Laune sich auch an Prügeleien gern beteiligen, die gibt es auch, attraktiv. Vielleicht kommt noch dazu, dass die Legitimitätsvorstellungen junger Leute, ich meine so im Alter zwischen 18 oder 16 und 25, nicht immer positiv der Polizei gegenüber und den staatlichen Institutionen gegenüber sind. Also wir haben hier in Hamburg Befragungen von 16-jährigen Schülern durchgeführt, wo wir sehen, dass ungefähr 10 Prozent der Befragten die Polizei nicht für legitim halten, ihnen Anweisungen zu geben. Das Vertrauen in die Polizei ist höher, aber die Legitimität wird schlechter eingeschätzt. Das ist in Deutschland noch ein ziemlich gutes Verhältnis, in Frankreich ist das drastisch anders. Aber wenn man sich dann diese Eskalationsdynamik vorstellt, dass also Gewaltbereite, Militante, die es auf Gewalt angelegt haben, aktiv werden, in den Medien eine Dauerberichterstattung über diese Ereignisse ist und dann größere Gruppen von Jugendlichen einfach dorthin reisen können und sich daran dann beteiligen, dann finden diese militanten Aktivisten natürlich auch ihren Hintergrund oder den Bereich, in dem sie agieren können. Und ich denke, das ist sicherlich ein wichtiger Teil, den man berücksichtigen muss.

Vielleicht noch ein Wort zu den Medien. Das soll jetzt keine Medienschelte in dem Sinne sein, dass Medienberichterstattung über diese Ereignisse schlecht oder falsch wäre, aber die Art und Weise, wie da berichtet worden ist, dass also Dauerliveschaltung war und man quasi permanent verfolgen konnte, was an bestimmten Punkten der Stadt passiert, das hat sicherlich einen mobilisierenden Effekt, und dann müsste man sich auch fragen, ob nicht vielleicht die Ethik einiger derer, die solche Nachrichten produzieren, nicht auch einmal infrage gestellt werden könnte oder diskutiert werden könnte.

Vielleicht erst einmal so weit.

Vorsitzender: Ja. Vielen Dank. Wenn die anderen Experten ... Wir machen es so, dass wir ..., alle Experten natürlich auch zu unterschiedlichen Themen da sind. Wenn Sie selbst etwas ergänzen möchten, dann melden Sie sich. Ich sehe es dann, kann Sie dann auch drannehmen. Wir haben jetzt drei Wortmeldungen von ..., vier Wortmeldungen von Abgeordneten mit Fragen, würde dann aber auch bitten, dass wir vielleicht einmal den Verfassungsschutz miteinbeziehen, den Senat miteinbeziehen, damit zu den Strukturen, die Herr Dr. van Hüllen gerade dargestellt hat, noch etwas gesagt werden kann. Wollen wir das zuerst machen oder erst einmal die Abgeordneten noch fragen lassen? Ich gucke einmal so in die Runde, diejenigen, die sich gemeldet haben ...

(Zuruf)

Ja, Herr Dr. Zurawski erst einmal, ja, natürlich, Entschuldigung, ja.

Dr. Nils Zurawski: Ja, so. Nur eine Nachfrage an meinen Kollegen Herrn van Hüllen. Ich kann vielem folgen, aber haben Sie zum Schluss gesagt, dass der Protest quasi also zentral gesteuert wurde von dieser, Sie haben es Interventionistische Linke genannt, von der Gruppe? Ich finde ... Also ich glaube nicht, dass ... Bei der Linken ist vieles, eins davon ist Aufspaltung und das andere ist Dezentralisierung. Dass eine Gruppe dieses Ganze so konzentriert, wie wir es dann gesehen haben, halte ich für viel Kredit für so eine kleine Gruppe, sondern eher im Anschluss an das, was uns Herr Enzmann gesagt hat, dass die eine Dynamik

erzeugt haben, wo alles andere mit in seinen Sog geriet sozusagen, auch Unbetei..., also links Unbeteiligte, Event, Gewalt, keine Ahnung.

Vorsitzender: Also da vielleicht die Nachfrage, weil das ja meine Eingangsfrage war, inwieweit diese Szene aufgesplittet ist, weil Sie das eben auch aufgegriffen haben.

Dr. Nils Zurawski: Ja, na ja, also ich glaube, die ist aufgesplittet, so. Ganz viele kleine Gruppen, die zusammenarbeiten oder nicht, das ist ja nun Kennzeichen, auf der Linken ist Zersplitterung quasi ein Merkmal, wenn auch ein sehr diffuses, aber viele kleine Gruppen, die sich nicht eins sind, immer wieder Aufspaltungen, den wahren Kern der Lehre. Von daher, Zentralisierung und dann eben so eine Aktion so konzertiert zu machen, halte ich nicht für ..., wahr oder also nicht für vorhanden. So.

Vorsitzender: Vielen Dank. So, der Senat hat sich gemeldet. Herr Senator.

Senator Andy Grote: Vielleicht ... Es war noch eine Frage, glaube ich, von Herrn van Hüllen.

Vorsitzender: Ach, so, ja, das hatte ich so gar nicht verstanden. Ja, bitte. Ja, klar, natürlich.

Dr. Rudolf van Hüllen: Das kann ich natürlich mit einem Satz beantworten. Herr Zurawski hat völlig Recht, aber ich habe auch nicht unrecht damit. Das eine schließt das andere nicht aus. Völlig klar ist, dass, wenn eine solche Angelegenheit in Lauf gesetzt worden ist, die Entwicklungsdynamik einer solchen Gewaltaktion nicht kontrollierbar ist, für niemanden. Richtig ist auch, dass die linke Szene natürlich ideologisch unglaublich gespalten ist, aber vereint ist in der Ablehnung dieses Events. Und der G20 war der optimale Kick, in dieser Stadt mit einer starken linken Szene um diese Jahreszeit mit diesen Feindbildern, Erdogan und Putin und Trump und Ähnlichen. Das ist eine Angelegenheit, die überwölbt sofort die kleinen Auseinandersetzungen, die man hat.

Es gibt, Herr Zurawski, tatsächlich einen organisierenden Kern, der die Strukturen schafft, aber selbstverständlich wird das in größeren Runden besprochen und nicht jede von den kleinen Gruppen wird sich den Beschlüssen dort hundertprozentig anschließen. Aber einen organisierenden Kern, und da muss ich zugeben, sehe ich einen Unterschied zu den Jahrzehnten davor, wo das in dem Umfang nicht erkennbar war, den haben wir in Hamburg gesehen.

Vorsitzender: Okay, vielen Dank. Frau Schneider, Sie haben sich mit zwei Händen gemeldet. Ja, bitte, also, weil Sie mit der weiteren Fortführung nicht einverstanden sind. Machen Sie einmal schnell.

Abg. Christiane Schneider: Ja, weil ich finde, das hätte kommuniziert werden sollen vorher. Unter Expertinnenanhörung verstehe ich eigentlich, haben wir das bisher immer so gehalten, die Expertinnen und Experten stellen ihre Positionen dar, dann fragen die Abgeordneten und dann kommt hinterher die Senatsbefragung. Wenn das jetzt alles durcheinanderght, weiß ich, ehrlich gesagt, nicht ... Das ist ja keine Expertinnenbefragung mehr.

Vorsitzender: Doch, aber der Senat wird ja ... Wir machen ja die Expertenanhörung mit der Senatsbefragung zusammen. Und wenn wir das jetzt, sage ich einmal ... Ich habe jetzt eine Frage gestellt, meine Frage wird jetzt gerade beantwortet und jetzt möchte der Senat auch einen Teil meiner Frage beantworten, das finde ich ja in Ordnung. Wenn Sie dran sind, passiert das ja auch, also wir rauben uns dadurch ja keine Zeit, sondern wir bleiben an einem Thema dran. Ich halte das für sinnvoll, das so zu machen. Herr Gladiator.

Abg. Dennis Gladiator: Wir können es ja gern pragmatisch handhaben, aber ich fände es schon gut, wenn wir uns Sachverständige einladen, dass wir als Abgeordnete zunächst auch

die Gelegenheit haben, die Sachverständigen zu befragen. Ich glaube, der Senat hat hier ausreichend Platz bisher gehabt, wird ihn heute auch noch haben, es darzustellen. Wenn wichtige Ergänzungen kommen, wo er meint, das ist jetzt ein Faktum, was dazu geliefert werden muss, da habe ich ja auch nichts dagegen, aber ansonsten fände ich es schwierig, wenn auf jede Frage, die wir den Auskunftspersonen stellen, der Senat dann auch in seiner sehr ausschweifenden Art darauf antwortet. Dazu fehlt dann ein bisschen Zeit.

Vorsitzender/Abg. Milan Pein: Also ich würde aber jetzt ... Ich hatte selbst eine Frage gestellt zur Struktur und Zersplitterung der linken Szene und glaube, dass dazu auch der Verfassungsschutz etwas sagen kann. Und dann hätte ich als Abgeordneter selbst auch die Frage gern beantwortet, und zwar jetzt in diesem Zusammenhang. Das ist doch nicht unverständlich. Also ...

(Zuruf: Vielleicht fragst du es noch einmal?)

– Ja, ja, deswegen, ich hatte das ja gerade gesagt, also das ist jetzt ein bisschen missverstanden worden, als ... Ja. Also jetzt hätte ich gern, ehrlich gesagt, vom Verfassungsschutz dazu auch eine Antwort, zur Frage Einheitlichkeit, Zersplitterung der linken Szene, und dann machen wir mit der Expertenanhörung weiter. Ich denke, das kriegen wir gut hin. Herr Nockemann.

(Abg. Carl-Edgar Jarchow: Ich hatte mich vorher gemeldet!)

– Auch Herr Jarchow, war auch zum Verfahren. Bitte.

(Zuruf)

– Ja, dann ...

Abg. Carl-Edgar Jarchow: Ich glaube, die Irritationen entstehen dadurch, dass wir normalerweise in solchen Fällen bei Expertenanhörungen so anfangen, dass wir den Experten sicherlich die Gelegenheit geben, ein Statement abzugeben, und wir dann in die Fragerunde einsteigen. Jetzt haben wir es eben gemacht, dass der Vorsitzende eine Frage stellt, zwei Antworten, und dann geht es hier weiter. Ich glaube, das hat etwas irritiert.

Vorsitzender: Okay, wir können auch natürlich den Experten noch Gelegenheit geben, das zu sagen zu dem Thema, was sie wollen. Ja. Frau Möller hatte sich noch gemeldet.

Abg. Antje Möller: Na ja, um irgendwie einmal ein bisschen System da reinzubringen. Es geht uns nichts verloren. Es ist richtig, wir haben eine Redeliste der Abgeordneten und eine konkrete Frage, die Sie jetzt an den Verfassungsschutz stellen wollen, und dann geht es doch so seinen Gang. Also ich finde auch, es sollte nicht dazu kommen, dass sich jetzt der Senat mit den Experten und Expertinnen auseinandersetzt, sondern da müssen wir schon sozusagen mit drin sein. Und wenn das alle so akzeptieren, dann, glaube ich, geht es nach der Redenreihenfolge und der Senat gibt ein Signal, wenn er von sich aus auch noch einmal reingehen will oder antwortet auf konkrete Fragen. So müsste es doch eigentlich passen.

Vorsitzender: Das hört sich schon ganz gut an. Herr Nockemann.

Abg. Dirk Nockemann: Also ich sehe es auch so, dass hier die erste Viertelstunde viel zu wenig strukturiert gewesen ist im Gegensatz zu dem, was sonst immer abläuft und wie es sonst immer abläuft. Sonst ist es immer hervorragend. Wenn Sie eine Frage stellen, dann verstehe ich das, an die Sachverständigen, vielleicht auch an den Senat, aber wenn die Abgeordneten, die anderen Abgeordneten eine Frage stellen, dann möchte ich schon deutlich machen, an wen ich die Frage stelle. Und dann hätte ich es auch wirklich nur ungern, wenn der Senat dann dazwischengrätscht.

Vorsitzender: Frau Friederichs.

Abg. Martina Friederichs: Ja, ich würde das Ganze jetzt auch nicht mehr länger aufhalten wollen. Ich glaube es wäre gut, wenn wir jetzt mit dem Verfahren fortfahren. Das ist für unsere Gäste vielleicht auch nicht schön, wenn wir uns erst einmal im Kleinklein hier verhaken und uns da überlegen, was wir jetzt machen. Es ist, glaube ich, sinnvoll, die ganzen Passagen im Zusammenhang zu diskutieren, und ich finde es gerade sehr charmant, die theoretische Sicht unserer Gäste, also unserer Gäste auch aus Forschung zu hören, und dann noch einmal entgegenstellen zu können, was sind die Ergebnisse der Soko, was ist tatsächlich passiert, was gibt es ansonsten auch zum Beispiel beim Verfassungsschutz für Erkenntnisse, um das ein bisschen auch entgegenstellen zu können. Insofern würde ich das auch nicht entzerren wollen, sondern das äußerst gut finden, wenn wir jetzt an der Stelle fortsetzen. Und ansonsten würde ich meine Frage auch an alle Beteiligten der ersten Reihe stellen wollen.

Vorsitzender: Gut, also dann machen wir das erst einmal so, dass ich jetzt noch einmal den Experten Gelegenheit gebe, das zu sagen, was in einem typischen Eingangsstatement auch gesagt worden wäre, danach fände ich es allerdings trotzdem gut, wenn der Verfassungsschutz etwas sagt, und dann machen wir genauso weiter, wie wir das besprochen haben und wie Frau Möller das eben auch angeregt hat. Und dann hoffe ich, dass wir da eine vernünftige Struktur reinbekommen. Aber ich sehe, ich hatte so den Eindruck, dass die Experten schon mit dem Ersten so bedient waren. (...)

So, dann würde ich den Verfassungsschutz bitten und dann machen wir mit den Fragen weiter. Der Senator muss das Wort geben.

Senator Andy Grote: Ja, Herr Vorsitzender und meine Damen und Herren Abgeordneten, wir nehmen ein bisschen für uns in Anspruch, auch als Verfassungsschutz etwas Expertise zu haben zu dem Thema und würden jetzt einfach einmal zu der aufgeworfenen Kernfrage, linke Szene, linksextremistische Szene in Hamburg, Gruppierungen, Strömungen, Struktur, Rollen, Verhältnis untereinander ein bisschen was darzustellen. Und das würde Frau Domres als stellvertretende Leiterin des Verfassungsschutzes machen.

Anja Domres: Ja, vielen Dank. Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Hinsichtlich der Strukturen der sogenannten linksextremistischen Szene in Hamburg muss man zunächst konstatieren, dass es die linksextremistische Szene eigentlich nicht gibt, sondern es gibt ein linksextremistisches Spektrum, das heißt, es gibt verschiedene Gruppierungen, die in der Regel nicht miteinander, sondern nebeneinander agieren und die eben, wie auch eben schon gesagt wurde, sowohl organisatorisch als auch ideologisch stark zersplittert sind. Diese Gruppierungen bekämpfen sich zum Teil sehr heftig und sind sich aber trotz aller Unterschiede in einem einig, sie fordern die Beseitigung des Staates, Beseitigung des real existierenden Deutschlands und sie sind sich aber auch einig, dass die Polizei als Schergen der Bourgeoisie ebenfalls als Feind anzusehen ist.

Wie der Kampf gegen die bestehende Ordnung zu führen ist, darüber gibt es allerdings nur sehr wenig Einigkeit. Einige sehen Gewalt durchaus als legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung an, andere bekunden zumindest offiziell eine Distanz zu dieser Einstellung. Genauso wenig ist man sich einig, wie ein Gemeinwesen nach einer sogenannten Revolution aussehen soll. Einige wollen einen kommunistisch organisierten Staat, andere lehnen jegliche Organisationsform ab. Aber die beschriebenen Gemeinsamkeiten, gegen den Staat zu kämpfen, also die Beseitigung der bestehenden Ordnung als auch die Einstellung zur Polizei, führen dazu, dass trotz aller internen Widersprüche diese unterschiedlichen Strömungen und auch die Gruppen auf Zeit miteinander kooperieren und sympathisieren. Und das hat man bei G20 sehr eindrucksvoll erleben können.

Ich möchte mich jetzt im Wesentlichen auf die drei Organisationen beschränken, die unmittelbar oder mittelbar auch für das Ausmaß der Krawalle verantwortlich zeichnen. Da sind zum einen zu nennen die Hamburger Autonomen aus dem Bereich der Roten Flora, die postautonome Gruppe Interventionistische Linke und die antiimperialistische Gruppe Roter Aufbau Hamburg. Diese drei Gruppierungen spielen eine zentrale Rolle bei der Mobilisierung und bei der Protestplanung und während die Autonomen und der Rote Aufbau Hamburg federführend bei der Organisation ihrer jeweiligen Camps für auswärtige Teilnehmer waren, gelang es der IL erstmals, nicht nur die maßgeblichen gewaltorientierten linksextremistischen Lager, also Autonome, Postautonome und Antiimperialisten, sondern auch nicht extremistische Organisationen, wie das ihre Aktionskonferenz im April in Hamburg gezeigt hat, in einem Gesamtkonsens zu vereinen.

Wenn man sich die Interventionistische Linke anguckt, entstand sie nach eigenen Angaben 2006 aus den Widerstandshandlungen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm 2007. Und zu ihrem Selbstverständnis äußert beispielsweise eine ihrer Protagonistinnen, Frau Laquer, wir verorten uns als Gruppe der undogmatischen radikalen Linken. Als Ziel wird propagiert, den Weg zu einer befreiten Gesellschaft freizumachen, Abschaffung des Privateigentums und Produktionsmitteln und die Überwindung des bürgerlichen Staatsapparats als Garant dieser Eigentumsordnung. Die IL versucht, wie gesagt, zum Erreichen dieser Ziele Bündnisse zu schmieden von militanten bis hin zu nicht extremistischen Gruppen und man will weit in das bürgerliche Lager hineinreichen. Und das ist ihnen, wie gesagt, ja auch bei G20 partiell gelungen. Nach eigener Aussage wollen sie eine gesellschaftlich relevante Kraft werden und wir sind aber beleidigt, so die Selbstaussage, wenn man uns für weniger radikal hält als die Autonomen. Und nach unserer Einschätzung kann man die Interventionistische Linken als eine Art Scharnier sehen, über gezielte Arbeit mit Nichtextremisten Anschluss über linksextreme Strukturen hinaus zu finden.

Beim Thema Militanz muss man die IL durchaus als doppelzünftig betrachten. Es gibt Zitate, die da lauten, wir wollen mit möglichst vielen Menschen Aktionen machen, sie radikalisieren und ermutigen. Dazu ist es notwendig für widerständige und grenzüberschreitende Aktionen Legitimität nach außen und Transparenz nach innen herzustellen. Wir suchen nicht die Konfrontation mit der Polizei, aber wir werden uns auch nicht aushalten lassen, aufhalten lassen. In der "Zeit", in einem "Zeit"-Interview äußert Frau Laquer: "Schwarz, also die Autonomen ist auch ein Teil von bunt. Es gäbe eine Verdrehung des Gewaltbegriffs. Ein abgebranntes Auto ist immer noch Sachbeschädigung. Die Gewaltfrage müssen wir in einem historischen Kontext sehen. Die Kriminellen von heute sind oft die Helden von morgen."

Wenn man sich die zweite Gruppierung anguckt, die autonome Szene in Hamburg, die sich um die Rote Flora gruppiert, muss man sagen, das ist ein gewaltorientierter Linksextremismus ohne einheitliches Weltbild. Der politische Kampf richtet sich gegen die bestehende politische und gesellschaftliche Ordnung. Es werden sämtliche autoritären und hierarchischen Strukturen des Staates und seiner Einrichtungen, insbesondere die Repressionsorgane wie Polizei, Justiz und auch Nachrichtendienste abgelehnt. Und aufgrund der Ablehnung von Hierarchien und Herrschaft gibt es eben auch zu anderen linksextremistischen Akteuren große weltanschauliche Differenzen. Die Autonomen wollen also den Staat zerschlagen. Konkrete Vorstellungen über das danach fehlen jedoch. Und sie sehen die Akzeptanz als Gewalt, als legitimes Mittel. Auch hier wird Blechschmidt in einem "Zeit"-Interview wie folgt zitiert: "Mit Ihrem Demo-Motto Welcome to Hell deeskalieren Sie aber auch nicht gerade." Blechschmidt: "Es ist ja klar, dass wir nicht die katholische Pfadfinderjugend versammeln. Es geht uns um eine kämpferische Demo. Militanz ist eine bewusste Regelübertretung. Sich im Vorfeld von Gewalt zu distanzieren, bedeutet für uns in die ideologische Falle der Gegenseite zu laufen."

Die dritte Gruppierung, der Rote Aufbau Hamburg ist dem sogenannten antiimperialistischen Spektrum zuzuordnen. Hier wird überwiegend gegen global tätige Konzerne agiert, gegen nationale und internationale Institutionen und es gibt ein Recht auf Widerstand gegen das System, welches auch gewalttätige Aktionen einschließt. Von Autonomen grenzen sie sich aufgrund größerer, ideologischer Differenzen ab. Es gibt wenig strukturelle Berührungspunkte. Und sie wollen eben nicht die bürgerlichen Rechte bekämpfen und das bürgerliche System insgesamt aufheben, und der Kampf wird mit Gewalt ausdrücklich befürwortet. Auch hier gibt es Äußerungen im Vorfeld zu G20: "Wir werden mit unserem Hass auf dieses System mehr sein als eine Randnotiz." Und zur 1. Mai-Demo 2016 bezüglich G20 gibt es die Äußerung: "Mit uns gibt es Molotowcocktails statt Sektempfang. Wenn der G20 nach Hamburg kommt, brennt die ganze Stadt."

Das sind ja Äußerungen, die hier schon mehrfach zitiert worden sind in diesem Ausschuss. Aber vielleicht dazu kurz, das ist die Struktur der drei relevanten Gruppierungen, die eben an dem G20-Gipfel mit militanten Aktionen beteiligt waren. Vielleicht so weit.

Vorsitzender: Vielen Dank. Wir machen jetzt mit den Fragen weiter. Wir machen es so, die Abgeordneten stellen die Fragen an die Experten. Auskunftspersonen sagen, an wen das gerichtet ist. Wenn die Auskunftsperson selbst noch etwas ergänzen möchte, geben Sie mir als Vorsitzenden ein Zeichen, damit wir da in die Diskussion kommen. Herr Gladiator.

Abg. Dennis Gladiator: Ja, vielen Dank. Ich hätte zwei Fragen und würde mit Herrn Dr. van Hüllen beginnen, weil, Sie haben diesen Umbruch beschrieben, in der sich die linke Szene im Hochkomma befindet, auch die Auswirkungen, die daraus resultieren. Mich würde da Ihre Meinung oder Ihre Einschätzung interessieren, wenn man nach G20 erlebt hat, dass die "Szene" es ja als, also die Szene jetzt immer im Hochkomma, als Erfolg gewertet hat, diesen Kontrollverlust der Stadt herbeigeführt zu haben. Wir haben dann eine Reaktion unmittelbar nach dem Gipfel gehabt, des Ersten Bürgermeisters, des ehemaligen Ersten Bürgermeisters, der sehr starke Konsequenzen angekündigt hat und auch direkt Richtung Rote Flora gesagt hat, da sitzen die geistigen Brandstifter, es wird nichts bleiben, wie es ist, also auch über politische Konsequenzen geredet hat. Und wenn man jetzt erlebt, dass dann ja auch mit Gegendruck reagiert wurde, quasi Drohungen an die Stadt: Wenn Ihr bei uns ... denkt uns zu räumen, dann habt Ihr Ärger in der Stadt. Und jetzt erleben wir, dass zwischen einer Ankündigung von Konsequenzen und tatsächlich einer Situation, in der sich nichts politisch verändert im Umgang mit dem Linksextremismus, welche Wirkung hat das in diese "Szene" hinein, die sich sowieso schon im Umbruch befindet. Vielleicht können Sie dazu etwa sagen.

Und eine zweite Frage, wenn ich gleich darf, auch an Sie. Gibt es in Hamburg eine Besonderheit, eine besonders starke linke Szene, vielleicht ähnlich wie in Berlin, aber anders als in München. Gibt es da Unterschiede? Und wie erklären Sie sich das?

Vorsitzender: Herr van Hüllen.

Dr. Rudolf van Hüllen: Ja, ich beginne einmal mit der ersten Frage. Wenn meine Vorstellung richtig ist, dass wir im Unterschied zu der Situation von vielleicht vor 20 Jahren nicht mehr ausschließlich diese unstrukturierte autonome Szene haben, sondern einen Kern haben, der strategisch denkt, der langfristig und diszipliniert Kampagnen in Lauf setzt, der vermutlich auch ältere Theorien, wie die von Lenin oder von Stalin oder von Mao Tse Tung und ähnlichen sogenannten Klassikern relativ gut reflektiert, dann wird das, was da aus dem Ruder gelaufen ist, auch aus der Sicht der linken Szene von denen zunächst einmal als Panne begutachtet werden. Denn sie wollten ja eigentlich in die Bürgergesellschaft hineinwirken, sie wollten ja eigentlich eine breitere Zustimmung für das finden, was sie da bewegt haben. Und nun ist das Ganze aber aus dem Ruder gelaufen und deswegen kontraproduktiv geworden.

Jetzt gibt es die entsprechenden Reaktionen aus der Gesellschaft heraus. Das führt zunächst einmal in einer solchen Szene zum Erschrecken, weil man ja bestimmte Besitzstände zu verteidigen hat. Dazu gehört auch die Rote Flora. Man wird also eine Weile abwarten und sagen, passiert da jetzt wirklich was. Wenn nichts passiert, dann kann man sich gut vorstellen, dass die Reaktion sein wird, dass man aufgrund der fehlenden, der ausbleibenden Reaktion die Kampfzone ausweitet. Es ist eine alte Strategie von revolutionären Bewegungen, die den Leuten auch durchweg bekannt ist, dass dann, wenn der Feind zurückweicht oder nicht kämpft, man die Forderungshöhe erhöht und versucht, das vom Gegner aufgegebene oder nicht besetzte Territorium selbst in Empfang zu nehmen. Also da kann man relativ sicher von ausgehen. Ich könnte Parallelen ziehen zu Entwicklungen in Berlin, auch insbesondere in Leipzig-Connewitz, die haben ja ein ähnliches Problem wie das Hamburg mit der Flora hat. Dort hat man einfach über Jahrzehnte die Dinge laufen lassen. Und durch das Laufenlassen haben sich diese Strukturen immer mehr verfestigt und die Ansprüche, die aus der gewaltbereiten Szene herauskamen, sind größer geworden, sie haben sich irgendwann nicht mehr damit begnügt, dass sie ihre, von ihnen vermeintlich als Freiräume kontrollierten Straßenzüge für Andersdenkende und den Staat sperrten, sondern sie haben dann irgendwann 2015 angefangen, den Staat selbst initiativ anzugreifen. Das heißt, sie haben mit Angriffen auf Polizeiwachen begonnen, auf die Privatfahrzeuge von Polizeibeamten, auf Polizeibeamte nach Dienstschluss. Das sind alles offensive Maßnahmen, die sich daraus ergeben, dass die Gegenwehr von gesellschaftlicher Seite her zu schwach war.

Die zweite Frage, Besonderheiten in Hamburg. Die Langfristigkeit der hier sitzenden linken Strukturen, ich sage das einmal im ganz weiten Sinne, hat was mit der Hamburgischen Geschichte zu tun, mit einer großen Industriestadt, mit einem großen Hafen, einem, altmodisch gesprochen, auch ausgeprägten Proletariat, das heißt, einer großen Arbeiterschaft und es gab natürlich seit mindestens 1917 in dieser Arbeiterstadt Hamburg zwei verschiedene Strömungen der Linken, nämlich die Sozialdemokratie und die Kommunisten, also, die nicht demokratische Linke. Das wirkt sich bis heute aus und das werden Sie natürlich auch mit politischen Bildungsmaßnahmen oder mit viel gutem Willen auch nicht ändern können, das gehört einfach zur Hamburger Geschichte. Das, denke ich einmal, das ist schon anders als in Garmisch-Partenkirchen oder in irgendwelchen hessischen Dörfern. Das werden Sie auch nicht ändern können, Sie müssen in Hamburg immer mit ganz spezifischen hanseatischen Grundlagen rechnen, die was mit der Geschichte dieser Stadt zu tun haben. Das ist kein Fehler. Wenn man sich darauf einstellt, muss man die Geschichte annehmen.

Vorsitzender: Das war die Zweite. Frau Friederichs.

Abg. Martina Friederichs: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Wir haben uns in den letzten Wochen ausführlich mit den Geschehnissen und Ausschreitungen während des Gipfelwochenendes beschäftigt, und es war teilweise sehr verstörend zu hören, mit welcher Brutalität teilweise Gewalttäter oder vielfach Gewalttäter vorgegangen sind. Mich würde gern interessieren, auch Herr Enzmann, Sie hatten das schon angesprochen und Herr Zurawski kann dazu bestimmt auch etwas sagen. Haben Sie eine Erklärung für diese Gewaltexzesse. Sie hatten eben schon gesagt, es gibt eine Vermischung. Weswegen ist diese Situation so eskaliert zwischen Linken, Partyvolk, Kriminellen? Wie ist das zu bewerten? Wie beurteilen Sie da auch die Rolle linker Gruppierungen in der Gesamtmobilisierung, sage ich einmal. Und wie ist es aus Ihrer Sicht, dass auch so politisch nicht motivierte Menschen in der Weise Aggressionen verüben, wie wir sie hier an dieser Stelle gesehen haben?

Vorsitzender: Herr Enzmann.

Dr. Dirk Enzmann: Ich höre in der Frage eigentlich noch einen Subtext, eine andere Frage, die eigentlich lautet, die Gewalt nimmt zu. Also, die Brutalität nimmt zu und die Gewalt nimmt

zu. Und darüber müssen wir diskutieren, das ist richtig. Aber ich würde denken, wenn wir uns hier auf allgemeine Prozesse in unserer Gesellschaft konzentrieren, die erklären können, warum das so gelaufen ist, wie das jetzt vor Ort war, dann verpassen wir die Chance, zu gucken, was im Detail im situativen Kontext geschehen ist, also in den Momenten. Also, ich will trotzdem versuchen, darauf zu antworten, aber ich würde sagen, das kann ... wenn wir allgemein darüber diskutieren, ob zum Beispiel die Anzahl der Partygänger, die gewaltbereit sind und sich mobilisieren lassen, zugenommen hat, ob der Respekt gegenüber der Polizei abgenommen hat und solche Fragen kann man ja stellen, dann verlieren wir eigentlich das Geschehen, was hier passiert ist, glaube ich, aus dem Auge. Das wollte ich vorsichtig noch dazu sagen.

Aber jetzt die Frage, gibt es eine zunehmende Gewaltbereitschaft, so habe ich die Frage auch gehört. Und da würde ich sagen, allgemein glaube ich das nicht. Also alles, was wir außerhalb des G20-Gipfels sonst so sehen, wenn wir uns Gewaltverhalten angucken, weist überall in allen möglichen Bereichen auf Rückgänge hin. Das fängt an in der Familie, Elterngewalt geht zurück. Das findet sich in Kriminalstatistiken, wo alle wissen als Helffelddaten groß ... fragwürdig sind und das findet sich in vielen Bereichen. Deswegen müssen wir eigentlich gucken, was kann eigentlich das erklären, warum jetzt diese massive Gewalt in G20-Situationen so eskaliert ist. Und ich glaube, da muss man verstehen, dass es, wie schon gesagt, angesprochen wurde hier, wenn eine militantbereite, also eine militante und zu Gewalt bereite Gruppierung es schafft, die Situation eskalieren zu lassen oder zu diktieren. Und wenn darauf reagiert wird mit einer dramatisierenden Berichterstattung, die alle Welt in Atem hält, also hier in Hamburg auch. Und wenn es dann eine große Gruppe von jungen Leuten gibt, die auch Spaß an so was haben – es gibt auch Polithooligans und es gibt Menschen, die unterscheiden sich, die kann man auch nicht sozial besonders identifizieren, wenn sie sich Hooligans angucken, die sind nicht einer ganz bestimmten Schicht mehr zuzuordnen –, aber die haben Spaß an Gewalt, das ist ein Kick für sie, der Adrenalinstoß, den suchen sie und das ist dann auch eine Gelegenheit, die sie ergreifen. Und, ich denke, in so einem Kontext eskaliert das und schaukelt sich hoch.

Dass mit so einer Brutalität vorgegangen ist, wie wir das gesehen haben, hat sicher auch damit zu tun, dass Leute hier zugereist sind, die das von vornherein vorhatten. Ganz möglicherweise auch entgegen der Intention derer, die in der Roten Flora als Autonome durchaus gewaltbereit sind, aber nicht Gewalt gegen Personen, sondern nur Gewalt gegen Sachen befürworten würden. Wobei diese gewaltbereiten, militanten Zugereisten durchaus wahrscheinlich auch Gewalt gegen, also schwere Verletzungen von Personen in Kauf genommen haben, wenn es sich zum Beispiel um Polizeibeamte handelt. Also, ich glaube, deswegen muss man sich angucken, was hier vor Ort passiert ist. Und das nicht auf so eine generelle Frage, auf so eine Ebene bringen, haben wir hier eine Zunahme von Problemlagen im Bereich von Gewaltbefürwortung und dergleichen. Das wäre meine Antwort dazu.

Vorsitzender: Frau Friederichs wollte die Frage auch an Herrn Dr. Zurawski haben.

Dr. Nils Zurawski: Ohne das jetzt, auch mit der Gefahr, vielleicht ein, zwei Punkte zu wiederholen, aber ich versuche, das einmal zu umgehen. Zum einen nur einmal als Bild und die dienstälteren Polizeibeamten hier im Raum werden sich vielleicht erinnern, Hafenstraßenfotos aus den Achtzigerjahren, dort tragen alle Autonomen schwarze Helme. Ich habe keine Fotos mit Autonomen mit Helm gesehen beim G20, also zur Zunahme von Gewalt, zur Abnahme von Gewalt. Es gibt durchaus Aussagen aus den Spektren oder auch von ehemaligen, von sozusagen Altlinken oder ehemaligen Autonomen, die das Gegenteil behaupten würden, also sozusagen die gewalttätigere Zeit früher verorten würden. Nun war früher gemeinhin immer alles besser, deswegen ist so was mit Vorsicht zu genießen, aber dennoch

gibt es Hinweise darauf, dass vielleicht Änderungen stattgefunden haben. Ich teile die These von Herrn Enzmann, dass wir eher in einer pazifizierten Gesellschaft leben, in der die Wahrnehmung von Gewalt sich verändert, also insgesamt werden wir friedlicher im Umgang miteinander, Elterngewalt et cetera und dann Ereignisse, wie sie G20 zweifelsohne sind, viel drastischer wahrgenommen werden, weil sie eruptiv, wie sie plötzlich da sind, weil sie so wie ein singulärer Moment dastehen über eine Woche und plötzlich alles außer Rand und Band ist, wie man es überhaupt nicht gewohnt ist, in dieser Art und Weise, und deswegen der Eindruck entsteht, das ist alles viel, viel schlimmer. Schön waren die Bilder auf keinen Fall, aber ob das schlimmer ist als sonst oder da eine Zunahme stattfindet, weiß ich nicht.

Die Dynamik von solchen Veranstalt... oder von solchen Gewaltexzessen, die mich auch überrascht haben im Anschluss, gibt es viele Erklärungen dafür, aber eine ist natürlich eine gruppensdynamische Sache, es besteht ein Gegner. Also so was passiert natürlich nicht, ohne dass da ein Gegenüber ist, der hat bestanden mit der Polizei, die war massiv vorhanden, die war auch nicht unsichtbar. Es war zum Teil organisiert, zum Teil nicht, zum Teil bestand ein Sog und es ist immer schwer auszumachen. Das Wetter hat bestimmt mit reingespielt, der Alkoholgenuss, die Schanze als das Viertel, wo sowieso alles hinströmt, so als, ja, mythischer oder der Symbolort für so was. Und es ist schwer rauszufinden, an welchem Punkt so was kippt und völlig unkontrollierbar wird. Ich glaube, diesen Punkt kann man wenig nachkonstruieren. Und wenn man sich verschiedene dieser Ereignisse anguckt, wir brauchen ja nur durch Europa zu gehen. Was war es in London, was den Punkt brachte? Was war es in Paris 2009, in London 2011, die Aufstände in Banlieue, das passierte ja genau auf die Art und Weise, Polizei war vor Ort, es war ein kleines Ereignis und plötzlich brannten die halbe Vorstadt in Paris und große Teile oder viele, einige Stadtteile in London. Völlig nicht nachvollziehbar. Das nachzuzeichnen, schwierig, ist aber nicht mehr, sondern irgendwas passiert da in der Melange an dem Tag, zu der Stunde.

Dennoch – und das ist der letzte Punkt in dieser Runde – würde ich versuchen, den Konflikt oder G20 als einen Punkt in einem langen Konflikt zu sehen. Deswegen haben das Herr van Hüllen und auch Herr Enzmann schon angedeutet, gegen G20, gegen Multis und auch die Analyse vom Verfassungsschutz ging ja in die Richtung, also eine Gruppe, die sich sozusagen gegen bestimmte gesellschaftliche, weltgesellschaftliche Strukturen, bürgerliche Gesellschaft stellen. Aber auch in dieser Stadt ist dieser Konflikt natürlich lange anhaltend. Wir hatten 2013, Dezember, wir hatten die Gefahrengelände, wir haben alles unaufgearbeitet, alles völlig im Grunde nur eingeschlafen, aber nie richtig besprochen, einen Antagonismus, der besteht. G20 bot sich eine Möglichkeit und ist ein erneuter Konflikt, der, wenn nicht aufgearbeitet, weiter so schlummert und nicht nur hier, sondern der aus diesem Kreis sozusagen Konsequenzen zieht und ich meine nicht, die Flora räumen, sondern andere Konsequenzen zieht, eben auch wieder nicht ... diesen Konflikt weiter am Köcheln hält. So das war, das ist ein Punkt.

Dazu gehört auch, die Wahrnehmung eines Feindes, der aufrüstet, also aus Sicht der Linken, eines Repressionsapparates, der aufrüstet und das kann man nachzeichnen, dass der das tut, in Deutschland wahrscheinlich, anders in anderen Ländern, aber er tut es. Was dann wieder zu einer Bestätigung führt sozusagen der eigenen Annahmen, des eigenen Opfers und das so eine Art selbsterfüllende Prophezeiung ist, die das dann hochkochen lässt.

Vorsitzender: Vielen Dank. Eine Nachfrage, Frau Friederichs.

Abg. Martina Friederichs: Ich würde jetzt gern noch einmal von Senatsseite wissen, wie da auch der Ermittlungsstand ist. Wir hatten vor einigen Wochen schon einmal gehört, was auch das Verhältnis von Partyvolk und linken Gruppierungen, Gewalttätern angeht. Vielleicht kann es da auch noch einmal eine aktuelle Einordnung zu dem Thema der Gewaltexzesse geben.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Ja, zu der Frage vielleicht, welche Rolle bei den konkreten Gewalteskalationen die einzelnen linken Gruppierungen gespielt haben und wo es dann ... sozusagen was dazugekommen ist und wo dann die Übergänge in andere Gruppen von Beteiligten waren, würde ich einmal Herrn Hieber bitten für die SoKo.

Jan Hieber: Ja, ich hatte ja schon in der letzten Woche gesagt, dass der derzeitige Ermittlungsstand natürlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann. Nichtsdestotrotz können wir wahrscheinlich anhand von Beispielen das ein oder andere illustrieren. Von einigen, was ich hier schon gehört habe, würde ich da auch gern anknüpfen. Also zunächst einmal haben wir ja gerade eben auch gehört, dass eben im Wesentlichen Gewalterlebnisorientierte hier verantwortlich waren. Und auch das Wort vom Sog ist gefallen, das klingt so ein bisschen nach Naturgewalt. Ich glaube schon, dass wir aus den Ermittlungen illustrieren können, ich hatte das ja in der letzten Woche noch einmal mit den ausländischen Gewalttätern aus Frankreich versucht darzustellen, dass die natürlich, also diese gewalterlebnisorientierten Menschen auch Teil der Strategie sind, mit der man gegen Polizeibeamte vorgeht.

Ganz interessant vielleicht an der Stelle noch einmal, ich habe gerade heute eine Vernehmung gelesen, in der noch einmal dargestellt wurde von einem Polizeibeamten, dass im Bereich des Neuen Pferdemarktes, wo wir ja schwere Auseinandersetzungen hatten, um 20 Uhr rum am Abend des 7. Juli bis dorthin nach seiner Wahrnehmung das eigentlich noch so ablief, wie man das hier aus Deutschland kennt, dass nämlich die Täter aus einer größeren Distanz auf die Polizeibeamten werfen, natürlich auch, um sich möglicherweise einer Festnahme dann zu entziehen, also sich ein bisschen zu schützen. Und ich hatte ja in der letzten Woche dann erzählt, dass das genau der Zeitpunkt war, wo unser ... dieses Trio, das ist ein bisschen verbrannt der Begriff, aber diese drei Personen aus Frankreich dann auch aktiv wurden, wir ihnen nachweisen können, dem 22-Jährigen Flaschenwürfe, Steinwürfe und auch das Aufwiegeln von Kleingruppen und dann auch dieses Pärchen aktiv wurde. Und das genau beschreibt auch dieser Beamte, dass nämlich ganz bewusst diesen Deutschen, möglicherweise auch nur Gewalterlebnisorientierten nahegebracht wurde, ihr müsst nicht auf 50 Meter werfen, ihr könnt rangehen und auch auf 10 Meter werfen, das gibt viel bessere Verletzungen und ihr könnt trotzdem noch weglaufen. Und die haben das auch praktisch ein bisschen angeleitet, vorgemacht und dadurch hat sich noch einmal eine ganz andere Qualität ergeben. Also insofern glaube ich schon, dass die Rolle, die auch diese Gewalttäter, die hier fest in der linksextremistischen Szene verwurzelt sind, also hier heißt im Ausland in dem Falle, dann aber angereist sind mit einem klaren Plan, auch den wesentlichen Unterschied eben gemacht haben, was den Grad der Ausschreitungen, das Niveau angeht. Das vielleicht einmal vorweg noch einmal als direkte Ergänzung.

Wollen wir noch einmal was zum Thema Zahlen an der Stelle sagen?

Senator Andy Grote: Ja vielleicht, dass man einfach einmal ein bisschen sagt, wie verhält sich das jetzt. Weil, das ist ja die Frage, welchen Beitrag haben auch die Gruppierungen, die wir kennen, die benannt worden sind, welchen Beitrag haben die hier geleistet? Und wie haben die sich in Hinblick auch auf das Verhalten, was dann an Eskalation passiert ist?

Jan Hieber: Gut, dann würde ich allerdings tatsächlich noch einmal über die Beispiele kommen, über die qualitativen Beispiele. Also, wichtig ist ja erst einmal, dass hier, das haben wir schon gehört, in der Mobilisierung deutlich gemacht wurde, kommt hier her, auch für militanten Protest ist alles vorbereitet, das schließt natürlich auch entsprechende Depots und Ähnliches ein. Wir hatten ja am 22. Juni die Festnahme von zwei Linksextremisten aus Berlin, die ja sehr gut ausgerüstet mit Jammern et cetera, die versuchten Streugutkisten offensichtlich als Depots in der Stadt zu platzieren.

Ich könnte da noch das mit einer anderen Geschichte von der Interventionistischen Linken vielleicht darstellen, die noch einmal zeigt, wie da auch der Grad der Militanz ist in Bereichen und Teilen. Wir haben nämlich eine Durchsuchung durchgeführt bei der Interventionistischen Linken in Rostock am 1. Juli 2017. Der Anlass war zunächst einmal, dass hier im Rahmen der 2. Aktionskonferenz in Hamburg am 9. April bei den Messehallen ein von der IL angeführter Protestzug stattgefunden hat. Und in dem Rahmen wurde ein Mitglied der IL Rostock und ein Gesinnungsgenosse festgestellt, wie sie in einem Fahrzeug ein Waffendepot bereitgehalten, illegale Pyrotechnik, Schlagwerkzeuge, Präzisionszwillen. Da sind wir als Ermittler aufmerksam geworden. Wir haben einen weiteren Teilnehmer der IL Rostock festgestellt, der schon wegen eines versuchten Tötungsdeliktes zum Nachteil eines Polizeibeamten in Haft gewesen war und entsprechend gab es gefahrenrechtliche Ermittlungen und das führte dann zu dieser Durchsuchung am 1. Juli. Wir konnten dann in Rostock in den Wohnungen, in einer Garage ein ganzes Arsenal feststellen. Das waren drei Kartons mit Präzisionszwillen, Wurfmesser, Baseballschläger, Pyrotechnik wie Rauchbomben, illegale Polenböllern, sogenannte Raketen, Krähenfüße, Schlagringe, Wunderkerzen, alles, was man brauchte, um Molotowcocktails zu bauen, viele Chemikalien und Ähnliches. Diese präparierten Feuerlöscher wurden da gefunden. Und das vielleicht noch einmal ganz kurz, auch sehr viel medizinisches Gerät, was man nicht in der Hausapotheke hat wie Blutdruckmanschetten, Infusionsschläuche, Beutel et cetera. Auch noch einmal zum Thema medizinische Versorgung, Demosanitär war ja hier auch schon einmal ein Thema. In dem Kreis haben wir aber auch schon einmal berichtet über diese Erfahrung.

Das zeigt ein bisschen, dass wir im polizeilichen Hellfeld auch hier vereinzelt einmal Strukturen hatten. Besonders deutlich wird das beim Roten Aufbau Hamburg. Wenn man da vielleicht noch einmal die Rolle darstellt. Da haben wir ja eine Führungsfigur, Herr S., der ist ja insbesondere hier auch schon als wesentlicher Organisator des Camps am Vorhornweg einmal besprochen worden. Wir wissen aus unseren Ermittlungen mittlerweile, dass Herr S. tatsächlich selbst nie davon ausgegangen ist, dass es in diesem Camp zu den entsprechenden versammlungsrechtlichen Aktivitäten kommen sollte. Ihm war nämlich selbst völlig klar, dass der Stundenplan so ausgefüllt sein wird mit Protest außerhalb des Camps, auch militantem natürlich, dass es dafür gar keine Möglichkeit mehr gibt. Ich erwähne das deshalb, weil das ja auch wiederum Bedingungen geschaffen hat, hier wurde ja einmal gerade eben so von einer Situation gesprochen, die so wie ein perfekter Sturm auf einmal da war, aber diese Dinge, schönes Wetter und Alkohol und Ähnliches, da gehören eben auch Schlafplätze und Logistik dazu und insofern vielleicht auch noch einmal das Thema Camp an der Stelle.

Eine Durchsuchung bei Herrn S. im Vorfeld des G20-Gipfels, das ging damals um die Billigung des Brandanschlages auf die Messehallen im Vorfeld OSZE-Konferenz, führte dann bei ihm zur Auffindung von Präzisionsschleudern, Stahlkugeln und illegaler Pyrotechnik. Und ich kann hier vielleicht noch einmal sagen, es gab einen Fund, der uns besonders gewundert hat, es ging um einen handgeschriebenen Zettel, ich denke, das kann man hier vielleicht einmal noch erwähnen, auf dem Daten waren, die so öffentlich nicht zu beschaffen waren, nämlich die Daten eines Polizeibeamten eines Hochrangigen, es ging um seinen Wohnsitz unter anderem auch um die Fahrzeuge seiner Familie. Und dieser Polizeibeamte war an dem Wohnsitz eben Opfer eines Brandanschlages geworden. Zwei Fahrzeuge im Carport, nur wenige Meter von seinem Wohnhaus, wo die Familie dann nachts schlief, als die Tat geschah, wurden angezündet. Und dieses Ermittlungsverfahren läuft immer noch gegen unbekannt. Gleichwohl hat uns natürlich dieses Zusammentreffen von doch sehr ungewöhnlichen Umständen eben dieser Zettel bei Herrn S. doch sehr verwundert.

Ja, das Camp selbst war dann natürlich auch Ausgangspunkt für sehr viele Beschuldigte. Wir haben 971 Personen im Zusammenhang mit dem Camp, die wir aus Überprüfungen kennen

sozusagen als Personalien und immerhin 111 dieser Beschuldigten sind dann auch Teil unserer über 800 Beschuldigten, also fast 14 Prozent. Der Hauptanteil hat natürlich zu tun mit dem schwarzen Finger, der dort gestartet ist und im Rondenbarg wurde dann ja auch Herr S. festgenommen, die Führungsfigur des Roten Aufbau Hamburg. Aber es gibt eben auch eine Reihe von Beschuldigten in zweistelliger, zwar kleiner Größenordnung, aber die zum Teil auch für schwerste Straftaten im Zusammenhang mit G20 bei uns bearbeitet werden.

Das Camp war dann weiterhin auch Ausgangspunkt, das wissen wir, aber es ist eben auch Rückzugsort gewesen für Straftäter, es ist die Möglichkeit gewesen, sich zu vernetzen, sich zu versorgen, sich zu orientieren und dann zu, auch militanten Aktionen zu starten.

Und, weil das hier gerade eben auch gesagt wurde, also, es gab eben auch diese ganz deutlich geplanten Aktionen. Also Elbchaussee ist eben nichts, was zufällig entstanden ist, das wissen wir ja aus unseren Darstellungen hier auch sehr genau.

Und vielleicht noch einmal ein kleines Beispiel, diese Gewalterlebnisorientierung. Ich habe gerade heute noch einmal mir aus einer Durchsichtung angeschaut einen Chatverlauf, wo jemand schon im Februar geschrieben hat: Ich freue mich auf Hamburg, lass uns hinfahren. Ich hoffe, dass wir so viele Bullen wie möglich verletzen können. Ich glaube, das macht auch deutlich, wie die Zusammensetzung so qualitativ gewesen ist.

Vorsitzender: Vielen Dank. Dann ... wir haben noch neun Fragen, neun Wortmeldungen der Abgeordneten, also haben wir noch ordentlich was zu tun. Herr Nockemann.

Abg. Dirk Nockemann: Ja, vielen Dank. Herr Dr. van Hüllen, Sie sprachen vorhin an, dass es hier in Hamburg eine sehr selbstbewusste, sehr kampagnenfähige linksextremistische Szene gibt. Dann guckten Sie so ein bisschen über die Grenzen Hamburgs und Deutschlands hinweg auf Europa und führten dann aus, dass die linksextremistische Szene also in anderen europäischen Ländern nicht ganz so stark oder nicht ganz so selbstbewusst sei wie in Hamburg. Wir haben ja nun ein Szenario erlebt, bei dem wir sehr viele gewaltbereite Krawalltouristen hier in Hamburg hatten aus anderen europäischen Ländern, unter anderem gab es ja auch Sonderzüge aus Basel, die diese Leute herbeitransportiert haben. War das, was wir jetzt in Hamburg erlebt haben nach Ihrer Auffassung das Schlimmste, was man hätte erleben können? Oder hätte man zahlenmäßig noch weit mehr Linksextremisten aus anderen Bereichen Europas herbeiführen oder heranführen können, und wenn ja, in welcher Größenordnung? Also worauf müsste man sich schlimmstenfalls einstellen?

Zweite Frage. Sie sprachen an, dass die linksextremistische Szene deshalb so groß ist, weil es da nicht diesen entsprechenden Verfolgungsdruck gäbe und weil es auch ein bisschen Sympathie oder Verständnis für diese Szene gäbe. Bedeutet das nun im Umkehrschluss, dass jeder, der Sympathie äußert für diese Szene, sozusagen diese Szene auch noch verstärkt?

Und, wenn ich wie die anderen Kollegen auch noch eine dritte Frage stellen könnte – danke –, zum Bereich Roter Aufbau. Verkehrt Herr S. und verkehrt Frau Laquer von der Interventionistischen Linken auch regelmäßig in der Roten Flora oder geht man seitens der Autonomen in der Flora eher auf Distanz zu diesen Leuten? – Danke.

Vorsitzender: Herr van Hüllen.

Dr. Rudolf van Hüllen: Dann beginne ich einmal. Also ich denke, dass wir etwas Größeres bei der Situation der Europäischen Linken zurzeit nicht uns vorstellen können, vorausgesetzt, der Verfall der radikalen Linken in Europa hält weiterhin so an. Zum Vergleich: Wir hatten bei dem G7-Gipfel in Köln 1999 allein 3 500 Franzosen, ungefähr 1 000 Portugiesen und Spanier und kleinere Kontingente aus den weiter entfernten Ländern,

zum Beispiel aus Griechenland, die als qualitativ besonders hochwertig gelten, mit Anführungszeichen.

Also hier haben so viele Dinge gestimmt als Pull-Faktoren in dieses Hamburg hinein, vom Wetter schon mehrfach erwähnt angefangen bis hin zu der kompletten Logistik der Vorstellung, dass es eine Willkommenskultur für Randalierer gibt und eine dazugehörige Struktur, dass ich das eigentlich im Moment für eine Maximalmobilisierung halte, was da stattgefunden hat. Also in Anbetracht der Gesamtsituation der radikalen Linken in Europa ist da wohl mehr eher nicht zu erwarten. Das war einfach der optimale Kick, was hier angeboten wurde.

Ich würde eine Verstärkung durch Verständnis und Sympathien – das war Ihre zweite Frage – nicht ohne Weiteres unterstellen, wenn jemand sagt, nun, ich bin selbst ein Linker und lebe gern in einem linken Wohnumfeld, dann kann man davon nicht ausgehen, dass diese Leute dann gleichzeitig auch Gewalt befürworten, aber sie schaffen natürlich so etwas wie ein schützendes Milieu. Ob dieses Milieu nun selbst aktiv wird oder ob es den tatsächlichen Gewalttätern nur das Gefühl einer gewissen Heimatschaffung darbietet, das ist eine ganz andere Frage. Das kennen wir übrigens natürlich sehr wohl auch, nicht nur aus der Terrorismusforschung, diese schützenden Milieus – das ist ein fester Begriff in der Terrorismusforschung –, die können sich territorial verdichten. Und wir kennen das heute natürlich auch aus der Islamismus-Problematik. Denken Sie an die Banlieues von Paris – Herr Zurawski hat es gerade schon angesprochen –, aber ich denke noch viel mehr an solche Phänomene wie zum Beispiel Brüssel-Molenbeek, wo die Franzosen und die Belgier über 126 Tage den meistgesuchten Terroristen Europas suchen und ihn 300 Meter von seinem Elternhaus fassen nach drei Monaten.

Also das ist natürlich nicht denkbar ohne ein Milieu, in dem die Betroffenen sozusagen schwimmen können wie die Fische im Wasser. Umgekehrt ist der Schluss aber unzulässig zu sagen, dass jeder linke Mensch, der dort beheimatet ist, allein durch das Verständnis für bestimmte kulturelle Eigenheiten seines Viertels dann sozusagen ein Förderer dieser Szene sein muss. Ob das stimmt, würde ich nicht bejahen.

Vorsitzender: So. Und dann war noch eine Frage zu ...

Abg. Dirk Nockemann: ... Frau Laquer und Herr S.

Vorsitzender: Ja. Bitte.

Senator Andy Grote: Das würden wir einmal darstellen, was wir da an Erkenntnissen haben, und würden anbieten, auch noch einmal zu sagen, was wir jetzt wissen, wie viele waren aus dem Ausland hier, weil das ja eine Rolle spielt. Die Zahlen sind, glaube ich, bisher noch nicht genannt worden. Das könnte man noch ergänzen. Frau Domres.

Anja Domres: Vielen Dank. Vielleicht zunächst noch einmal, wenn man sich vorstellt, diese drei Gruppierungen, die ich beschrieben habe, die ja auch mobilisiert haben für den G20- oder für die Proteste gegen den G20-Gipfel, wenn man sich vorstellt, dass die Interventionistische Linke in Deutschland insgesamt 850 Mitglieder hat, in Hamburg rund 60, die Autonomen in Deutschland rund 6 200, in Hamburg 590 und die Antiimperialisten in ganz Deutschland 250, in Hamburg rund 120, von denen zum Roten Aufbau selbst rund 60 gehören, dann sind das eher kleine Gruppierungen, die aber nichtsdestotrotz es geschafft haben, sowohl in Deutschland als auch im Ausland zu mobilisieren auf unterschiedliche Weise. Es gab verschiedene Aktionskonferenzen. Es gab Mobilisierungen im Internet. Und wenn man sich die Zahlen anschaut, die ja insbesondere Gewaltorientierte aus dem In- und Ausland angezogen haben, muss man sagen, dass aus Deutschland rund 3 700 Menschen mobilisiert wurden, aus ganz Deutschland, aus dem Ausland 1 600, 1 700 Personen, und

zwar, wenn man die Zuordnung sieht, aus Frankreich rund 100 Personen, Skandinavien 300, wobei die Beziehungen der Linksextremisten insgesamt nach Skandinavien sowieso sehr eng und ziemlich gut sind, aus Italien 200, Niederlande 150, Österreich 100, Spanien 100, Schweiz 100. Das sind die Hauptkontingente. Und ich könnte zu den ausländischen Gruppierungen noch ein paar Worte sagen. Ansonsten sind das zunächst erst einmal die Zahlen, die mobilisiert wurden und die dann auch nach Hamburg gekommen sind.

Zu der Frage, wenn ich das darf, ob die Postautonomen sich auch in der Roten Flora treffen, da muss man sagen, die Postautonomen stehen eher in Konkurrenz zu den Autonomen, haben sich davon ja etwas abgetrennt, aber auch hier gilt grundsätzlich, zu G20 war es eben so, dass sie gemeinsam gestritten haben. Und deswegen waren auch beispielsweise auf Aktionskonferenzen, die die Interventionistische Linke durchgeführt hat, auch Autonome auf dem Podium. Es heißt, es gibt so eine Mischung. Grundsätzlich treffen sich die Postautonomen aber eben nicht in der Roten Flora.

Vorsitzender: Frau Schneider.

Abg. Christiane Schneider: Vielen Dank. Meine erste Frage richtet sich an Herrn Hieber. Habe ich das jetzt richtig verstanden, dass Sie Details aus laufenden Ermittlungsverfahren hier öffentlich bekannt gegeben haben, und zwar unter anderem, indem Sie eine Unbekanntsache hier öffentlich mit einer Bekanntsache verknüpft haben? Zweitens: Haben Sie dazu eine Aussagegenehmigung der Staatsanwaltschaft? Und wenn nein, möchte ich gern wissen, warum wir zum Beispiel Videos nicht sehen dürfen, weil das Ermittlungsverfahren gefährdet, Sie aber hier aus laufenden Ermittlungsverfahren berichten? Das ist meine erste Frage.

Meine zweite Frage geht an Dr. – ich glaube, Sie sind Dr. – Hüllen. Sie erheben ja Anspruch auf Wissenschaftlichkeit. Und Grundlage Ihrer Aussagen heute ist ja sozusagen die Extremismustheorie. Ich möchte mir eine Vorbemerkung erlauben, und zwar als Zitat von der Homepage der Bundeszentrale für politische Bildung. Da schreibt Professor Dr. Richard Stöss zu dieser Extremismustheorie: "Das Extremismuskonzept mag für die Praxis der Verfassungsschutzbehörden hinreichend, präzise und handhabbar sein. Für sozialwissenschaftliche Analysen ist es ohne Nutzen. Es führt nicht zu neuen Erkenntnissen. Es verhindert sogar differenzierte Einsichten in die komplizierte Welt gesellschaftlich-politischer Sachverhalte, denn der Extremismusbegriff beruht auf zweifelhaften Annahmen, zwingt völlig unterschiedliche Untersuchungsobjekte in eine Schublade, betreibt Schwarz-Weiß-Malerei und wird auch durch seine Eindimensionalität der komplexen Wirklichkeit nicht gerecht. Daher zählt das Extremismuskonzept auch nicht zum Standard sozialwissenschaftlicher Forschung." Zitatende.

Ich habe natürlich Ihre Kampfschrift gelesen, die Sie für die Konrad-Adenauer-Stiftung gefertigt haben.

(Abg. Dirk Nockemann: Unglaublich!)

Da schreiben Sie ... Sie haben auch hier über Pull-Faktoren gesprochen. Und da schreiben Sie – und da geht es mir jetzt um die, wie soll ich es einmal sagen, wissenschaftlichen Standards –, Sie schreiben hier unter Pull-Faktoren: "massive und verlässliche parlamentarische Rückendeckung durch eine Partei in der Hamburger Bürgerschaft, deren langjährige Fraktionsvorsitzende ebenso langjährige Aktivistin in der Solidaritätsarbeit für Linksterroristen war". Ich weiß nicht, warum Sie Frau Heyenn jetzt hier reinziehen, aber vielleicht haben Sie einfach nicht richtig recherchiert und meinten in Wirklichkeit mich.

Sie schreiben weiter auf Seite 32: "Als Andreas Blechschmidt, das Gesicht der Roten Flora, dann noch mit einer Stellungnahme hervortrat, die Riots seien zwar in Ordnung gewesen,

sollten demnächst aber eher in den Hamburger Nobelvierteln stattfinden, war das Maß ziemlich voll." Ich möchte gern wissen, woher Sie die Information haben, dass Andreas Blechschmidt das gesagt hat.

Und danach haben Sie dann auch noch ... Und das geht dann wieder, weil, Sie haben es jetzt hier nicht gesagt, das finde ich ein bisschen eigenartig, weil, das ist ja Ihre Position ... Die kann man in dieser Schrift nachlesen. Sie haben dann danach direkt geschrieben, also "Maß ziemlich voll": "Spätere Stellungnahmen von örtlichen Politikern der Partei DIE LINKE, man könne auf dem von der Polizei gesammelten Bildmaterial zu den Plünderungen keine Straftaten erkennen, löst nur noch Kopfschütteln aus." Auch da würde ich Sie gern um die Quelle bitten, denn ich habe gesucht und gesucht und habe keine Quelle gefunden und kann mich auch nicht erinnern, dass hier ein örtlicher Politiker der LINKEN jemals so etwas gesagt hat.

Vorsitzender: Herr Senator, das war erst einmal eine Frage an Herrn Hieber.

Senator Andy Grote: Die erste Frage ging an Herrn Hieber.

Jan Hieber: Also es ist so, dass wir bewerten, immer bewerten müssen, ob die Freigabe einer Information ein laufendes Ermittlungsverfahren gefährdet. Das ist der entscheidende Maßstab, das entscheidende Kriterium. Und in diesem Fall ist die Bewertung eben so, dass das nicht der Fall ist. Und natürlich gibt es ein Aufklärungsinteresse hier des Sonderausschusses. Und in diesem Falle geht es ja um die Hamburger Strukturen ganz speziell. Ich habe ganz klar gekennzeichnet, dass das laufende Ermittlungsverfahren sich gegen Unbekannt richtet. Gleichwohl – dazu stehe ich auch – ist es ein Zusammentreffen ungewöhnlicher Umstände. Und ich hoffe, dass es dazu beiträgt, ein Gesamtbild hier darzustellen, aus dem natürlich jeder seine eigenen Schlüsse dann ziehen wird. Das ist gar keine Frage.

Im Übrigen entspricht es also nicht meinem Arbeitsstil, komplett alle Dinge, die ich hier darstelle, mit der Staatsanwaltschaft abzusprechen. Da gibt es eine ganz vertrauensvolle und enge Zusammenarbeit, aber das wäre tatsächlich vor dem Hintergrund der Fülle von Informationen und den unterschiedlichen Fragen, die hier auch kommen, gar nicht möglich.

Vorsitzender: Herr van Hüllen.

Dr. Rudolf van Hüllen: Ich kann das relativ kurz machen. Ich beginne, Frau Schneider, einfach einmal mit dieser Frage Extremismustheorie. Ich kenne natürlich die Position des Kollegen Richard Stöss und ich kann das aus seiner Sicht auch nachvollziehen. Die Extremismustheorie bewertet bestimmte politische Phänomene nach ihrem Abstand zum Kerngehalt des Grundgesetzes, ist also eine normativ wertende Theorie, die auf verfassungsrechtlichen Abwägungen beruht.

Dass man darüber hinaus natürlich fragen muss, was treibt bestimmte gesellschaftliche Gruppen in bestimmte Extremismusformen, welche sind die Ursachen für Rechtsextremismus, warum wählen die Leute linksextremistische Organisationen, warum üben sie Gewalt aus mit politischer Motivation, das sind alles Fragen der Soziologie. Und Richard Stöss sagt natürlich völlig zu Recht, mit der Extremismustheorie allein können Sie dieses Phänomen zwar hinsichtlich seiner verfassungsrechtlichen Qualität beschreiben, aber die Ursachen nicht angeben. Darüber waren wir uns immer völlig einig. Ich kenne den natürlich relativ gut. Wir diskutieren natürlich solche Sachen auch im Forschungsmaßstab schon einmal.

Wenn Sie sagen, die Extremismustheorie ist eine unbrauchbare Theorie, darf ich Sie vielleicht daran erinnern, dass sie Grundbestandteil auch der ständigen Rechtsprechung des

Verfassungsgerichtes ist, des Bundesverfassungsgerichtes, und nebenbei gesagt eine Grundentscheidung der Demokratieneugründung von 1949, nämlich die gleichberechtigte und gleich engagierte Ablehnung sowohl von kommunistischen, Klammer auf, linksextremistischen, als auch von nationalsozialistischen, Klammer auf, rechtsextremistischen Vorstellungen. Also da ist schon ... Das ist nicht etwa so, dass es ein Konstrukt ist, sondern das ist eine Wertentscheidung unserer Verfassung. Und ich kann nicht erkennen, warum man die bei der Forschung außer Acht lassen könnte.

Was Ihre Detailfragen angeht, ich denke, dass ich die Quellen angegeben habe. Ich habe leider meinen Text jetzt nicht mit. Wenn ich Sie verwechselt haben sollte, Frau Schneider, muss ich mich dafür wirklich entschuldigen, weil, ich höre mit großem Vergnügen, dass Sie nicht vergessen haben, welche Verdienste Sie um jene Schrift haben, die zunächst einmal Hungerstreik-Info hieß und damals eine Unterstützung der Forderungen der Angehörigen der Häftlinge der Roten Armee Fraktion zur Zusammenlegung und zur späteren Freilassung darstellte. Dann ist das später ein paar Mal umgetauft worden. Irgendwann haben Sie natürlich die Herausgeberschaft dann einmal niedergelegt.

Also wir haben das bei den Sicherheitsbehörden schon so gelesen, nicht im Sinne einer Unterstützung, aber einer Lobbyarbeit, weil, in diesen Schriften, die Sie dann als Verfassungs-, als presserechtlich Verantwortliche meines Wissens nach gezeichnet haben, wurde behauptet, dass der Staat Bundesrepublik Deutschland die verurteilten Täter der Roten Armee Fraktion menschenrechtswidrig behandelt, indem er ihnen durch entsprechende Sicherheitsmaßnahmen in der Haft die Möglichkeit nimmt, sich aus der Haft heraus zu neuen terroristischen Taten zu organisieren. Und ich denke, das ist eine etwas krumme Sichtweise. Deswegen habe ich das einmal so allgemein mit Lobbyismus beschrieben, aber Sie können das natürlich gern auch anders bewerten.

Vorsitzender: Frau Schneider.

Abg. Christiane Schneider: Die nächste anschließende Frage nach der Quelle, dass Herr Blechschmidt gesagt haben soll, also Herr Blechschmidt gesagt haben soll, sozusagen man hätte woan-, in den Nobelvierteln hätten die Riots stattfinden sollen. Die wüsste ich gern. Und ich wüsste auch gern die Quelle, um es noch einmal zu sagen, welche örtlichen Politiker ... Also Sie machen ja in Ihrer Schrift – das haben Sie jetzt nicht so deutlich hier gemacht –, aber in Ihrer Schrift zählt ja für Sie der Feind von der LINKEN bis zum Linksextremismus, ja sogar die GRÜNEN. Die werden ja auch sozusagen als parlamentarischer Schutzschirm teilweise immer noch des Linksextremismus genannt. Sie haben aber die Fra-, Sie sind auf meine Frage bezüglich der massiven und verlässlichen parlamentarischen Rückendeckung durch eine Partei nicht eingegangen. Und das war meine eigentliche Frage.

Vorsitzender: Herr van Hüllen.

Senator Andy Grote: Einverstanden.

Vorsitzender: Ich glaube, das Zitat ist Herr Beuth gewesen.

(Abg. Christiane Schneider: (...) ein bisschen recherchieren. (...))

Vorsitzender: Okay. Herr van Hüllen.

Dr. Rudolf van Hüllen: Also ich kann das nicht ausschließen, dass das Herr Beuth war und nicht Herr Blechschmidt.

Vorsitzender: Also nach unseren Erkenntnissen ist das Zitat von Herrn Beuth gewesen.

Dr. Rudolf van Hüllen: Dann wird das so sein. Also ich habe natürlich, da ich nicht in Hamburg das alles live miterleben konnte, mich auf die mehr oder weniger seriöse Presse gestützt bei den Recherchen. Es mag durchaus sein, dass ich da einmal Namen verwechselt habe. Im Übrigen habe ich die Sachen auch nicht wörtlich wiedergegeben, Frau Schneider, sondern habe sie paraphrasiert, damit das ein bisschen lesbar wird.

Aber gut, Sie haben gefragt nach der Rolle, die Ihre Partei – und ich denke, es bezieht sich auf Ihre Partei – bei der Aufarbeitung jetzt gespielt hat. Sie legen den Fokus auf den zweiten Teil des Themas heute, nämlich auf die Vorstellung, dass das, was eigentlich schiefgegangen sei bei den G20-Krawallen, die Rolle der Polizei ist. So. Das nehme ich einmal interpretatorisch als ein Verfahren, was versucht, sagen wir einmal, die Täterrolle umzudrehen. Hier wird abgelenkt von den Initiatoren des Krawalls und die Polizei wird sozusagen als Mittäter dargestellt aus einer mindestens Sicht einer Äquidistanz, die den Eindruck macht, als würden sich hier zwei gewissermaßen gleichberechtigte Banden prügeln. Rechtsstaatlich gesehen ist das ein bisschen anders. In einem Rechtsstaat hat die Polizei das staatliche Gewaltmonopol durchzusetzen, und wer sich dem widersetzt, gilt gemeinhin in der Polizeidiktion als Störer. Das heißt, man hätte vielleicht nicht nur den Fokus legen müssen bei der Aufarbeitung durch Ihre Partei auf die sogenannten Polizeiübergriffe, sondern sich auch einmal Gedanken darüber machen müssen, wer denn eigentlich der In-Lauf-Setzer dieser Dinge gewesen ist.

Es ist ein Eindruck interpretatorisch. Ich bin relativ sicher, wenn wir einmal die Aufarbeitung dieses Ausschusses haben und die entsprechenden Protokolle, falls deren Veröffentlichung vorgesehen ist, werden wir eine gewisse Häufung von Anfragen mit einer gewissen Tendenz aus Ihrer Fraktion ganz gut erkennen können.

(Abg. Christiane Schneider: Gibt schon Wortprotokolle!)

Gibt schon, wunderbar.

Vorsitzender: Vielen Dank. Die Wortprotokolle sind alle veröffentlicht. Also das können Sie überprüfen, Herr van Hüllen, ob Ihre Theorie dort richtig ist.

(Abg. Christiane Schneider: Als Wissenschaftler sollte man das vielleicht wissen!)

Jetzt ist Frau Möller dran.

Abg. Antje Möller: Vielen Dank. Wir hatten ja im Vorlauf – und das nur einmal zur Erklärung oder als Vorspann zu meiner ersten Frage – uns sehr bemüht, das Spektrum der Expertinnen und Experten noch ein bisschen zu erweitern. Das ist uns nicht gelungen. Ich freue mich sehr, dass wir Sie in dieser Runde hier zu fünft haben. Und eine unserer Ideen zur Aufarbeitung dessen, was in Hamburg passiert ist, zur Aufarbeitung dieser gewalttätigen Übergriffe war auch der Versuch, jemanden zu finden, der oder die sich mit – ja, wie soll ich sagen? –, Bewegungsforschung heißt das, glaube ich ... Also wie entsteht Gewalt? Da gibt es ja, wenn ich einmal einen kleinen Exkurs machen darf – so liest man es jedenfalls bei Frau Nassauer nach –, eine Annahme schon von Karl Marx, glaube ich, des kollektiven Handelns, rationales Verhalten aufgrund bestehender Widersprüche in der Gesellschaft als Ausgangsthese. Und andere französische Forschung sagt, also es gibt eine massenpsychologische Annahme des kollektiven Verhaltens, das dann irrationales Gruppenverhalten annimmt. Also solche Ausgangsthesen sind uns ja vielleicht auch behilflich, um darüber zu reden, wie Gewalt eigentlich entsteht.

Gibt es irgendjemanden von Ihnen, der da ein paar Sätze zu sagen kann – das ist meine erste Frage –, der sich vielleicht oder die sich mit dieser Frage beschäftigt hat, weil wir ja

jedenfalls auch nach dem – also für mich gilt das jedenfalls –, auch nach dem, was Sie uns bisher berichtet haben, immer noch nicht wirklich zusammenkriegen, wie es sozusagen zu diesem doch Ausbruch, jedenfalls an einigen Stellen, von massiver Gewalt gekommen ist, die ja auch – und das haben wir ja in unseren vielen Sitzungen auch gehört – so weder vom Verfassungsschutz noch von der Polizei erwartet worden ist oder auch erwartet werden hätte können? So. Das war mein erster Punkt.

Und dann habe ich schon auch eine konkrete Nachfrage an Herrn van Hüllen. Also Sie haben, wenn ich es richtig mitgeschrieben habe, einmal so etwas gesagt wie "Man hat die Dinge laufen lassen", und Sie haben auch beschrieben im Allgemeinen eine Zunahme der Gewalt im linksextremistischen Umfeld sehr pauschal. Da würde ich gern wissen, also welche ... Haben Sie da Zahlen zu? Können Sie uns das also wirklich beispielhaft dann noch einmal an Zahlen belegen oder ist es eher ein Herleiten aus, sagen wir einmal, verbaler Radikalität, die sich in Texten wiederfindet?

Und dann würde ich gern verstehen, ob Sie mit dieser Beschreibung ... Sie haben ja auch einiges zur unterstützenden Rolle von Milieus oder sogar von Gewährung aus parlamentarischem Raum hier gesagt. Wenn Sie sagen, die Dinge laufen lassen, wollen Sie da jetzt mit sagen, dass es Straftaten gegeben hat, die ignoriert worden sind, die nicht verfolgt worden sind? Ist das der Vorwurf oder reden Sie über, sagen wir einmal, einen sehr offensiven und lauten politischen Diskurs öffentlichen Protests oder Ähnliches? Da hätte ich die Bitte, dass Sie das vielleicht noch einmal ein bisschen genauer formulieren.

Vorsitzender: Die erste Frage ging ja allgemein an die Experten. Herr Dr. Zurawski bitte.

Dr. Nils Zurawski: Ich mache einmal den Versuch einer Erklärung. Das, was wir also draußen in der Welt, wenn wir jetzt hier das Rathaus verlassen würden, sehen jeden Tag auf den Straßen, friedliches Zusammensein, Verkehr et cetera, dass ... Die Einhaltung von Normen ist im Grunde eine gesellschaftliche Meisterleistung. Jeden Tag und immer wieder mit mehr oder weniger Selbstverständlichkeit stehen wir morgens auf und finden das Hamburg vor, was wir so am Abend vorher verlassen haben, bevor wir eingeschlafen sind. Ist das der Normalzustand? Für uns ist das der Normalzustand. Das ist auch gut so. Es gibt Gewissheit, gibt Sicherheit.

Eine Situation wie in der Woche von G20 und an dem Wochenende könnte man dann als etwas betrachten als – und das kennen alle Gesellschaften in einer Gesellschaftsordnung, so ordentlich sie auch sind –, ich nenne es jetzt einmal in Anführungsstrichen, Karneval, die Umdrehung der Verhältnisse, teils orchestriert, teils also gewollt, teils von den Gruppen, die das wollten, angestachelt, die die Gewalt suchten, den Gegner gefunden haben, der ja zahlreich vorhanden war, und sich auch nicht scheute. Also muss man auch sagen, da standen sich zwei – ebenbürtig weiß ich nicht –, aber zumindest Gegner gegenüber, die das angenommen haben, was der andere jeweils angeboten hat, und dann – ich habe es vorhin Sog genannt – daraus diese karnevaleske Umdrehung der Gesellschaftsverhältnisse stattfindender Ordnung einfach da ist, eine neue, eine frei anarchische Welt, die man dann gern annimmt als ... Wir nennen sie immer gewaltorientierte Freizeitgewalt, so, Jugendliche, die vielleicht mit der Linksszene nichts zu tun, die den Rest des Jahres irgendwas ganz anderes machen, die die Schanze unter Umständen meiden oder nur einmal hingehen, weil es hip ist, aber das wäre eine Erklärung, da war die Gelegenheit, all das einmal mitzumachen, was gefährlich ist im Schatten von Anonymität, vielleicht auch nur aus der fünften Reihe, was mitwerfen, einmal das zu machen, einmal gegen die Verhältnisse zu streben, um am Montag danach mit einem Kater aufzuwachen und zu sagen, was war hier eigentlich los. Und so passiert das.

Und je größer diese Grundmasse ist und je mehr dazukommen, desto leichter ist es natürlich, noch mehr da heranzunehmen. Und dann war die Situation irgendwann an vielen Orten in der Stadt völlig unkontrollierbar. Das ist übrigens durchaus etwas, also die Strategie, das alles aufzusplitten und zu dezentralisieren, ist natürlich aus Sicht der Linken sensationell gut, weil, dann beschäftigt man die Polizei an verschiedenen Orten. Das macht es enorm schwierig, denn dazu kommt eine räumliche Komponente. Die Schanze ist jetzt ...keine breite Allee, sondern es ist eng, es gibt eine Sympathisantenszene oder zumindest so, obwohl ich nicht so ganz glaube, dass das als Sympathisanten immer zu beschreiben ist, dann auch die Diskussion danach zwischen den Schanzenanwohnern, den Floristen durchaus schwierig war und konfliktbehaftet ist bis heute ... Aber das alles führt dann dazu. Dann ist es, wie ich vorhin schon sagte, der Kick oder der Moment, an dem der Schalter komplett umgelegt wird, ist nicht nachvollziehbar, aber das wäre eine Erklärung, wenn man das als Karneval sieht und so die Umkehrung, einmal das zu leben ... Die Menge war da. Der Gegner war da. Die Situation bot sich an. So.

Es ist nicht, also wir können das nicht im Versuch nachstellen. a) will das keiner, b) diese Situation ist so speziell, dass sie bei anderen Gelegenheiten ... Und wir sehen es ja bei Fußballspielen, wo Dinge, wo auch viele Menschen auf engem Raum sind, wo es viel besser beherrschbar ist in vielen Fällen, wo es eingeübter ist, die Praxis, wie ich das mache, wo auch auf dem Fleck viel mehr Menschen sind. Wenn das Millerntor entlässt, stehen da 30 000 herum, aber das geht in der Regel eher glimpflich ab als nicht. Also von daher war es auch eine Situation in einer räumlich unübersehbaren Konstellation. So als eine Erklärung.

Vorsitzender: Wir machen gleich weiter mit den weiteren Fragen. Herr Senator.

Senator Andy Grote: Es ist ja schon irgendwie eine Schlüsselfrage. Also ist das, sind die entscheidenden Eskalationen, die Eskalationsmomente, sind die spontan aus einer Dynamik heraus entstanden oder sind die geplant entstanden? Und deswegen – damit haben wir uns natürlich auch intensiv beschäftigt –, da würde ich den Polizeipräsidenten noch einmal um einen Beitrag bitten.

Ralf Martin Meyer: Ich glaube, Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete, ich glaube, dass in der Tat es ein sehr komplexes Geschehen ist und nicht nur die situativen Dinge, die jetzt hier beschrieben worden sind, eine Rolle spielen. Wir haben uns einmal oder wir haben einmal unsere Einsatz- und Ermittlungsunterstützung, die Kriminalpsychologen, mit dem Phänomen der Menschen beschäftigt, die aus dem Ausland unter Inanspruchnahme von sehr viel Reisekilometern unter Aufwendung von sehr viel möglicherweise auch Geld hier anreisen und hier aktiv geworden sind, also unsere ausländischen Störer, wenn man es einmal so sagen soll, also Gruppen, die hier anreisen, die dann hier Autos angezündet haben, Geschäfte demoliert haben, sich teilweise eben an nichts, was man sonst vielleicht unter Aktionskonsens kannte, gehalten haben mit ihrer schwarzen Uniform, also ihre sozusagen internationalen schwarzen Uniformen – so sehen das die Psychologen – gekleidet, zeitweise eben verumumt, ausgestattet mit Wechselkleidung, um nicht in die Hände des Repressionsapparates zu gelangen. Die Vorbereitungen dieser Menschen laufen über ein Jahr. Über ein Jahr sind die also mit den Ereignissen G20 beschäftigt. Da ist also nichts, was man vielleicht situativ erklären kann, sondern die wissen, was sie da vorbereiten. Die Verumummung ist für sie der Garant für die Situation, die sie brauchen, um dann ihre eskalative Gewalt auszuüben oder zumindest in ihrem Plan die nächste Stufe der Gewalt zu erreichen, nämlich die Kleingruppentaktik, um das als Mittel anzuwenden, ganze Stadtteile dann lahmzulegen.

Nichts, aber auch wirklich nichts ist bei diesen Gruppen dem Zufall überlassen. Sie planen. Sie erzielen teilweise in klandestinen Besprechungen Konsens über ihre gewalttätigen

Aktionen. Teilweise wissen natürlich nur einige wenige davon. Teilweise sind sie abgestimmt mit anderen. Ein günstiger Moment wird herbeigeführt oder abgewartet, ob das nun die Elbchaussee ist, die der Planung entsprach, oder der 6. Juli, die Erkenntnisse, dass man auf der Reeperbahn zu Eskalationen kommen wollte. Ich glaube, solche hier schon angesprochenen Geschehnisse lassen sich herbei- oder heranziehen für diese Einschätzung.

Ihre vermeintliche Legitimation ist das Recht auf Gewalt, auf Gegengewalt. Sie sehen ihre Aktionen als legitime Notwehr gegen die Macht der Repression oder eben als Zeichen der Solidarität für die Ausgebeuteten des Kapitalismus beziehungsweise der Globalisierung. Sie verstehen sich einerseits als autonom, aber andererseits auch als Mitglied eines Zusammenschlusses, der hierherkommt, um als gesellschaftlich bedeutende Gruppe an einer großen Sache teilzunehmen. Sie verteidigen nämlich die Menschenwürde gegen die, die verachtenswert sind und die sie entmenschlichen. Dazu gehören die Damen und Herren, die hier sitzen, die Politiker, genauso wie die Polizisten. Ihre Gewalt, ihre gewalttätigen Aktionen sprechen allerdings eine etwas andere Sprache. Sie gehen sehr rücksichtslos vor gegenüber den Betroffenen, auf deren Dächern sie stehen, durch deren Wohnungen sie gehen, Stichwort Schanzenszenario, und sie erzeugen eindeutig Angst. Also ihre eigentlichen Ziele werden in ihrem Vorgehen überhaupt nicht berücksichtigt. Denken Sie an den Bus, den wir im Kontext Elbchaussee gesehen haben, wo normale Menschen im Bus saßen und Angst empfunden haben. Ihre Unterstützer befeuern dieses Verhalten und bestätigen die Pseudolegitimation. Ein Anwalt ist hier schon genannt worden, der im Kontext Rote Flora eine Rolle spielt. Ihre Einstellung zu Recht und Gesetz ist, dass sie persönliche Verantwortung scheuen, dass Sie den Schutz der Anonymität suchen in einer Gruppe, also in einem Schwarzen Block, im Prinzip alles, was sie als Auseinandersetzung machen, aus der Distanz heraus tun, also Stichwort auch Schanzenviertel, anders als die, die offen ihr Gesicht zeigen und den Protest gegen G20 für jedermann erkennbar zu zeigen oder hervorzubringen, lieben sie eben den Hinterhalt oder die verdeckte Situation. Ihr Feindbild neben der ideologischen Entmenschlichung, die durch das Motto willkommen in der Hölle oder go to hell deutlich wird, macht es eben notwendig, Gewalt als legitimes Mittel anzuwenden.

Sie haben, und das ist, glaube ich, zusätzlich auch in anderen Quellen zu sehen, auch ..., können sich auch mit Leuten umgeben, die Lust an Gewalt haben, also auch irrationale Handlungsmotive tauchen immer wieder auf, Sensationssuche, Lust an Katz und Maus, möglicherweise auch als Mittel gegen die eigene innere Leere. Auch wenn diese Motive immer wieder banal klingen, tauchen sie auch in anderen Extremismusbereichen immer wieder auf.

G20 war hier natürlich, das ist hier auch schon angeklungen, aus Sicht der Psychologen ein Anreiz, das war sozusagen die internationale Bühne mit der entsprechenden Medienpräsenz, eine große Plattform mit hoher Identitätsstiftung für diese ausländischen Gruppen. Das kann sehr stark beflügelt haben, ihnen einen vorübergehenden Lebenszweck gegeben haben und letztlich auch haben sie ja eine ganze Reihe an Beifall bekommen. Das stiftet Solidarität, das stiftet oder bringt eine Solidaritätsideologie zum Ausdruck, belebt und kann eben noch mehr Gewalt nach sich ziehen.

Fazit unserer Kriminalpsychologie ist es, dass man mit solchen Gruppen, die so planerisch hier anreisen, an Grenzen kommt, an Grenzen der Ansprechbarkeit, an Grenzen der Steuerbarkeit und letztlich auch an Grenzen der Verabredungsfähigkeit. Und alles, was man jetzt situativ drumherum sich dann vorstellen kann, kann man, glaube ich, bei diesen Gruppen vergessen. Sie sind also sehr, sehr planvoll hierhergekommen, die Agenda stand fest und

alles, was wir über Kommunikation gehört haben, scheitert eben aus Sicht der Kriminalpsychologen des Landeskriminalamtes, weil diese Gruppen nicht ansprechbar sind.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Möller mit Ihren zweiten Fragen müssen Sie mir noch einmal auf die Sprünge helfen, an wen sich das richtete.

Abg. Antje Möller: (...)

Vorsitzender: Mit Mikro.

Abg. Antje Möller: Entschuldigung. An Herrn van Hüllen. Konkret sozusagen ...

Vorsitzender: Ja, Herr van Hüllen. Herr van Hüllen, Sie erinnern das noch. Ja.

Dr. Rudolf van Hüllen: Ja, das ist relativ einfach zu beantworten. Wir haben natürlich durch das BKA erhoben die jährlichen Zahlen über politisch motivierte Kriminalität, übrigens da seit 2001 auch ein neues Erfassungssystem, was es uns leider unmöglich macht, die älteren mit den seither erhobenen zu vergleichen.

Bei der linksextremistischen Seite sind die Gewaltzahlen seit einigen Jahren im Anstieg begriffen. Es gibt in diesem Anstieg Zacken, die Zacken ergeben sich immer dadurch, dass bestimmte Großereignisse wie der G8 2007 und G20, der jetzige, natürlich in der Statistik einen Aufschwung darstellen. Das ist aber nicht das Entscheidende aus meiner Sicht. Entscheidend ist, dass die Beobachtung in der Polizei und auch die Auswertung dessen, was von Linksextremisten schriftlich bekundet wird – da haben Sie recht, da stütze ich mich natürlich zum Teil auch auf das, was gesagt wird –, zeigt, dass Sperren wegfallen, die früher gegolten haben. Ich habe das am Anfang einmal erwähnt. Es gehörte zum autonomen Grundkonsens, dass man Unbeteiligte weder schädigt noch physisch angeht, dass man selbst mit politischen Gegnern wie Polizisten oder tatsächlichen vermeintlichen Rechtsextremisten, das lassen wir einmal dahingestellt, etwas anders verfährt, aber nur insoweit, als man sagt, wir legen es nicht auf eine gezielte Tötung dieser Leute an, aber es kann natürlich bei so einer situativen Gewaltsituation passieren, dass jemand dabei schwer verletzt wird oder sogar stirbt. Da war die herrschende Meinung immer, na ja, da kann man nichts machen, das ist halt so, der Polizist hat auch einen verkehrten Beruf gewählt. Aber es wurde nicht aktiv darauf angelegt. Und wir haben in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Vorfällen, die natürlich auch bei den Polizeigewerkschaften sehr genau registriert werden, bei denen man eine direkte Tötungsabsicht ohne Weiteres unterstellen kann. Zum Beispiel, wenn in Magdeburg, wenn ich Rostock von besetzten Häusern Gehwegplatten heruntergeschmissen werden, und zwar bitte nicht die Gehwegplatten, wie wir sie im Westen kennen, sondern das DDR-Format, das hat in etwa die Größe einer Tischplatte, wenn Sie ein solches Etwas aus dem fünften Stock auf eine unten befindliche Polizeieinheit werfen, ist es reiner Zufall, dass es keine Toten gibt.

Von diesen Geschehnissen gibt es auch keine Distanzierung. Es gab keine Distanzierung davon, dass man bei dem antifaschistischen Kampf, in Führungszeichen, gegen eine Burschenschaft in Halle das Vorderhaus eines Gebäudes angezündet hat, von dem die Täter wussten, dass das Hinterhaus bewohnt war. Ich sage es Ihnen auf den Kopf zu, vor zehn Jahren wäre das der linksextremen Szene nicht passiert, es galt immer der Grundsatz, dass bei solchen klandestinen Anschlägen genauestens hingeguckt wird, ob nicht Unbeteiligte zu Schaden kommen. Und diese Sperren fallen weg. Das ist das, was ich mit der ideologischen Krise gemeint habe. Das ist nicht ohne Bedeutung, schlägt sich aber in der Statistik allenfalls in einer ganz detaillierten Frage nieder, nämlich bei den versuchten, aber nicht abgeschlossenen Tötungsdelikten. Und die sind in der linken Szene relativ hoch.

Das zu der Frage Gewaltstatistik. Ich bitte um Vergebung dafür, jeder weiß, dass er sich mit Statistiken beschäftigt, wir brauchen sie, aber sie sind schwer zu vergleichen. Also mit dem, was man daraus schlussfolgert hinsichtlich der Begehungsformen, der Opfer von Gewalt, das ist sehr differenziert zu sehen und nicht immer ganz eindeutig.

Wenn ich gesagt habe, dass man zu viele Dinge laufen lässt im Linksextremismus, dann habe ich nicht damit gemeint, dass von der polizeilichen oder staatsanwaltschaftlichen Seite lax vorgegangen wird bei der Strafverfolgung. Das meine ich natürlich nicht, sondern ich meine das, was der Strafbarkeit von politischem Extremismus vorausgeht, nämlich die Entwicklung menschenfeindlicher Gedanken. Da kann man was gegen tun über politische Bildung, über Präventionsarbeit zum Beispiel. Und dieser Bereich wird im Bereich der linken Gewalt oder auch des linken Extremismus sehr zurückhaltend nur bedient.

Das BKA hat 2016 und dann noch einmal 2017, wenn ich mich erinnere, eine Erhebung der bundesdeutschen Präventionslandschaft vorgenommen und hat festgestellt, dass von ungefähr 240 staatlich geförderten Präventionsprogrammen 85 Prozent gegen Rechtsextremismus gerichtet waren, 4 Prozent gegen links und der Rest gegen Islamismus.

Nichts gegen die 85 Prozent gegen Rechtsextremismus, ich bezweifle, dass irgendeins davon verkehrt investiert ist, aber Sie sehen, auf der anderen Seite gibt es natürlich für solche Hotspots von linker Gewalt wie Berlin oder Leipzig oder Hamburg, nicht unbedingt Garmisch-Partenkirchen, offensichtlich doch ein gewisses Defizit. Ich will jetzt gar nicht fragen, wie viele Präventionsprojekte gegen linke Gewalt es in Hamburg gibt aktuell, ich vermute, es werden so viele nicht sein. Also da sehe ich Handlungsbedarf, nicht etwa bei dem Vollzug von Rechtsstaatlichkeit. Und das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, genauso, wie die Bekämpfung von rechtsextremistischen Denkmustern und Verhaltensweisen schon ab dem Schulalter eine ist. Deswegen gehen wir in Schulen. Und wir sollten das bitte auch machen, um die Probleme zu problematisieren, die sich aus linker Gewalt ergeben. Und da sehe ich einen gewissen Handlungsbedarf. Aber ich nicht allein, das BKA kam zur gleichen Schlussfolgerung.

Vorsitzender: Nachfrage, Frau Möller.

Abg. Antje Möller: Ja, nur ob ich den ersten Teil der Antwort richtig verstanden habe. Also Sie haben das sozusagen aus ... Sie leiten das her, dass es diese Zunahme der Gewalt gibt, aber sozusagen in Ihrer Forschungstätigkeit oder in Ihrer Veröffentlichungstätigkeit haben Sie das selbst jetzt nicht noch einmal verifiziert. Nur, Sie haben das noch einmal sehr ausführlich dargestellt, aber meine Kern..., also ich wollte im Kern ja gern wissen, ob Sie uns da sozusagen neue Erkenntnisse liefern können, die man bisher aus der PKS zum Beispiel nicht wirklich hat ablesen können. Aber ich glaube, ich habe es jetzt so verstanden, das ist sozusagen Ihre allgemeine Einschätzung und hergeleitet aus allgemeinen fachlichen Erkenntnissen, aber jetzt nicht belegt durch eigene Recherchen.

Dr. Rudolf van Hüllen: Ich stütze mich da schon auf das, was beim BKA und den anderen Sicherheitsbehörden ermittelt wird und natürlich auch auf das, was mir bekannt wird über Tatbegehungsformen, bei denen ich dann in einem Vergleich von mehreren Jahrzehnten schon einschätzen kann, zu sagen, wenn das mit einer linken Begründung passiert, hätte es das früher nicht gegeben. Also das kann man schon vergleichen.

Vorsitzender/Abg. Milan Pein: Vielen Dank. Ich habe selbst eine Frage, und zwar haben wir schon in diesem Ausschuss herausgearbeitet, auch für die Experten, für das, was der Ausschuss gemacht hat, dass man sich jede Situation einzeln angucken muss, die Situation morgens in der Elbchaussee ist eine andere als am Freitagabend in der Schanze. Und was Herr Dr. Zurawski, auch Herr Dr. Enzmann gesagt haben, das möchte ich noch einmal von

Ihnen vertieft wissen. Ist es denn so, dass man sagen kann, dass dort sehr viele besondere Aspekte zusammengekommen sind, die dann am Freitagabend auch in der Schanze zu diesem Gewaltausbruch auch geführt haben? Also das beschäftigt uns in diesem Ausschuss ja deswegen besonders, weil wir uns Gedanken darüber machen, ob wir in Zukunft bei ähnlichen Veranstaltungen zwingend und ständig mit ähnlichen Situationen zu rechnen haben, oder ob wir es auch mit einer Ausnahmesituation zu tun hatten, wo ganz viele Aspekte, eben gewaltbereite Linksextremisten, die es schaffen, Leute, die vielleicht einfach nur so grundsätzlich gewaltbereit sind, mitzureißen, und all die anderen Aspekte, die Sie da jetzt hatten, die Sie genannt hatten. Glauben Sie, dass wir es hier mit einer einmaligen Situation zu haben oder eher nur einfach mit einer zufälligen Verkettung, mit der man jederzeit wieder rechnen muss? Herr Dr. Zurawski und Herr Dr. Enzmann, bitte.

Dr. Nils Zurawski: Also ich glaube, es war eine Ausnahmesituation. Einmalig in dem Sinne, dass so ein Event mit den Zahlen an Demonstranten, Gästen, Demonstrationen, Polizisten so in der Stadt nicht wieder vorkommen wird – hoffe ich. Und man darf nicht vergessen, dass das Gerede oder die Rede von G20, was passieren könnte, wie darüber geredet wurde, wie die Anbahnung sozusagen war dieses Gipfels, ja monatelang ging, mit dem Testlauf OSZE, mit den Sicherheitszonen und so weiter. Also keine 1.-Mai-Demo, keine spontane Demo gegen Gentrifizierung oder andere Sachen, die einem vielleicht in den Sinn kommen könnten, Schanzenfest und Ähnliches, wird so lange so vorbereitet auf diesen Punkt hin, wenn wir wissen, dass die 20 Staatschefs in der Stadt sind mit den ..., oder drei Topphassobjekten, die dann hier auch waren für bestimmte Gruppen. Also von daher, das ist der einmalige Punkt, und deswegen glaube ich, die Sorge, das passiert bei jedem und diese Umstände können einfach so wieder konstruiert und vorhanden sein, ich bezweifle das. So. Ohne Garantie, aber ich bezweifle das.

Vorsitzender: Ja, wir nehmen Sie nicht dafür in Haftung, für die Aussage. Herr Dr. Enzmann.

Dr. Dirk Enzmann: Ich würde mich dem anschließen. Also ich würde auch sagen, dass es eine einmalige Situation war. Es gibt etwas, was ich in den Wortprotokollen hier dieser Sitzungen gefunden habe, was mich sehr beeindruckt hat, und das finde ich sehr stimmig. Es gab den Bericht darüber, dass die Polizeistrategie war, sich in dem Schanzenviertel zunächst erst einmal nicht massiv aufzustellen. (...)

Vorsitzender: Das Mikro ist ausgefallen.

Dr. Dirk Enzmann: Ja. Noch einmal. Also die Strategie, sich eben nicht massiv aufzustellen, eben um konfliktbereite Menschen nicht auch noch anzuziehen und in dieses Schanzenviertel hineinzuziehen. Das scheint mir ... Es passt auch zu der Strategie, die doch bislang sehr erfolgreich war, dass nämlich seit 2013 bei dem 1. Mai oder Schanzenfesten es nicht mehr zu solchen Auseinandersetzungen gekommen ist wie früher. Jetzt ist das aber geschehen und die Frage ist, was ist da eigentlich los. Und ich denke, also die ganzen Forschungen zu Policing-Strategien zeigen, dass massives Auftreten Konflikte eskaliert. Und insofern ist das eine richtige Strategie zunächst gewesen, sich da nicht hineinzubegeben.

Wenn man aber dann, wenn dann eine Situation eintritt, wo man dann sich entscheiden muss, hier muss man jetzt aber aktiv werden, dann muss man auch koordiniert und auf den Punkt genau das machen können. Und das ging nicht aus irgendwelch..., aus den Gründen, die ich nicht sagen kann, warum das nicht ging. Also ich kann Vermutungen anstellen darüber, es können Kommunikationsprobleme gewesen sein der Teileinheiten, vielleicht hat auch eine Rolle gespielt, dass man sich nicht ganz genau sicher war, wann denn jetzt der richtige Zeitpunkt ist, soll man jetzt ..., bei dem man massiv auftreten muss oder nicht. Aber sicher ist, dass man das dann auch tun muss in so einer Situation. Und es gab offensichtlich

dann den Punkt, wo es aus Sicherheitserwägungen heraus dann, also ich erwähne diese Geschichte mit den Dächern, von denen heraus eine, ja, Gefährdung für die Polizeibeamten auch gegeben war, dass man dann gesagt hat, wir können jetzt hier die Strategie nicht umsetzen, die eigentlich geplant war. Ich denke, so etwas ist ein Beispiel für Situationen, die sich ..., ja, die nicht einfach ..., nicht wiederholbar sind und aus denen wahrscheinlich auch gelernt wird.

Ich würde ja vielleicht noch was, einen Aspekt da hinzufügen, weil ich das sie ganze Zeit immer versuche ... Also ich möchte noch einmal betonen, dass die Bedeutung von medialer Präsenz für diese Eskalation wichtig war. Da hätte man aber auch was tun können. Also dass Hubschrauber die ganze Zeit über diesem Stadtgebiet geflogen sind, hat sicherlich mit dazu beigetragen. Das ist meine Überzeugung. Also es hat eine Stimmung von Dramatik erzeugt, der man sich schwer entziehen kann. Jedenfalls bestimmte Leute interpretieren das dann ja auch auf ihre Art. Also die Wirklichkeit ist immer eine interpretierte Wirklichkeit und die trifft dann auch auf, ja, sagen wir einmal, vorbereitete Frames, wo man sagt, hier haben wir jetzt die Eskalation, die wir brauchen. Warum man da nicht Drohnen oder mit anderen Instrumenten gearbeitet hat, sondern stattdessen, das wäre ja vielleicht etwas für die Zukunft, könnte ich mir ..., also ein kleiner Kommentar ... Das ist nicht direkt die Antwort auf Ihre Frage, aber den wollte ich noch loswerden. – Danke.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank, Herr Dr. Enzmann, Herr Dr. Zurawski. Wir haben hier, als wir über den Abend in der Schanze geredet haben, natürlich von der Polizei sehr deutlich gehört, und das war ja auch die Krux meines Erachtens, jedenfalls habe ich das so wahrgenommen, dass es einen Zeitpunkt gab, in dem man noch hätte reingehen können in das Schulterblatt, und dieser Zeitpunkt war dann irgendwann vorbei, was dafür spricht, wie Sie das eben auch dargestellt haben, dass es sicherlich so eine besondere Tragik bei dem, wie das Ganze abgelaufen ist, Tragik vielleicht nicht, aber es ist ein Punkt, den wir einfach so attestieren müssen, dass man da einfach einen Punkt verpasst hat, der vielleicht auch nur ganz kurz da war, und dann hatten wir eine andere Situation. Das sollte nur zusammenfassend sein, aber das provoziert eine Antwort von Herrn Dr. Zurawski.

Dr. Nils Zurawski: Ja ...

Vorsitzender: Ja, ist ja in Ordnung, ja.

Dr. Nils Zurawski: Eigentlich hat Herr Enzmann die Ergänzung provoziert, aber gar nicht gegen ihn, sondern, wenn Sie fragen, was das eine Ausnahme oder ist das sozusagen etwas, was uns wieder vorkommen kann, sollte man diese Ausnahme wirklich stark beruhen und zukünftige Bewertungen anstehender Demonstrationen, polizeilicher Lagen nicht an G20 festmachen und daran Strategien bilden, sondern vielleicht eher gucken, was ..., also nicht, wo waren wir zu langsam oder wo waren wir zu wenig, wo müssen wir mehr und härter einschreiten, wenn es dann auch weniger Leute sind, sondern ich glaube, das wäre der falsche Weg, Herr Enzmann sprach von anderen Wegen in der Zukunft, den längeren Verlauf zu sehen, nicht nur die Wochen, sondern ich sprach ja schon von der ganzen Anbahnung, den zu sehen, die Kommunikation, die Darstellung, welche dann mit den Hubschraubern endeten. Das war dann aber auch irgendwie logisch, dass die kreisten, wenn man sich das vorher anguckte. Und davor, warnen möchte ich jetzt nicht, kein Warnen, aber Bedenken geben, dass es gut wäre, das als singulär darzustellen und beim nächsten Mal neu zu bewerten.

Vorsitzender: Herr Jarchow.

Abg. Carl-Edgar Jarchow: Ja, ich würde gern noch einmal auf den Begriff Logistik zurückkommen, den hatten Sie, glaube ich, vorhin genannt, Herr van Hüllen. Wir haben ja festgestellt bei unseren vielen Sitzungen, die wir hier hatten, dass ein gewisser Grad an Organi-

siertheit zu beobachten war. Und wir haben uns gefragt, ob es eigentlich Verbindungen zwischen ausländischen und grenzüberschreitenden Netzwerken gibt, die das organisieren, zu irgendwelchen, und da wäre eben die Frage, zu wem, in Hamburg. Gibt ..., hat da ... Meine Frage geht an alle Experten, die sich dazu äußern möchten. Haben Sie da irgendwelche Erkenntnisse über diese Netzwerke, über diese Zusammenarbeit, die dort da bestanden hat?

Vorsitzender: Die Frage war erst einmal an Herrn van Hüllen?

Dr. Rudolf van Hüllen: Also das sind natürlich dann Dinge, die sich im nicht öffentlichen Bereich abspielen, und da habe ich keine Einblicke mehr drin. Tatsache ist, dass wir in vielen europäischen Ländern sehen können, dass die Signets und die Ästhetik solcher Bewegungen völlig gleich sind und dass es auch einen unglaublich großen Konsens über Feinde, Strategien und Aktionsformen gibt. Wobei man schon sehr lange nicht wirklich verstehen konnte, wie der zustande kommt, denn es sind oft Menschen, die sich schon aufgrund der sprachlichen Barrieren nur schwer miteinander verständigen können. Trotzdem ist das so. Wenn Sie einmal in YouTube ein bisschen blättern, stellen Sie fest, dass die Antifa-Ästhetik genauso in den Vereinigten Staaten oder in Frankreich sich auslebt, mit den gleichen Fahnen, mit den gleichen Klamotten, den gleichen Signets wie bei uns. Aber ein Zentrum, was das organisiert, das würde ich zumindest nicht kennen.

Vorsitzender: Gut. Hat der Senat dazu Erkenntnisse?

Senator Andy Grote: Ja, wir können ja einmal sagen, wie vielleicht das Zusammenwirken in der Vorbereitung und Mobilisierung war und dann während des Gipfels, wo da sozusagen die Unterstützung als Ergebnis aus den Ermittlungen sich ein bisschen abbilden lässt. Einmal Frau Domres für die Vorbereitungsphase.

Anja Domres: Ja, generell habe ich ja gesagt, hinsichtlich der Vorbereitungshandlungen gab es ja verschiedene Aktionskonferenzen, wo man auch sagen muss, dass da eben schon verschiedene Gruppierungen aus dem Ausland angereist sind. Insbesondere bei der zweiten Aktionskonferenz der IL gab es 600 Teilnehmer aus dem ganzen Bundesgebiet, aber auch aus den Ländern Skandinaviens, Frankreich, Italien, Griechenland, Niederlande und Spanien. Insofern gab es auch da schon eine sehr große Mobilisierung.

Wenn man sich jetzt die ausländischen Gruppierungen anguckt, die nach Hamburg gereist sind, dann sieht man einmal in Skandinavien dieses Bündnis Autonomous Revolutionary Nordic Alliance, das besteht aus Autonomen Gruppen aus Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland, die nach Hamburg gemeinsam in Bussen angereist sind. Also es wurde die Mobilisierung dieser Gruppen geschafft sozusagen. Aus Italien waren Gruppen des dortigen Bündnisses Autonomia Diffusa beteiligt, also verschiedene Untergruppen. Und auch diese Gruppen gelten auch wie die Gruppen aus Skandinavien als äußerst gewaltbereit. Und aus Frankreich sind nach unseren Erkenntnissen besonders militante Autonome in Hamburg gewesen, die auch mit dem Sonderzug aus Basel teilweise angereist sind. Und dann gab es eben auch aus der Schweiz Gruppierungen wie die Anarchistische Gruppe Bern oder die Revolutionäre Jugend Zürich, die auch vertreten waren in Hamburg, auch die mit dem Sonderzug angereist sind. Das sind alles Gruppierungen, die als besonders gewaltbereit eingestuft werden, auch in ihren Ländern.

Wir haben natürlich auch noch Informationen zu Gruppierungen aus anderen Ländern, aber da ist es wie immer, dass wir in einem öffentlichen Ausschuss bestimmte Erkenntnisse eben auch nicht vortragen können, insbesondere Erkenntnisse anderer Nachrichtendienste, die von diesen natürlich auch nicht freigegeben werden. Und insofern bitte ich da um Nachsicht, dass ich damit ende, weil wir eben weitere Erkenntnisse hier auch nicht vortragen können.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Herr Gladiator. Ja?

Senator Andy Grote: Hier Hieber könnte noch kurz was sagen, wie das denn im Zusammenwirken hier war grundsätzlich.

Vorsitzender: Ja.

Jan Hieber: Ja, vielleicht dann ganz grundsätzlich noch einmal, ich hatte ja versucht, anhand der Beispiele ein bisschen deutlich zu machen, welche Gruppierungen wie, in welcher Intensität sozusagen, bei Vorbereitungen vielleicht ein bisschen, aber dann auch bei der Durchführung in Erscheinung getreten sind von den drei bereits durch den Verfassungsschutz genannten Strukturen. Insgesamt kann man sagen, dass diese Taten, so, wie sie abgelaufen sind, ohne Unterstützung der lokalen Strukturen einfach nicht möglich gewesen wären. Das geht da um Planung, das geht dabei um das Bereitstellen von Logistik bis hin zu Depots. Und man kann auch ganz deutlich sagen, dass der Gipfel ohne diese Täter anders, nämlich friedlicher, verlaufen wäre, dass diese Gewaltexzesse, so, wie wir sie hatten, ohne diese ausländische Beteiligung in der Form, diese Phänomene Elbchaussee und Gewaltexzesse in der Schanze, nicht stattgefunden hätten.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Gladiator.

Abg. Dennis Gladiator: Ja, zwei kurze Vorbemerkungen. Ich finde es wichtig, dass wir noch einmal dargestellt bekommen haben, dass, auch wenn es spontane Aktionen gab, auch wenn es erlebnisorientierte, wobei ich das ein merkwürdiges Erlebnis finde, Jugendliche gibt, dass weite Teile, die die Stadt so nachhaltig verunsichert haben, sehr wohl sehr konkret geplant waren, sehr gründlich geplant waren, und, wir haben es in der letzten Sitzung ja auch gehört, ohne die lokalen Strukturen in Hamburg so auch nicht möglich gewesen wären. Ich glaube, Herr Hieber hat das heute auch noch einmal bestätigt. Also es ist auch nicht abzutun als, das waren jetzt Krawalltouristen, die das gute Wetter ausgenutzt haben, die auch dabei waren, aber sicherlich nicht das Hauptproblem waren.

Und das Zweite als Vorbemerkung, ich glaube, das ist ein Thema, dem wir uns auch bei den Konsequenzen zuwenden müssen, das Thema, was tut man gegen Linksextremismus, von der Prävention angefangen, weil, da ist, glaube ich, in Hamburg tatsächlich ein Fehler gemacht worden, dies zu verharmlosen. Ich will es nur an einem Beispiel sagen, mehrfach wurde im Parlament über ein Landesprogramm wegen links debattiert, das wir beantragt haben, es wurde mehrfach abgelehnt mit dem Hinweis auf fehlende Notwendigkeit, das sehr wohl einen präventiven Ansatz hatte. Ich hoffe, dass wir aus den schrecklichen Erfahrungen da noch einmal anders drüber diskutieren können, über das, was an Konsequenzen ist.

Zwei Fragen. Die besonderen Strukturen sind erwähnt worden. Besonders bezogen auf die ausländischen Linksextremisten, die besonders gewalttätig sind, Herr van Hüllen, Sie hatten es auch gesagt. Sind das Erkenntnisse, die denjenigen, die sie eingeladen haben, bekannt gewesen sein konnten? Also wenn man sagt, es ist aus Hamburg eingeladen worden, von wem der drei Gruppierungen auch immer, also ist das besondere Gewalttätigkeit, das besondere Vorgehen dieser Gruppierungen, die Enthemmtheit, auch mit Tötungsabsicht vorzugehen, ist das etwas, was der Wissenschaft ausschließlich vorbehalten ist, die Info, oder ist das etwas, was denjenigen hätte bewusst sein können oder auch müssen? Das ist die erste Frage.

Und die zweite Frage, auch mit Blick auf die Konsequenzen. Dass die Strafverfolgung funktioniert, dass die Täter ermittelt werden, dass dabei auch die Strafverfolgungsbehörden sich neue Methoden aneignen, ist ja dir rechtsstaatliche Selbstverständlichkeit. Und deswegen ist ja ganz entscheidend, wie gehen wir politisch mit dem Phänomen des Linksextremismus und den Gefahren um. Und da würde ich einfach so frech sein, zu dem, was Sie vorhin geschildert haben, was passiert, wenn man es nicht ausreichend verfolgt oder wie in Hamburg die

Rote Flora auch noch staatlich subventioniert, was wären aus Ihrer Erfahrung, aus Ihrer Sicht Schritte, die Politik tun muss, um gegen dieses Phänomen vorgehen zu können?

Vorsitzender: Herr van Hüllen.

Dr. Rudolf van Hüllen: Also ich würde nicht dazu raten, sich rein auf die repressive Methode zu beschränken. Wie man jetzt mit der Flora umzugehen hat, da gibt es natürlich verschiedene Möglichkeiten, keine davon ist alternativlos in dem Sinne, dass sie zwingend wäre. Ich habe nur vorhin angedeutet, dass ich der Meinung bin, wenn man es einfach so weiterlaufen lässt, wie jetzt, dann ist es das falsche Signal in die Szene herein, weil die Szene denkt, na ja, wir können eigentlich machen, was wir wollen, es passiert nichts.

Die simpelste Variante wäre in dem Bereich, jetzt jenseits irgendwelcher Ideen von Räumung oder so was, halte ich für symbolische Politik, die bei der Vielzahl der Trefforte von gewaltbereiten Linksextremisten in Hamburg wahrscheinlich auch nicht wirklich zielführend wäre, man könnte einfach einmal ein Signal vonseiten der Gesellschaft setzen und sagen, wir ziehen jetzt einmal den Stecker, wir schalten euch einfach einmal das Geld ab, wir überprüfen die Strukturen von euch, die von öffentlichen Mitteln abhängig sind und die finanziert werden und stellen einfach einmal diese Finanzierung ein, überlassen euch das einmal selbst, eure Stromrechnung zu bezahlen oder ähnliche Dinge zu machen, und dann würde das vielleicht schon ganz anders aussehen.

Die Präventionsarbeit, gedacht als Demokratieerziehung oder das Sensibilisieren von jungen Menschen für Gewalt, Gewalt für einen vermeintlich guten Zweck, mache ich gern in der Prävention mit einem Beispiel durchaus aus Hamburg, ich nehme nämlich dieses Mobilisierungsvideo von, ich glaube, 2013, bei dem zum Beispiel der Refrain heißt, räumt die Flora, wenn ihr wollt, dass die Stadt brennt. So, und die meisten Schüler, schon ab Jahrgangsstufe 9/10 kommen sehr schnell darauf, was es für eine Zumutung ist, dass da diese schwarz Vermummten, die dort zu sehen sind in diesem Video, den anderen 1,8 Millionen Hamburgern sagen, wenn ihr nicht tut, was wir wollen, zünden wir euch die Stadt an. Also das kriegt man ganz gut hin. Und da, glaube ich, ist möglicherweise ein bisschen Nachholbedarf. Ich würde erst einmal mit so etwas beginnen und die Präventionsprogramme der Hansestadt, wenn es die denn gibt, etwas ausweiten auf diese anderen Phänomene. Man kann dabei unter Umständen über die allgemeine Gewaltprävention gehen. Wenn jetzt das BKA hier säße, weiß ich, dass der Kollege Kemmesies das genau sagen würde, würde sagen, muss man gar nicht phänomenspezifisch machen, kann man auch als phänomenübergreifende Prävention machen. Gut, aber es gibt eben in jeder Stadt eben besondere Schwerpunkte und Äußerungsformen von politischer Gewalt. Dass ich natürlich in Brandenburg oder in Anklam in Mecklenburg-Vorpommern nicht vom Linksextremismus reden muss, ist ja wohl klar. Hier in Hamburg müsste ich das dann schon tun. Aber das müsste in der Tat einmal gemacht werden.

Und wie groß der Bedarf ist, das weiß ich nicht, das kann ich nicht sagen. Es gibt leider unerfreuliche Beispiele dafür, dass man solche Angebote gemacht hat, auch an Schulen, dann aber die Schulen gesagt haben, na ja, also unter uns gesagt, wissen Sie, das möchten wir gar nicht, weil unsere Kollegen sind ja nun auch Autofahrer und möchten es bleiben. Mit anderen Worten, wenn wir an dieser Schule über linke Gewalt reden, dann sind die Autos im Lehrerkollegium vor Brandstiftern nicht mehr sicher. Das war Berlin, klar, brauche ich ja nichts zu sagen, das war ganz eindeutig ein Beispiel aus Berlin, wo einem dann gesagt wurde als Politische Stiftung, nein, das machen wir nicht, weil ... So. Gebe ich zu, ist eine gewisse Hürde, die man überschreiten muss, aber das müsste man versuchen.

Zu Ihrer ersten Frage: Wissen die hiesigen Veranstalter von Gewaltexzessen, wie ihre ausländischen Gäste drauf sind? Eindeutig, ja. Weil, seit 1999, seit es diese internationalen Pro-

teste gegen Wirtschafts- und Politikgipfel gibt, besucht man sich untereinander. Das heißt, Deutsche fahren natürlich auch nach... sind sogar bis nach Kananaskis gefahren 2003, um sich mindestens als Beobachter an den Protesten gegen den dortigen G7-Gipfel zu orientieren, tun das auf jeden Fall in Europa, kennen ihre Ansprechpartner dann. Die wissen natürlich, dass die Franzosen beispielsweise – die Polizei hat es geschildert vorhin – völlig anders drauf sind, was die Gewaltformen angeht, wobei man dazu sagen muss, die Gendarmerie in Frankreich geht auch anders vor als unsere Polizei. Also, das muss man auch einmal gesehen haben, was da so passiert, das sind keine deutschen Maßstäbe. Das wissen die sehr genau. Und wen die dann einladen, den können die möglicherweise drauf verpflichten oder versuchen zu verpflichten, dass die sagen, bitte lasst das und das bleiben, aber ob das dann funktioniert, ist eine andere Frage.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Lenders.

Abg. Joachim Lenders: Ja, vielen Dank. Wir haben ja immer wieder hier im Ausschuss gehört, es drehte sich sehr häufig um die Frage, inwieweit ist es organisiert worden, inwieweit ist es hier auch in Hamburg organisiert worden. Und ich will einfach mal zwei Aspekte nochmal aufgreifen, insbesondere als vorhin die Situation diskutiert wurde, passiert es häufig spontan? Wir sprachen immer wieder, auch bei den Experten hörte ich, die Erlebnisorientierten, die sich natürlich in das Gesamtgeschehen mit eingebracht haben. Aber auf die konkrete Frage – der Senator hat sie mal eben als Schlüsselfrage vorhin bezeichnet – sind diese ganzen Krawalle spontan oder gut vorbereitet, hat der Polizeipräsident, Herr Meyer, auch ausgeführt, dass es eine exzellente Vorbereitung gegeben hat. Er sprach davon, wenn ich es richtig verstanden habe, über ein Jahr Vorbereitungszeit dieser Gruppierungen, das alles hier in Hamburg stattfinden zu lassen. Und wir haben gerade in den Aussagen von Herrn van Hüllen gehört, inwieweit es auch Vernetzungstendenzen innerhalb der Gruppierungen der Linksextremen über Deutschland hinaus in das europäische Ausland gegeben hat. Und wenn ich Herrn Hieber vorhin dann in seinen Aussagen richtig verstanden habe, ist es ohne eine lokale Planung und Organisation, dass diese Gruppierungen hierherkommen und sich dann natürlich entsprechend hier während des G20 auch strukturieren, gar nicht möglich gewesen. Und von daher stellt sich dann immer nach wie vor noch die Gretchenfrage: Wer ist denn dafür konkret hier in Hamburg verantwortlich gewesen, bei der lokalen organisatorischen Planung, dass genau diese Gruppierungen, die seitens bestimmter Protagonisten aus der Roten Flora eingeladen worden sind – und vollkommen unabhängig, das will ich an dieser Stelle gar nicht bewerten – ob dann das Heft des Handels von Rotfloristen, die dafür verantwortlich gezeichnet haben, irgendwann Ihnen entglitten ist? Aber der Fakt bleibt, sie sind eingeladen worden. Herr van Hüllen hat eben deutlich gemacht, mit welcher Intention und man hat auch gewusst, wen man da eingeladen hat, aber die Frage auf die Aussagen, auch von Herrn Hieber, wer ist denn dann dafür konkret hier in Hamburg in der örtlichen und organisatorischen Planung, wenn man da von einer Gruppierung oder von Einzelpersonen sprechen darf, für verantwortlich?

Vorsitzender: Bitte.

Senator Andy Grote: Ja, wir haben ja schon, glaube ich, ein paar Teilantworten gegeben, wir können einmal versuchen, das zusammenzufassen. Wir haben, glaube ich, ein bisschen darüber berichtet, dass die Interventionistische Linke sehr aktiv gewesen ist. Man konnte in einem Beitrag vom NDR, einem längeren, sehen, wie, glaube ich, Frau Laquer in Italien auch da mobilisiert hat. Wir haben über die Rolle des Camps, insbesondere das, was maßgeblich vom Roten Aufbau mitorganisiert und initiiert war am Vorhornweg, gesprochen und so hat es natürlich eine ganze Reihe von Beiträgen gegeben, die man aber in ihrer ganz konkreten Kausalität natürlich dann auch schlecht abbilden kann. Aber wir haben natürlich diese, auch

konkreten Beiträge einzelner Strömungen. Können wir das noch weiter konkretisieren über das hinaus, was wir dazu schon gesagt haben? Frau Domres und auch Herr Hieber.

Frau Anja Domres: Ja, ein bisschen kann ich da gern noch dazu sagen. Wenn man sich die Interventionistische Linke anschaut, dann war sie sicherlich auch federführend bei der Mobilisierung. Neben diesen beiden Aktionskonferenzen, wo die erste ja schon Ende 2016 stattfand und die zweite im April 2017, wo eben, wie gesagt, auch verschiedene Delegierte aus europäischen Ländern kamen, hat IL eben massiv überregional, international über das Internet mobilisiert, hat Videokonferenzen stattfinden lassen über Skype, aber IL-Vertreter reisten eben auch ins In- und Ausland und haben dort mobilisiert. Und neben Italien kann man das benennen, dass IL-Angehörige auch in Bremen, Leipzig und Bologna waren. Das heißt, bei IL sind diese Reisen passiert, sowohl In- und Ausland.

Bei den Autonomen muss man sagen, dass sie hauptsächlich massiv über das Internet mobilisiert haben, trotzdem aber an den geschilderten Aktionskonferenzen auch teilgenommen haben und auch eigene Aktiventreffen durchgeführt haben und selber Reisen ins Inland vorgenommen haben, wobei wir ... Reisen ins Ausland sind nicht dokumentiert. Das können wir im Augenblick ... dazu können wir nichts sagen.

Und beim Roten Aufbau ist es eben so, dass die ebenfalls eine Aktionskonferenz im Februar 2017 durchgeführt haben mit 300 Teilnehmern. Übers Internet eben zahlreiche Videos mit sehr martialischem Inhalt verbreitet haben und eben versucht haben, gerade auch im In- und Ausland die gewaltbereite Klientel anzusprechen. Was dann ja auch passiert ist, weil ja eben viele von diesen eben dargestellten sehr als gewaltbereit geltenden ausländischen Zusammenschlüssen und Gruppierungen dann nach Hamburg gereist sind.

Frau Dr. Elke Steven: So, darf ich vielleicht auch noch einmal eben was dazu sagen?

Vorsitzender: Sofort, Frau Dr. Steven. Jetzt ist noch Herr Hieber einmal dran und dann gern.

Herr Jan Hieber: Ja, weil ich gerade eben, glaube ich, auch angesprochen wurde, deshalb vielleicht nur ganz kurz. Wir haben es gerade eben noch einmal mit anderen Worten gehört, ich hatte dafür die Formulierung gefunden, Hamburger Strukturen haben hier ein hoch entzündliches Gemisch angerührt. Warum finden wir jetzt so wenige von denen im Hellfeld? Die wenigen Auffälligkeiten hatte ich schon so ein bisschen dargestellt, das bezieht sich insbesondere dann eben auf den Roten Aufbau Hamburg und vereinzelt die Interventionistische Linke. Ich glaube, dass man sagen kann, dass man ... oder es spricht einiges dafür, dass man der Auseinandersetzung auf der Straße, diesen ganz aktiv gewalttätigen Teil dann eben auch anderen überlassen hat und dass das einfach eine Form von Arbeitsteilung an der Stelle auch ist, die sich dann vielleicht ein Stück weit auch darin ausdrückt, dass wir da im polizeilichen Hellfeld aus diesen Strukturen eben nur so wenig sehen. Denn darüber, dass man den strafrechtlichen Bereich mit der Mobilisierung beziehungsweise mit den Äußerungen, die im Nachgang getätigt wurden, nicht erreicht hat, haben wir hier eben schon gesprochen. Das ist ja insofern geschickt, weil der Aufruf verstanden wird von den Relevanten, aber eben nicht den Grad der Strafbarkeit erreicht.

Vorsitzender: Also jetzt noch einmal die Nachfrage von Herrn Lenders. Und Frau Steven kriegt gleich das Wort.

Abg. Joachim Lenders: Ja, eigentlich nur nochmal die Nachfrage. Meine Frage ging gezielt auf die ... ohne lokale Planung und Organisation wäre es nicht möglich gewesen. Und wir haben im Verlauf der heutigen Sitzung hier etwas gehört zum Thema, ich nehme mal ein Beispiel, Roter Aufbau Hamburg, Herrn S. Wir haben was gehört hier zur Interventionistischen Linken, Frau Laquer. Wir haben aber auch das Thema Rote Flora. Also meine Frage

war schon – die Frage kann ja verneint werden so unter dem Motto, nein, konkrete Zusammenhänge sind dort nicht bekannt –, aber genau darauf zielte meine Frage ab, nicht auf die Lokalen, nicht auf Internet, nicht auf Italien.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Können wir noch was zur Flora nachtragen? Herr Hieber.

Herr Jan Hieber: Also, nur um das abschließend zu sagen für die Ermittlungen, wenn wir dort was im polizeilichen Hellfeld gehabt hätten, hätte ich es spätestens jetzt gesagt. Haben wir nicht.

Vorsitzender: Okay. Frau Dr. Steven.

Frau Dr. Elke Steven: Ja, ich finde, so wie hier darüber diskutiert wird, entsteht im Moment der Eindruck, die Tatsache, dass Protest international organisiert wird, würde er dadurch schon verdächtigt und verdächtigt gewalttätig zu sein. Es hat internationale Konferenzen hier gegeben, auch langfristig, aber das gehört eben dazu, dass eine internationale Politik, die auch reist, auch Protest hervorruft, der ebenfalls sich international vernetzt und zusammenarbeitet. Und mir geht es einfach viel zu weit jetzt zu sagen, die Interventionistische Linke würde automatisch schon nur Gewalttäter organisieren und hier nach Hamburg rufen. Wenn man es so diskutiert, dann führt es dazu, dass man eigentlich, und genau das finde ich, ist ein Teil des Problems auch beim Gipfel G20 letztes Jahr gewesen, entsteht der Eindruck, jeder, der sich überhaupt am Protest beteiligt, der den organisiert, der diese Kommunikation mitorganisiert, wird verdächtigt, damit auch irgendwie benannte Linksextremisten zu schützen und deren Aktionen mitzutragen. Tatsächlich gibt es breite Bündnisse, die versuchen, auch vielfältige Gruppen einzubinden, aber wenn man nicht von der Perspektive als Bürgerschaft ausgeht, dass Protest gewollt ist, dass es zur Demokratie fundamental dazugehört, dass Kritik auch vorgebracht wird, dann versucht man eigentlich, das alles zu verhindern und stellt eben alle Bürger unter Verdacht, die überhaupt Protest organisieren.

Vorsitzender: Ja. Also, vielleicht erlaube ich mir als Vorsitzender die Anmerkung dazu, so ist das hier in diesem Sonderausschuss nie diskutiert worden. Bei vielen Gelegenheiten ist von allen sowohl vom Senat als auch von den Fraktionen betont worden, wie viele Demonstrationen ja stattgefunden haben. Und wir haben immer alle bedauert, dass das Gespräch und die Diskussionen, die dort geführt worden sind, auch auf diesem Gegengipfel oder Alternativgipfel ja vollkommen in den Hintergrund getreten sind über das, womit wir uns hier beschäftigen müssen. Der Ausschuss heißt eben Sonderausschuss, Aufarbeitung der gewalttätigen Ausschreitungen, deswegen ist unser Fokus sicherlich ganz klar irgendwo da gesetzt. Aber vielen Dank, Frau Dr. Steven, dass Sie das auch noch einmal klar eingeordnet haben. Das ist sicherlich Meinung im Ausschuss auch, was Sie gesagt haben.

So, Frau Friederichs.

Abg. Martina Friederichs: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Auch ich möchte nochmal den Komplex des Mobilisierungsprozesses in der linken Szene beleuchten. Ich fand es sehr spannend auch von Ihnen, Herrn Dr. Enzmann und Dr. Zurawski, zu hören, dass Sie aber doch auch insbesondere die Geschehnisse in der Schanze hier nochmal anders beleuchtet haben und das auch als durchaus ganz besonderes Ereignis, singuläres Ereignis hatten Sie es benannt, mit der Zusammensetzung, mit den Voraussetzungen an Wetter et cetera. Das fand ich hier nochmal besonders und finde es insofern bei der Einordnung ein bisschen anders als die CDU, die hier scheinbar von einer sehr homogenen Gruppe, was die Gewalttaten in der Schanze, ausgeht.

Zur Mobilisierung würde ich gern noch einmal wissen, wir hatten erfahren, dass schon ganz früh die linke Szene, als klar wurde, dass der Gipfel in Hamburg stattfindet, mobilisiert. Und da würde ich einfach gern nochmal wissen, ob es da oder wie da die Aktivitäten waren, ob man das gleich sozusagen bemerkt hat, ob es Strukturen gibt, die sonst auch bei solchen Ereignissen stattfinden, ob es da Hinweise gab? Können Sie dazu etwas sagen? Das ist eine Frage erst einmal an den Senat.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Ich würde die Frage einmal zunächst an Frau Domres weitergeben.

Frau Anja Domres: Ja, ich habe ja schon einiges gesagt zur Mobilisierung. Man muss festhalten, dass alle drei der genannten Organisationen, also der Rote Aufbau Hamburg, die Autonomen und eben auch IL massiv mobilisiert haben. Wie ich schon gesagt habe, teilweise gab es eben Reisen ins Ausland hinsichtlich der Mobilisierung, teilweise gab es Mobilisierung übers soziale Netzwerk. Es wurden Reisetipps, Kontakt- und Anlaufadressen bekannt gegeben und, ja, es gab eben Informationsveranstaltungen im In- und Ausland, zu denen gegenseitig gereist wurde, das wurde hier im Ausschuss, meine ich, aber auch bereits schon vorgetragen. Und ich denke, dass dadurch, dass eben auch, ich sage einmal, so Freundschaftsbesuche zu Gruppierungen im Ausland stattgefunden haben, von denen man ziemlich genau wusste, dass sie als sehr gewaltbereit eingeschätzt werden konnten, dass man auch dadurch in Kauf genommen hat, dass eben auch in eine bestimmte Richtung etwaige Tätigkeiten hier verlaufen werden. Wenn man wie die Autonomen beispielsweise zu einer Demonstration aufruft, die Welcome to Hell heißt und ein Bild von einem brennenden Hamburg zeigt, dann ist eigentlich ziemlich eindeutig, wozu da aufgerufen wird. Und insofern sage ich mal, hat die Mobilisierung sicherlich dazu beigetragen, dass eben sehr viele oder eine große Zahl aus dem Ausland nach Hamburg gereist ist. Die Gruppierungen hatte ich eben schon einmal geschildert und, wie gesagt, auch die Aktionskonferenzen, die durchgeführt worden sind an verschiedenen Stellen, haben sicherlich dazu beigetragen. Und auch Reisen, die im Inland nach Leipzig, nach anderen Städten oder zu anderen Städten durchgeführt worden sind wie Bremen, haben sicherlich auch Bremen, Leipzig beispielsweise haben sicherlich auch dazu beigetragen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Wir haben jetzt noch Herrn Giffei, Frau Möller und Herrn Schumacher als Meldung zu diesem Komplex. Wollen wir das jetzt noch machen oder wollen wir jetzt die Pause machen? Ich gucke einmal diejenigen an, die sich auch gemeldet haben.

(Zuruf: Pause.)

Spricht viel dafür, dass wir vielleicht erst einmal eine Pause machen? Genau. Gut, dann machen wir 15 Minuten Pause und setzen dann die Beratungen mit den drei Wortmeldungen weiter fort.

Sitzungsunterbrechung von 19:15 Uhr bis 19:44 Uhr

Vorsitzender: So, dann machen wir weiter. Die nächste Wortmeldung hat Herr Giffei. Herr Giffei, bitte.

Abg. Uwe Giffei: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe zwei Fragen in Hinblick auf eine mögliche Gewaltprävention. Wir haben ja von Ihnen gehört und auch schon vorher im Ausschuss in den Protokollen konnte man es nachlesen, dass das Spektrum der Personen, die an dem G20-Wochenende Gewalt angewandt haben, sehr breit war. Also auf der einen

Seite eben Zuschauer, Gaffer oder wie immer man sie nennen will, die sich haben hinreißen lassen. Dann gewaltorientierte Jugendliche, von denen Herr Enzmann gesprochen hat. Sicherlich auch politisch engagierte Menschen, die situativ Gewalt angewandt haben, aber eben auch Gruppen, die ein bejahendes Verhältnis zur Militanz haben oder eben sogar, wie diese Gruppe an der Elbchaussee planmäßig von langer Hand Gewalttaten ausüben. Darauf haben ja Herr Hieber und Frau Domres mit Recht darauf hingewiesen, dass es eben auch zu diesem Spektrum gehörte ganz maßgebend.

Meine Fragen sind dahingehend an die, die sich wissenschaftlich mit Gewalt und Eskalation beschäftigen. Welche Form der Prävention ist für dieses erste Spektrum derjenigen, die eher situativ Gewalt anwenden, denkbar? Ist da überhaupt ein Präventionsansatz denkbar? Und vor allem aber auch in Hinblick auf die zweite Gruppe derjenigen, die sich irgendwann im Laufe ihres Lebens dazu entschlossen haben, dass Gewalt ein legitimes Mittel politischer Auseinandersetzung ist. Gibt es dort Forschungen in Hinblick auf den Radikalisierungsprozess? Welche Rolle spielen vielleicht auch in so einem Radikalisierungsprozess politische Frustrationen? Also die Wahrnehmung, alles ist ganz ungerecht, aber es ändert sich nichts oder aber auch Repressionserfahrungen, die man selbst gemacht hat. Genau.

Und auf der anderen Seite aber auch, weil mir das aufgefallen ist im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel, auch in der Nachdiskussion, die Frage, welche Rolle spielt für die, sagen wir einmal, für die Absenkung der Hemmschwelle Gewalt auszuüben Sprache? Also, ich finde es ganz auffällig, dass es ja auf der einen Seite die hinlänglich bekannte Entmenschlichung von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten gibt, aber eben auch im Zusammenhang mit der G20-Mobilisierung davon gesprochen wurde, die Polizei wird militarisiert, es wird eine Taktik der Aufstandsbekämpfung angewendet. Das sind ja Sachen, die Bilder erzeugen, die ein Bedrohungsszenario erzeugen, gegen das man dann vielleicht sich auch legitim wehren kann, also ich glaube, das sind so ... und diese Frage hätte ich noch, welche Rolle spielt das? Vielleicht an Herrn Enzmann, Herrn Zurawski und gern auch an Frau Steven, die kam heute noch fast gar nicht zu Wort.

Vorsitzender: Herr Dr. Enzmann.

Herr Dr. Dirk Enzmann: Das waren jetzt viele Fragen. Wir müssen nachher gucken, ob Sie mich vielleicht noch einmal an ein paar Fragen erinnern, weil ich vielleicht nicht alle in der Reihenfolge jetzt so hinbekomme, wie sie jetzt gestellt wurden. Aber ich finde, die Frage zur Prävention ist wirklich eine gute und wichtige Frage. Und ich würde vielleicht erstmal ein bisschen zurückgehen. Also, die Frage kann natürlich gestellt werden in Hinblick auf die Situationen, die da passieren. Also wir haben ... wir reden von schon politisch sozialisierten und erwachsenen oder quasi erwachsenen Menschen, also jungen Heranwachsenden und Jugendlichen oder wir fangen früher an. Und ich würde auf jeden Fall erst einmal sagen, langfristig gesehen ist es wahrscheinlich wesentlich effizienter, möglichst früh anzufangen. Und da war auch eben der Hinweis, muss das jetzt spezifisch dann sein, also links- oder rechtspolitisch, also hat das eine politische Komponente dann? Und ich glaube, entscheidend ist, glaube ich ... ganz allgemein sind zwei Dinge: Das Erste ist Gewaltprävention ganz allgemein. Das wird ja auch gemacht hier, auch in Hamburg. Und das Zweite ist, das halte ich für ganz besonders wichtig, was gar nicht so stark fokussiert wird bis dato, glaube ich, das ist die Frage der Legitimitätswahrnehmung. Also nehmen junge Leute die staatlichen Instanzen zum Beispiel auch dann die Polizei, die in solchen Situationen dann ja eine wichtige Rolle spielt, als legitim wahr? Und das kann man schon in jungem Alter machen. Also, es gibt hier in Hamburg von der Hamburger Schulbehörde ein Handlungskonzept gegen Jugendgewalt, da gibt es die Instanz des Cop... oder die Idee des Cop 4 U. Das sind Beispiele dafür, wo die Distanz, die Schwelle zur Polizei bei jungen Leuten schon versucht wird abzu-

bauen und zu zeigen, welche Funktion Polizei auch positiv haben kann. Das, glaube ich, trägt nach meiner Überzeugung zu Legitimitätswahrnehmungen bei jungen Leuten bei.

Wenn wir uns aber angucken, wie die Legitimitätswahrnehmungen sich verändern mit der Zeit, dann sehen wir, dass je älter die Jugendlichen werden umso weniger halten Sie die Polizei für legitim, weil sie nämlich anfangen selbst Autonomie und Identität zu entwickeln und sich sowieso gegen Instanzen aller Art wehren, damit auch der, der Polizei, das gehört mit dazu. Und dann ist die Frage, wie geht man dann mit so was um, also mit so quasi jugendtypischer und so aus der Entwicklung zu erklärender, sagen wir einmal, Opposition oder so. Und da muss man, glaube ich, anders vorgehen.

Und ich glaube schon, dass man situativ ganz anders vorgehen muss als die Frage von politischen Einstellungen allgemein. Also situativ kann man ja auch, ich weiß nicht, ob der Begriff Prävention an der Stelle richtig ist, aber die Art und Weise, wie man auftritt bei einer oder wie man eine erwartete Demonstration oder einen erwarteten Konflikt vorbereitet, ist, glaube ich, ganz entscheidend. Ich habe ja am Anfang oder eine Frage vorher schon einmal gesagt, dass ich glaube, und das zeigt auch die Forschung zu Policing, dass massives Auftreten, was häufig gefordert wird, wenn solche Ereignisse stattgefunden haben wie jetzt, dass man sagt, man muss ja viel massiver auftreten, dass das wahrscheinlich kontraproduktiv ist. Also alle Forschung deutet darauf hin, dass die Zurückhaltung hier wichtig ist, aber gleichzeitig auch, dass es nötig ist in dem Moment, wo das dann eskaliert oder wo es eine Grenze überschreitet, dann auch präsent zu sein. Das ist eine Kunst, die, ja, da gibt es Berufe, die das machen und die haben ... So, also das wäre situativ.

Und es gab dann die Frage, wie ist das motiviert? Und ich glaube, also, die ... Es gibt unter jungen Leuten natürlich eine moralische Rechtfertigung für das, was sie tun. Also, wenn man verstehen will, warum Menschen handeln, dann sind Menschen, wie alle Menschen regelbasierte Menschen, also Menschen versuchen Regeln zu folgen. Und das ist ein Moment von Situation. Also, wenn ich versuchen will zu verstehen, warum Menschen sich entscheiden einen gewalttätigen Akt zu begehen, dann interpretieren sie erst einmal die Situation, in der sie sind. Und diese Interpretation, das sind ja auch halb automatische Muster. Also, wenn ich einen Polizeibeamten, als meinen Gegner sowieso wahrnehme oder eine Aktion, als gegen mich gerichtet wahrnehme, dann reagiere ich völlig anders, dann interpretiere ich ... diese Interpretation determiniert meine Handlungsauswahl oder die Handlungsalternativen, die ich dann für mich sehe. Das Gleiche gilt auch für die Art und Weise, was ist eine angemessene, richtige Handlung hier. Und ich glaube, was man nicht unterschätzen darf, wenn es um diese Militanz geht, die wir hier gesehen haben, dass es durchaus Gruppierungen gibt, für die Militanz und Gewalt zur Identität gehört, für die das, ja, nicht nur ein notwendiges Mittel zum Zweck ist, sondern eben auch zu zeigen, ich bin politisch richtig. Und da, denke ich, da ist eine ... da sind es nicht Ohnmachtserfahrungen, die dazu führen ... In dem Moment, wenn man schon so weit ist, sind es nicht eben Ohnmachtserfahrungen, die dazu führen, dass die Gewalt ausgeübt wird, sondern dann wartet man regelrecht darauf, man freut sich schon über die Provokation, damit man endlich seine Gewalt, die man sowieso für richtig hält, auch ausüben kann oder das legitimiert ist. Das ist eine Neutralisierungsstrategie quasi.

Die andere Frage ist, ob es im Laufe der Entwicklung dahin Ohnmachtserfahrungen gibt? Und da, denke ich, da gibt es einen Moment – da hat mich der Beitrag von Frau Steven irgendwie auch noch einmal, denke ich, kann man da auch nochmal ernst nehmen –, wenn man den Versuch, Protest hier in Hamburg gegen eine internationale Veranstaltung zu organisieren und das international zu organisieren, genauso international, wie diese Veranstaltung ist, wenn man das unter einen Generalverdacht stellt, dann läuft man Gefahr, dass man die Leute, die diese Form von Protest für sich in Anspruch nehmen wollen und den äußern

wollen zu gefährlichen Personen deklariert. Und das kann natürlich auch dazu beitragen zu solchen sich selbst verstärkenden Prozessen der Ausgrenzung, der wechselseitigen die versus uns, also dass die Polizei als eine andere Instanz jenseits meiner eigenen ... als eine Instanz wahrgenommen wird, die nur Gegnerschaft bedeutet, ist dann quasi, das wird dadurch gefördert. Insofern muss man, glaube ich, sehr gut differenzieren, wie man mit Menschen umgeht, die protestieren wollen. Das ist aber, gut, ich weiß nicht, ob das jetzt Teile der Fragen beantwortet? Sonst müssen Sie mich an weitere Fragen noch einmal erinnern. Ja.

Vorsitzender: Ja, die Frage richtete sich auch an die Experten allgemein, also wenn Sie dazu etwas sagen wollen. Frau Dr. Steven.

(Zuruf: Das kann man jetzt gar nicht hören.)

– Ja, ich sagte, die Frage richtete sich an die Experten allgemein. Ja, Frau Dr. Steven.

Frau Dr. Elke Steven: Das hatte ich jetzt gar nicht so verstanden, deshalb muss ich jetzt noch einmal eben die Fragen mir selber vergegenwärtigen. Aber Sie hatten ja selber eben auch schon ... Herr Enzmann hatte ja diesen Anknüpfungspunkt eben auch schon einmal gemacht. Ich würde, und damit gehe ich natürlich auch schon ein bisschen über zu dem Tagesordnungspunkt, zu dem ich eigentlich eingeladen worden war, nämlich die Frage, wie ist eigentlich Polizeiverhalten und Demonstrationsverhalten zu verstehen. Und da komme ich mal erst von dieser grundlegenden Idee her, dass es ein Versammlungsrecht gibt mit dem Brokdorf-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts, hier auch immer wieder zitiert, das weiß ich. Und trotzdem finde ich, immer wieder erscheinen in diesen Diskussionen eher eine Befürchtung, dass da Linksextremisten sich unter die anderen mischen könnten oder dass Gewalttätige – das wäre für meine Begriffe die bessere Formulierung, weil der Linksextremismusbegriff bleibt einfach ein schwammiger – sich darunter mischen könnten und damit entsteht ein grundsätzlicher Verdacht, der sich gegen alle richtet, die überhaupt Demonstrationen ... sich an Demonstrationen beteiligen wollen.

Und damit ... und ich denke, das kann ich gleich aber noch einmal ausführlicher sagen, dass das auch in dem ganzen Vorfeld ja schon deutlich geworden ist, das heißt, auch schon, bevor es überhaupt zu einer Demonstration gekommen ist, ist dieser Verdacht durchaus geäußert worden, wurde immer von einerseits diesen bis zu 8 000 Autonomen, die gefährlich wären und die anderen Friedlichen geredet. Aber es war immer klar, diese Autonomen befinden sich aber in dieser Gruppe der anderen Friedlichen und damit stehen alle unter Verdacht und damit steht der Protest insgesamt unter Verdacht. Und damit produziert man ein Gegeneinander, eher ein militärisches Denken zunehmend auf beiden Seiten. Und natürlich kann auch eine Polizei oder auch eine Politik, ich würde nämlich auch gar nicht nur die Polizei dafür in Betracht ziehen, sondern die Politik selbst muss eben dieses Versammlungsrecht als grundlegendes Recht verstehen, dass es nicht zu tolerieren gilt, weil es eben ein Grundrecht ist, sondern was tatsächlich diese Demokratie schützt, was ein fundamentales Recht ist, aber eben auch die Grundlage dessen, wie eine Gesellschaft überhaupt nur funktionieren kann und als positiv wahrnehmen, dass es Menschen gibt, die so viel Energie da reingeben, in ehrenamtlicher Form zu einem Großteil sich so zu organisieren und zu äußern, und eben auch solche Reisen auf sich zu nehmen, um politische Teilhabe möglich zu machen.

Und ich glaube, wenn man dann von vornherein eher diejenigen bestärkt, die wirklich friedlich demonstrieren wollen, wenn man denen nicht die Räume nimmt schon von vornherein, indem man Camps verhindert und verbietet, indem man von vornherein sagt, wir als Polizei, als Staat halten uns nicht an Gerichtsurteile, sondern sperren Camps auch von vornherein aus, wir kontrollieren alle, und wir versuchen möglichst breit zu überwachen, dann schafft man einfach selber so einen Freund-Feind oder Feindbild und produziert damit auch die Bereitschaft dagegen vorzugehen.

Wobei ich glaube, also mir erscheint es völlig falsch, dieses zu glauben, dass man wirklich Gruppen ganz klar hat, die ... also, es gab bestimmt auch ein paar Planungen, aber es gibt viele Gruppen, die irgendwie zu diesem Protest kommen, in irgendwelchen Kontexten sich bewegen. Und beim Rondenbarg ist es sehr klar geworden, wie die ver.di Jugend da in eine Situation reingeraten ist, mit der sie sicherlich nichts zu tun hatte, die aber dadurch ja viel eher ein Feindbild produziert bekommen hat, zu sagen, da gehen wir friedlich zu einer Demonstration und erleben so viel Gewalt, die nichts mit unserem eigenen Verhalten zu tun hatte.

Vorsitzender: Frau Möller hat sich gemeldet. Ach so, Herr Dr. Zurawski.

Herr Dr. Nils Zurawski: Er hatte mich zumindest angesprochen. Zwei, drei Ergänzungen, das eine, Prävention. Ich bin kein Präventionsexperte und glaube aber, dass man Prävention so oder so machen kann und insbesondere, was Konflikte angeht, denn es geht ja um die gewaltsame Austragung von Konflikten. Hier ist es durchaus nötig, früh Konflikt..., also Prävention insofern zu machen, zu lernen, dass es alternative Wege gibt, Konflikte zu bearbeiten. Das können wir, wie Herr Enzmann ausgeführt hat, schon relativ jung machen, also bei relativ kleinen, jungen Menschen, Kindergarten, Grundschule et cetera. Wobei es nicht bedeutet, Konflikte zu vermeiden, sondern Konflikte auszutragen, aber eben auf eine bestimmte Art und Weise, sozial akzeptiert, in der Gruppe akzeptiert, vielleicht die Gruppe Teil dieses Konflikts oder der Aufarbeitung zu machen. Reden, bestimmte Arten von Konfliktbearbeitung. Nicht unwichtig, weil, auch so entsteht Haltung. Und es bedarf irgendwann einer bestimmten Art von Haltung als 16-, 18-Jähriger zu sagen, Freunde, ihr zehn könnt das machen, ich geh jetzt nach Haus. Das ist nicht einfach, dazu braucht man ein dickes Rückgrat, eine Haltung, man hat vielleicht dann neun Freunde weniger, aber ... Und das muss früh passieren, das muss früh passieren.

Das Forschungsprojekt, das Sie gerade für 2 Millionen Euro skizziert haben mit Ihren Fragen, nehme ich gern. Aber es ist natürlich ... Es kommen biografische Faktoren dazu, wie wächst jemand auf, was passiert sonst noch so im persönlichen, psychologischen Bereich, die Fragen kann ich alle nicht beantworten, aber ich glaube, da liegt eine Präventionsmöglichkeit, Konflikte zuzulassen und Alternativen der Bearbeitung. Immer wieder, nicht nur einmal und sagen, jetzt wisst ihr, wie es läuft, sondern quasi kontinuierlich.

Das Zweite ist Sprache. Gewalt, das Wort selbst weckt eine Menge Assoziationen. Und Gewalt ist in der Regel die Gewalt der anderen. Ich selber bin das nicht, ich habe mich verteidigt, ich bin die Ordnung, ich bin der Staat, ich habe das Gewaltmonopol, da wird es so ein bisschen widersprüchlich, weil, die Polizei nimmt oder hat das Gewaltmonopol, nennt es auch so, aber übt nie Gewalt aus. Komisch. Ja. Aber so ... Es gibt, ich habe das einmal an den Fußballfans oder an dem Konflikt Fußballfans – Polizei aufgemacht, die Fußballfans finden das martialische Auftreten berüsteter geschlossener Einheiten als Gewalt, das ist es nicht, das ist das oft martialische Auftreten von geschlossenen Einheiten in ihrer Uniform, so, aber keine Gewalt, Polizei empfindet Beleidigungen durchaus auch als Gewalt. Ist es auch nicht, das ist Beleidigung. So. Wenn aber das als Gewalt empfunden wird, dann darf man darauf mit Gewalt antworten. Deswegen, Sprache, man muss sehr vorsichtig sein, was man als Gewalt bezeichnet und wie man damit umgeht. Wenn das leichtfertig passiert, ist das immer sozusagen die Entschuldigung für dann die eigene Gewalt. Und das ist ... Die Gewalt der Anderen ist immer meine Entschuldigung, mich selber daneben zu benehmen.

Und da müssen beide Seiten sehr, sehr diffizil gucken, was und wie man das macht. Und die einen, Polizei, trainiert das, die sind wahrscheinlich viel besser darin, auch das kontrollierter zu tun, das gestehe ich ihnen also zu, und auf der anderen Seite ist das oftmals mehr Adrenalin, unkontrolliertes Handeln et cetera. Aber diese sprachlichen Barrieren, die da eingeris-

sen werden, auch um Gewalt ausüben zu dürfen, vor einem selbst, sind sehr fein. Feindbilder, Sie hatten es gesagt, Dehumanisierung kam auch, glaube ich, irgendwo von Ihnen oder aus der anderen ... findet statt. Und das ist nicht ganz unwichtig, was das angeht. Die anderen Sachen, immer genau die Ursachen im Individuum biografisch, ist sehr schwer, ist ... hat viele Faktoren, aber das sind so ein paar Grobfaktoren, wo ich sagen würde, da kann man zumindest noch eingreifen und vorsichtig sein.

Vorsitzender: Herr Dr. Enzmann.

Herr Dr. Dirk Enzmann: Na, ich wollte noch einmal etwas ergänzen zu zwei Aspekten, zu der Frage, was weiß man eigentlich über die Entwicklung zur Gewaltbereitschaft oder was wir als Radikalisierungsprozess vielleicht bezeichnen können. Das ist eine Frage, wenn ich die jetzt gut beantworten wollte, dann bräuchte es die ganzen Forschungsprojekte nicht, die es gerade gibt. Also im Moment sind mit sehr viel Geld ... wird in Deutschland koordiniert vom Kriminologischen Forschungsinstitut in Niedersachsen, vom KFN, Forschung dazu gemacht. Es gibt insbesondere zu linker Gewalt von Patrik Manzoni in der Schweiz Forschung dazu. Also es gibt aktuell welche, aber es gibt auch europaweit welche zur Frage von Netzwerken, von sozialen Medien, die eine wichtige Rolle dabei spielen, aber das ist was, das muss warten, denke ich. Das kann ich so nicht beantworten. Aber es ist vielleicht gut zu wissen, dass es diese Projekte gibt.

Und auch nochmal etwas zur Sprache, zur Dehumanisierung, ist das... ist ein altes Phänomen. Wir wissen das. Das ist so in der Sozialpsychologie oder in einer handlungstheoretischen Soziologie bekannt, dass es sogenannte Framing-Effekte gibt, dass dadurch, durch Begriffe, Interpretationsrahmen gesetzt werden und damit auch Handlungsalternativen ausgeschlossen werden, die gar nicht erst in Erwägung kommen, und andere rücken in den Vordergrund.

Das wissen wir, und deswegen ist die Sprache von Bullenschweinen, aber vielleicht auch umgekehrt, ein Problem. Auch das Problem der Anonymität, in die Menschen geraten, die eine Rolle spielen. Also wenn ich als Polizeibeamter in der Uniform auftrete, bin ich eine Instanz und ich bin nicht unbedingt ... Und gegen diese Instanz ist die Schwelle geringer, als wenn es ein in zivil gekleideter Mensch ist. Das ist nicht unwichtig, das gilt auch umgekehrt. Der Schwarze Block ist auch anonym, ist auch uniformiert und hat ebenfalls damit ... verliert dann ebenfalls auch seine quasi Menschenwürde ..., da passiert der Dehumanisierungsprozess umgekehrt auch. Das kann auch diese Eskalationsprozesse teilweise mit erklären. Insofern, glaube ich, ist die Sprache ... nicht nur die Sprache wichtig, sondern alle Faktoren, die zur Dehumanisierung beitragen. Okay. Ja.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Frau Möller.

Abg. Antje Möller: Ich würde gern meine Frage sozusagen im Anschluss, also in der zweiten Expertinnenrunde erst nochmal stellen. Dann setzte ich mich wieder auf die Liste.

Abg. Sören Schumacher: Hätte ja sein können, dass wir jetzt auch jemand anderes noch haben.

Zwei Punkte. Zum einen möchte ich etwas sagen zu dem hier eben schon gefallenem Generalverdacht, der hier unterstellt wird, dass internationaler Protest nicht gewollt gewesen ist. Da sind doch die Erkenntnisse oder auch die Arbeit, die sich das Parlament im Vorfeld zum Gipfel gemacht hat, aber auch die Erkenntnisse des Ausschusses und der Geschehnisse. Wir haben hier eine Reihe zivilgesellschaftlicher Beteiligung auf internationaler Ebene gehabt. Wir haben Alternativgipfel gehabt, wir haben einen F20 hier gehabt mit internationalen Organisationen, also Protest in Hamburg war willkommen. Das zeigen ja auch die Zahlen der Demonstrationen, die hier in Hamburg stattgefunden haben, und zwar friedlich. Über

50 Demonstrationen friedlich. Und in unserer Aufklärungsarbeit beschäftigen wir uns in Wahrheit ja nur mit einem sehr kleinen Teil dessen, was um G20 eigentlich passiert ist, und zwar mit dem schrecklichen Teil, und das ist hier auch unsere Aufgabe. Aber ich wollte das nicht so stehenlassen, dass hier internationaler, friedlicher Protest nicht willkommen war.

Meine Frage an die Experten, aber auch an den Senat, ist, wir haben uns heute Abend hier beschäftigt mit der linken Szene aus Hamburg, mit der internationalen linken Szene, wie sie motiviert war hier und zugereist ist, wenn wir das jetzt einmal betrachten, die linke Szene oder die gewalttätige linke Szene vor dem G20-Gipfel und auch heute, für mich stellt sich die Frage, gibt es dazu Erkenntnisse eines Veränderungsprozesses der linken Szene, ausgelöst aus den Gipfelgeschehnissen, und da ganz besonders natürlich die Frage nach der Gewaltanwendung, also der Einstellung, Gewalt anzuwenden.

Vorsitzender: Also so eine Vorher-Nachher-Betrachtung. Das geht an den Senat, denke ich. Ja.

Senator Andy Grote: Ja, würde ich vielleicht mal zunächst Frau Domres für den Verfassungsschutz bitten und dann gegebenenfalls ergänzt noch das LKA, das wäre Herr Malick.

Frau Anja Domres: Herr Licht wird das für den Verfassungsschutz beantworten.

Herr Hartmut Licht: Ja, sehr gern. Herr Vorsitzender, verehrte Abgeordnete! Bei den folgenden Ausführungen muss man vielleicht einen Satz vorweg sagen, weil es nicht unbedingt so Allgemeingut ist. Man kann nicht immer von den Mitgliedern der linksextremistischen Szene, und die Betonung ist hier auf ... liegt auf extremistische Szene, erwarten, dass sie sich frei äußern können, dass ... wie sie gewisse Abläufe einschätzen oder auch nicht. Denn es gibt einen Grundkonsens eigentlich quer durch die linke Szene, dass man sich öffentlich nicht über andere äußert, nicht distanziert. Man hat nämlich immer die Befürchtung, dass man quasi die Rolle des Staates übernimmt, dass man Spaltpilz in die Szene hineinbekommt, und deswegen ist man in den Äußerungen auch relativ vorsichtig.

Trotzdem ist festzustellen, dass in allen Statements, die wir aus der linken Szene retrograd nach G20 bekommen haben, wie sich ein roter Faden durch alle Verlautbarungen zieht. Schuld hat eigentlich nur die Polizei. Wäre sie von Anfang an anders aufgetreten, wäre sie nicht so aggressiv vorgegangen gegen verschiedenste Events während G20, namentlich wird auch immer wieder Welcome to Hell genannt, dann wäre alles ganz anders gekommen. Man versucht also hier unisono, ein Narrativ zu zeichnen, das letztlich die Gegendemonstrationen und die Gegenproteste gegen G20 schon eine Erfolgsstory für die linke Szene ist.

Wir haben eingangs gehört, dass es doch sehr unterschiedliche Lager innerhalb der linksextremistischen Szene gibt, die drei Hauptsäulen, die möchte ich auch hier etwas gesondert darstellen.

Wir haben zum einen die Internationalistische Linke, die auch nach den Krawallen, nach den Auseinandersetzungen versucht, das geschmiedete Bündnis von nicht extremistischen Gruppen bis hin zu militanten Gruppierungen nicht zerbrechen zu lassen, sondern fortzuführen. Schon kurz nach dem Gipfel, am 13.07., äußerte sich hier Frau Laquer in einem Interview der "taz" relativ eindeutig. Sie sagte, der Gipfel sei letztlich eine Niederlage für Scholz und Merkel, man habe aber kollektiv, man selber, die eigene Ohnmacht gegenüber der polizeilichen Besetzung aufbrechen können. Und hinsichtlich befragt, ganz konkret, was sie denn zu den Bränden im Schanzenviertel sagte, auch hier läge die Verantwortlichkeit ausschließlich bei der Eskalation, die durch die Polizei durchgeführt worden sei. Auslöser sei letztlich die Zerschlagung und das Losprügeln auf die Demo Welcome to Hell, und sie fügte ausdrücklich hinzu, dass zwar nicht jede Aktion am Abend des 7.07. ihre Zustimmung finden

würde, sie würde sich aber, Zitat: "Wir distanzieren uns nicht.", eindeutig auch, wie gesagt, nicht sehr kritisch zu diesen Dingen äußern.

Auf Nachfrage, welches Maß an Gewalt denn für Frau Laquer okay sein, so die "taz", sagte sie: "Es gehört nicht zu unserem Aufstand der Hoffnung, Anwohner zu bedrohen oder ihre Autos anzuzünden. Aber was Freitagnacht passiert ist, waren ja nur zum geringen Teil organisierte Aktionen, sondern vielfach Ausdruck, Wut über das Erlebte." Zitatende.

Ich könnte jetzt noch so lange weitermachen, es hat verschiedenste Verlautbarungen, die in die gleiche Richtung gehen, von der Interventionistischen Linken gegeben, letztlich auch in der Sitzung des Sonderausschusses in der Johanniskirche, wo Frau Laquer als angebliche Anwohnerin des Schanzenviertels sich ebenfalls so geäußert hat, dass letztlich die Verantwortlichkeit bei der Polizei liegt.

Es ist aber nicht nur eine Einzelmeinung von Frau Laquer, die ja auch als Sprecherin auftritt, sondern in einem Analysepapier der gesamten IL, nicht nur der IL Hamburg, sondern auch der Bundes-IL, wird diese Stellungnahme fortgeschrieben. Hier heißt es zum Beispiel: "Dieser Mut und dieser Ungehorsam von Alt bis Jung, von friedlich bis militant, von politisch bis kulturell, bleiben. Das Kalkül, Repression und Diffamierung die Linke isolieren zu lassen, ist auf der Straße phänomenal gescheitert." In dieser sehr ausführlichen Stellungnahme, die es lohnt, auch durchaus mal im Ganzen zu lesen, wird auch deutlich, wie wichtig es gerade der IL war, die soziale Einbindung in Milieus, die eben auch nicht nur aus Extremisten, sondern auch in nicht extremistischen Kreisen herrscht, wir haben das hier auch von den Experten schon gehört, diese Anerkennung. Auch hier vielleicht ein kurzes Zitat aus dieser sehr langen Erklärung: "Menschen teilten ihre Wohnung, in Hinterhöfen wurden Zelte aufgeschlagen, mehrere Kirchen in St. Pauli und Altona öffneten ihre Türen und es entstanden Camps um sie herum. Das Schauspielhaus ließ G20-Gegner zum Schlafen und Essen hinein, ebenfalls der FC St. Pauli. Sie wollten uns auseinandertreiben, uns trennen und spalten, aber das Gegenteil ist geschehen." Letztlich blickt die IL eigentlich aus ihrer Sicht auf einen erfolgreichen Verlauf der G20-Proteste zurück und es heißt: "Es bleibt der Rückblick auf eine ermutigende Gipfelwoche mit einer Vielfalt von Aktionen und Widerstandsformen, von autonomer Szene bis zu den Gewerkschaften. Daran wird man anknüpfen".

Die autonome Szene, insbesondere die Rote Flora, hatte es hier etwas schwieriger, sich zu positionieren. Man hatte auch so ein bisschen Angst, gerade in den Tagen nach dem Gipfel, dass es dem Gebäude möglicherweise jetzt, verzeihen Sie den lapsigen Ausdruck, an den Kragen gehen könnte, und entsprechend hat die Rote Flora am 8.07. in einer ersten Stellungnahme sich zu den Ereignissen am 7.07. positioniert. Hier heißt es, die Flora distanzieren sich nicht von militantem Aktivismus an und für sich, "aber dieser muss zielgerichtet und auf allen Ebenen vermittelbar sein. Was wir kritisieren, ist Militanz als Selbstzweck". Die Vorgänge in den Abendstunden des 7.07. oder in der frühen Nacht werden von der Roten Flora als „Mackergehabe“ und „Unverantwortlichkeit“ bezeichnet.

Diese relativ klare Instanz führte aber zu internen Auseinandersetzungen und ganz heftigen Diskussionen innerhalb der autonomen Szene, von der wir vorhin auch schon gehört haben, dass auch das kein monolithischer Block ist. Und so wurde die Flora gezwungen, schon am 12.07. ein bisschen sich von der Distanzierung zu distanzieren, und auf einer autonomen Selbst... Vollversammlung am 31.08., auch eben innerhalb der Roten Flora, wurde diese nochmal aufgefordert von anderen autonomen Gruppen, sie müsse sich deutlicher positionieren, um nicht die Solidarität der gesamten autonomen Szene aufs Spiel zu setzen. Und aufgrund dieses Drucks hat dann am 31.08. die Flora folgende Stellungnahme formuliert, dass, Zitat, „Gewalt als politisches Mittel befürwortet werde, aber nur zielgerichtet und ohne Gefahr für Leib und Leben zur Verteidigung und zum Angriff eingesetzt werden“ dürfe.

Die Tage danach und auch die Wochen und die Monate danach haben die Rotfloristen schon versucht, das muss man konstatieren, innerhalb des Schanzenviertels ein wenig an Sympathie zurückzuführen. Man hat Gespräche mit den Nachbarn geführt und hat einen Tag der offenen Tür durchgeführt. Ob diese Einstellung von Dauer sein wird, wird man sehen müssen.

Der Rote Aufbau hatte weniger Probleme, die Auseinandersetzungen am 7.07. abends zu verteidigen beziehungsweise darzustellen. Am 23.07. heißt es in einem Beitrag dieser Gruppierung, darf ich auch zitieren, "[...] dass weite Teile der Jugend trotz der verzweifelten und immer wiederkehrenden Aufforderung der Bullen aus den Lautsprechern der von Tränengas geschwängerten Wasserwerfer, sich von den scheinbaren Straftätern zu distanzieren, keinen Nährboden fand". Also hier sah man sich tatsächlich in einer Front, in einer Linie mit den erlebnisorientierten, vielleicht auch nicht politischen Teilnehmern der Auseinandersetzung.

Dies führte den Roten Aufbruch zu dem Schluss: "Auch in Zukunft gilt es daher, die wütende Jugend unserer Stadt zu organisieren". Hinsichtlich der vorgenommenen Plünderungen, wo andere linksextremistische Gruppen schon ein wenig ihre Probleme hatten, kommt Herr S., der maßgebliche Kopf des Roten Aufbaus, allerdings zu dem Schluss: "Ich kann Jugendliche verstehen, die im Kapitalismus aufwachsen, wo sie in der Werbung sehen, dass Apple cool ist, und die dann die Gelegenheit nutzen und sich das nehmen. Das ist schon nachvollziehbar". Also auch hier eine Relativierung der Ereignisse und auch wieder eine Schuldzuschiebung letztlich auf das kapitalistische System.

Die Frage ist jetzt, was hat sich in der linksextremistischen Szene verändert und wird sich etwas verändern. Grundsätzlich betrachtet man retrograd über alle Gruppen hinweg die Vorkommnisse als Erfolg, man hat die Straße für sich zurückerobert, man hat trotzen können dem größten Polizeiaufgebot, was wir hier in Hamburg jemals zu verzeichnen hatten, und will letztlich daran auch anknüpfen. Die Diskussion über die überbordende Gewalt verblasst zunehmend mit zunehmendem Zeitablauf und wird auch zunehmend relativiert oder auch sogar verteidigt. Als Beispiel durchaus ist auch strittig diskutiert worden, wie die Ereignisse an der Elbchaussee und anschließend in Altona, Große Bergstraße, stattgefunden haben.

Aber schon am 11.03. dieses Jahres, also in diesem März, verübten unbekannte Autonome einen Farbanschlag auf das Wohnhaus eines bekannten Anwalts an der Elbchaussee. Und wenn man sich dieses Selbstbeichtigungsschreiben genau anguckt, dann wird hier ein Narrativ gezeichnet, das erstmal sehr deutlich macht, dass an diesen Auseinandersetzungen in der Elbchaussee auch Hamburger Autonome dabei waren. Es wird behauptet von diesen Verfassern, dass es keine Riots waren, sondern dass man ganz gezielt sich hier diese Gegend ausgesucht hat. Es werden verschiedene Adressen und Dependancen aufgezählt, die man ganz bewusst angegriffen habe, um eben auch diesen Stadtteil heimzusuchen. Es wird auch durchaus angekündigt, dass man dezentrale militante Proteste wie in der Elbchaussee als konsequent auf den angekündigten Terror der Polizei lesen kann und so als politische Botschaft zu verstehen ist. Zitatende.

So könnte man mit zahllosen Zitaten weitermachen. Auch jüngst wieder, in den letzten Tagen, im Internet, immer wieder etwas relativierende Äußerungen, gerade was die Elbchaussee angeht. Immer wieder auch das Bekenntnis, dass man sich verstärkt um unpolitische Jugendliche kümmern möchte, um diese an sich zu binden und sie zu politisieren. Und man sieht also hier auch an den Beteiligungen von nicht politischen Leuten an diesen Auseinandersetzungen durchaus ein Reservoir, an dem es sich lohnt zu schöpfen, und versucht, dieses für sich zu gewinnen.

Aus den Verlautbarungen wird aber auch sehr, sehr deutlich, dass es ganz entscheidend ist, dass insbesondere die IL, aber auch die Autonomen, glauben, dass ihre Aktionen ein Stück

weit weit auch hinein in die Gesellschaft vermittelbar ist, dass es ein Anknüpfungspunkt ist, und das ist auch für sie eine ganz relativ wichtige Geschichte zu sagen, wie reagiert dieses nicht extremistische Umfeld auf diese Ereignisse. Verniedlicht man es oder ignoriert man es oder distanziert man sich. Und gerade dieses Feedback, glaube ich, wird, und damit will ich schließen, mit entscheidend sein, in welche Richtung sich die Linke und insbesondere die linke extremistische Szene natürlich in der Zukunft entwickeln wird. Insofern glaube ich schon, dass die Szene hier an einem Scheideweg steht im Moment. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Herr Dr. Zurawski hat sich gemeldet.

Senator Andy Grote: Ich würde das gern noch einmal ergänzen um die Aspekte des Staatsschutzes von Herrn Malick. Das trägt wirklich an dieser Stelle noch einmal etwas ... Das ist ja kein ganz unwesentlicher Punkt, wie da jetzt die Bewertung innerhalb der Szene auch ist. Herr Malick.

Herr André Malick: Ja, vielen Dank. In Ergänzung oder im Anschluss an die Ausführungen des Verfassungsschutzes würden wir als LKA, als Staatsschutz, noch dazu beitragen, dass wir schon feststellen, dass in den letzten Monaten die linke Szene, was auch immer die linke Szene bedeutet, das haben wir hier ausgeführt, weniger aktionistisch ist, weniger Teilnehmer auf die Straße bringt, weniger Mobilisierungstaten macht und sehr lethargisch scheint. Die Autoren auf Indymedia und ähnlichen Seiten bedauern das selbst, reagieren auf Durchsuchung der SOKO Schwarzer Block beispielsweise damit, dass sie selber sagen, leider scheint es momentan sehr schwierig, adäquat auf die Repression zu antworten. Man sagt, dass Teile der linken Szene wie paralysiert seien, dass Repression auch zur politischen Arbeit gehöre, lerne die radikale Linke erst jetzt, und auch, dass der Knast nicht ganz so weg ist, wie man vielleicht dachte. Das ist schon eine anders kommunizierte Wahrnehmung der linken Szene selbst.

Trotzdem ist es verbal kein Abrüsten. Wir haben jetzt in den letzten Tagen erst, am 28.06., zum Beispiel diesen Satz lesen dürfen: "Die schönste Antwort auf diese Strategie, nämlich die Durchsuchung eines Schwarzen Blocks, wäre natürlich ein ordentlicher Riot mit vielen verletzten Bullen". Also wir schätzen die Situation schon so ein, dass sie... dass die linke Szene sozusagen, die extremistische Szene, schon paralysiert und lethargisch ist, aber durchaus sich überhaupt nicht distanziert und auf anschlussfähige Themen vielleicht auch hofft und irgendwann natürlich darauf hofft, wieder massiver auftreten zu können.

Vielleicht soweit meine Ergänzungen.

Vorsitzender: Okay. Gut, wir würden jetzt gern etwas zügiger die Wortmeldungen jetzt noch abarbeiten und dann zum nächsten Thema kommen. Herr Gladiator hat sich gemeldet.

Abg. Dennis Gladiator: Zügig, aber trotzdem notwendig, auch wenn Herr Schumacher etwas dazu gesagt hat, Frau Dr. Steven, zu Ihrem Vortrag, zu Ihrem Beitrag, weil ich finde, da wird ein Bild mit gezeichnet, wenn der Eindruck erweckt werden soll – Sie erleben mich selten, dass ich den Senat in Schutz nehme –, dass im Vorfeld des Gipfels man alle diejenigen, die Protest am G20-Gipfel oder an sonstigen Prozessen hätten, unter Generalverdacht gestellt hat. Ganz im Gegenteil, es ist ja sehr differenziert worden, und zu sagen, passt bitte auf, mit wem ihr euch einlasst, achtet genau drauf, bei welcher Veranstaltung ihr seid, damit auch das, was ihr macht, wahrgenommen wird. Und das Ergebnis ist doch am Ende, dass diejenigen, die friedlichen Protest, ihre Grundrechte ausüben wollten, und das ist die Aufgabe der Polizei und auch der Politik, dabei zu helfen, dass diejenigen nicht gehört worden sind, insofern ist es mir nur wichtig zu sagen, es gab weder ... habe ich es auf Senatsseite wahrgenommen noch von einer der Fraktionen hier, Generalverdacht oder zu sagen, Protest sei etwas Schlimmes, was man nicht ertragen kann. Das ist das Wesen der Demokratie und

das sollten wir auch verteidigen. Und deswegen bin ich da ein bisschen empfindlich, wenn dieses Bild gezeichnet werden soll.

Ich habe noch eine Frage, weil gesagt wurde, im polizeilichen Hellfeld, was die Zusammenhänge betrifft, hat man die Erkenntnisse der Beiträge nicht. Aber es gibt ja dieses ... diesen Bereich vor den Straftaten. Deswegen einfach die Frage an das Landesamt für Verfassungsschutz, aber auch an die Experten, vielleicht Herrn van Hüllen nochmal, wenn man sich den Mobilisierungsbeitrag anguckt, den muss ich nicht wiederholen, haben wir beschrieben, wenn man sich die Welcome-to-Hell-Demo anguckt, von der Namensgebung bis zu der Erkenntnis hin, die das LfV uns hier gegeben hat, dass im Plenum der Roten Flora geäußert wurde, 30 Reihen Schwarzer Block sind uns nicht genug, bis dahingehend, dass diejenigen, die dort verummumt waren, Pyrotechnik und anderes dabei hatten, vermutlich nicht, um Friedensfeuerwerk zu zünden, kann man dann davon ausgehen, dass dieses Umfeld der Anmelder, auch wenn sie sich klugerweise unterhalb von Straftaten verhalten haben, es nicht im Sinne unseres Rechtsstaats und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gemeint haben. Oder wie erklären Sie sich diese Aufrufe, die Aussagen mit dem Schwarzen Block, den 30 Reihen? Das würde mich einmal interessieren, seitens des Verfassungsschutzes, aber auch Herr van Hüllen.

Vorsitzender: Fangen wir einmal mit Herrn van Hüllen an.

Herr Dr. Rudolf van Hüllen: Sie dürfen sich, glaube ich, nicht vorstellen, dass alle Details von irgendwelchen Aktionen innerhalb dieses ganz großen Bündnisses beschlossen werden und einvernehmlich beschlossen werden. Es gibt da dieses Prinzip der sogenannten Diversity of Tactics. Das bedeutet, das ist eine Arbeitsteilung, die jedem der beteiligten Spektren, das können die friedlich-phantasievollen sein, das können auch die organisierten, aber gewaltfreien Linken sein oder eben die autonome Szene, jedem dieser Teilspektren wird zugestanden, dass es seine Aktionsformen selbstständig wählt. Damit ist nicht notwendig verbunden, dass man das, was die anderen machen würden, auch unterschreiben möchte, aber man nimmt es hin. Und das heißt, natürlich konnten die weniger militanten oder ganz friedlichen Spektren, wenn sie in diesem ... wenn Sie sich erinnern an diese große Pressekonferenz, wo die alle zusammensitzen, die konnten natürlich schon ahnen, dass Welcome to Hell als Titel von diesem Träger mit diesem ideologischen Hintergrund vermutlich nicht als Weihnachtsspaziergang gedacht war. Das denke ich mal schon. Das sind nämlich alles keine Anfänger, die da sitzen, sondern es sind Leute, die das über viele Jahrzehnte machen. Nur umgekehrt ist es natürlich nicht so, dass sie das dann automatisch für sich auch wollen. Das muss man immerhin dazusagen.

Vorsitzender: Und dann die Frage an den Verfassungsschutz.

Senator Andy Grote: Ja. Frau Domres bitte.

Frau Anja Domres: Ja, ich habe es an diesem Abend ja auch schon gesagt, diese ganze Mobilisierung, insbesondere auch im Ausland, da hat man natürlich mobilisiert mit Gruppierungen, die sehr gewaltbereit waren. Das wusste man. Und man hat eben da einen Anteil gehabt, den man selber noch händeln konnte. Das Ganze hat dann aber auch Ausmaße angenommen, die man nicht mehr steuern konnte. Und das ist etwas, wo man sagt sozusagen wie der Zauberlehrling, die Elemente, die ich rief, und die man dann nicht mehr steuern kann. Also man hat schon vorgehabt, und deswegen ja auch die Reisen ins Ausland und deswegen auch die Reisen ins Inland, entsprechend Gleichgesinnte aufzurufen. Aber letztendlich, denke ich, waren da sicherlich auch welche bei, die man selbst nicht mehr steuern konnte.

Und es wurde ja auch schon mehrfach gesagt heute Abend, gerade dieser Titel der einen Demonstration, Welcome to Hell, und eben dieses Bild des brennenden Hamburgs, die lassen auch nicht viele Deutungen zu, was denn da eigentlich gewollt war.

Vorsitzender: Nachfrage, Herr Gladiator.

Abg. Dennis Gladiator: Diese Aussage, die Sie kundgetan haben oder Ihr Amt, aus dem Plenum der Roten Flora, 30 Reihen Schwarzer Block sind uns nicht genug, wie deuten Sie das? Worauf war man da aus? Können Sie das vielleicht noch ein bisschen genauer darstellen?

Senator Andy Grote: Frau Domres.

Frau Anja Domres: Das ist nicht ganz so einfach mit der Deutung. Wir haben das natürlich bewertet, 30 Reihen Schwarzer Block sind uns nicht genug, und gehen schon davon aus, dass man der Meinung war, dass es ruhig hätten mehr werden können. Aber wir bewegen uns hier tatsächlich im Bereich der Wertung. Und wir haben als Verfassungsschutz die Aufgabe, Informationen, die wir bekommen, auszuwerten, aber keine eigene Wertung hineinzugeben. Man kann diese Äußerung durchaus so sehen, dass man sagt, wir haben 30 Reihen Schwarzer Block, aber es wäre natürlich schön, wenn es mehr geworden wären.

Vorsitzender: Vielen Dank. Gut. Dann sind wir soweit an der Stelle durch, würden zur ... Komplex Rolle der Polizei, Vorwürfe gegen die Polizei kommen. Würden erst einmal den Experten Gelegenheit geben, dazu etwas zu sagen. Richtig? Gut. Herr Senator.

Senator Andy Grote: Dürfen wir uns kurz umgruppieren?

Vorsitzender: Ja, bitte. Ja, dann unterbrechen wir kurz eine Minute.

So, dann machen wir weiter. Ja, ich würde den Experten die Gelegenheit geben, etwas zu sagen. Wir haben hier Rolle der Polizei, Vorwürfe der Polizei, gegen die Polizei. Das hängt nicht beides miteinander zusammen, aber man kann das auch so ein bisschen zusammen sehen. Natürlich ist das ein breites Spektrum. Vielleicht fängt Herr Patrick Klein einmal an – Sie sind ja als Polizeiseelsorger sehr eng an den eingesetzten Kräften und an der Polizei dran –, uns darzustellen ... Sie waren selber auch dabei bei G20. Herr Klein.

Herr Patrick Klein: Genau, das ist richtig. Herr Vorsitzender, verehrte Damen und Herrn Abgeordnete. Ich würde Sie gerne für ein paar Minuten mitnehmen in den Innenblick, in einen Blick in die Gefühls-, Gedanken- und Seelenwelt einiger eingesetzter Kräfte. Vielleicht, damit Sie das einordnen können, so wie für die Polizei, war dieser G20-Gipfel auch für die Polizeiseelsorge in Deutschland ein noch nie da gewesenes Ereignis. Die Größenordnung bei uns ist natürlich deutlich kleiner als die bei den eingesetzten Polizistinnen und Polizisten. Zum eigentlichen Gipfelwochenende waren wir an der Spitze mit 50 Seelsorgerinnen und Seelsorgern hier im Einsatz, aus den Länderpolizeien, aus der Bundespolizei, ökumenisch aufgestellt, evangelisch, katholisch, Seite an Seite mit den Einsatzkräften. An der Menge sehen Sie schon, können Sie erahnen, ein Gesamtbild kann ich Ihnen auch nicht liefern. Ich werde Ihnen einige Schlaglichter skizzieren, einiges erzählen, was ich erfahren habe, was ich gesehen habe, beobachtet habe, was Einsatzkräfte mir geschildert haben, was die bewegt hat und bis heute teilweise bewegt.

(Abg. Christiane Schneider: Das ist aber nicht das Thema.)

Vorsitzender: Das Thema ist Rolle der Polizei, Frau Schneider.

Herr Patrick Klein: Es geht um die Rolle der Polizei, Frau Schneider, und die Rolle der Polizei könnten wir ganz schnell abhandeln, sie erfüllt einen verfassungsgemäßen Auftrag, sie hat das Gewaltmonopol des Staates und sie alleine. Und damit wären wir mit dem Thema

Rolle der Polizei eigentlich durch. Ich weiß nicht, ob das Ziel war, aber vielleicht interessiert Sie als Abgeordnete auch einmal, wie es Polizisten so geht. Es wurde ...

(Abg. Christiane Schneider: Mal interessiert mich das ja.)

– Ja, und jetzt gerade nicht, oder?

(Zuruf: Doch! – Abg. Christiane Schneider: Ne.)

Vorsitzender: Frau Schneider. Frau Schneider ...

(Zuruf: Was soll denn das? Ist das jetzt ein Vortrag...?)

Also, nein, jetzt alle einmal ganz ruhig. Wir kommentieren doch nicht die Einlassungen der Experten. Das ist ja was ganz Neues. Also, sondern wir machen das dann, wenn wir an der Reihe sind, dann können Sie das kommentieren. Und ich nehme Sie gern auf die Liste und bis dahin hat Herr Klein das Wort und ich höre ihm sehr interessiert zu und kenne auch schon einige Sachen, die er zu erzählen hat. Und ich habe großen Respekt vor der Arbeit von Herrn Klein und finde das angemessen, dass wir ihn jetzt das darstellen lassen.

Herr Patrick Klein: Danke, Herr Pein. Einer gewissen Ausschussstruktur folgend möchte ich meine Ausführungen auch sortieren in die Bereiche vor dem Einsatz, während des Einsatzes und nach dem Einsatz. Das habe ich so durch das Lesen der Protokolle und Verfolgen der Internetübertragungen so als roten Faden hier des Öfteren erlebt. Denn, auch für die Polizistinnen und Polizisten hier in Hamburg begann der Einsatz ja nicht erst mit der Gipfelwoche. Die Vorbereitungen, das wissen Sie zur Genüge, liefen schon lange im Voraus und damit auch die Belastung für die Polizistinnen und Polizisten, gar nicht mal nur die Stunden durch Objektschutz, durch Raumschutz. Das ist ein Thema, das nehmen Polizisten hin und auch an, sowohl die geschlossenen Einheiten als auch die Polizeikommissariate, die auch die Last mitzutragen hatten, was oft vergessen wird. Was ich aus Gesprächen weiß, was eine besondere Belastung war für die Polizistinnen und Polizisten im Vorfeld, war eine gefühlte und tatsächliche Bedrohungslage durch Gipfelgegner. Und das darf man einfach nicht unterschätzen. Wir haben heute schon gehört von dem Brandanschlag auf das Carport eines hochrangigen Polizisten. Da geht natürlich im Kopf was ab, was heißt das für uns. Es gab Brandanschläge, auch das wissen Sie, auf den Bus einer Gewerkschaft, auf Polizeifahrzeuge, die Polizeiliegenschaften wurden mit Stacheldraht gesichert, es wurden Streifengänge innerhalb der Liegenschaft initiiert, die waren erforderlich, wir hatten gelöste Radmutter an Privat-PKW von Polizistinnen und Polizisten. Aus eigener Erfahrung, eigenem Erleben weiß ich es, dass die Zugänge der Liegenschaft Alsterdorf observiert wurden von Gipfelgegnern. Gegenüber der Hindenburgstraße ein, zwei Leute mit Teleobjektiv, die beim Auftreten von ..., bei Ansprache durch Polizisten schnell das Weite suchten. Das waren also vermutlich keine Journalisten.

Dann ein Vorfall, den ein Polizist mir schilderte in einem Gespräch: Er kam eines Abends nach Hause in sein Einfamilienhaus in einem Ort südlich der Elbe und reines Wohngebiet, gute Nachbarschaft, durch und durch bürgerliches, auch eher wohlhabendes Klientel, und an seinem Briefkasten, direkt an der Haustür, schon durch Gartenpforte, Carportbereich durchgegangen, hatte jemand mit dickem Edding das berühmte ACAB an seinen Briefkasten geschmiert. Das ist eine Belastung. Wer war das? Warum hier zu Hause? Er machte sich gar keine Sorgen um sich selbst, sondern um seine Familie natürlich. Seine Frage, die er mit mir diskutiert hat, war, soll ich jetzt meine Waffe mit nach Hause nehmen, das möchte ich eigentlich nicht. Hat er dann auch nicht gemacht, er hat eine Kamera an seiner Tür installiert, so dass sein Eingangsbereich überwacht ist.

Diese Aktion, die im Internet auch gepriesen, kolportiert wurde, Follow cops back home, auch das mit Aufklebern, die verteilt wurden, die angeklebt wurden an Wohnadressen von Polizistinnen und Polizisten, das ist eine nicht zu unterschätzende emotionale Belastung lange schon im Vorfeld. Und da macht es auch keinen Unterschied, ob man Uniformträger ist oder nicht, ob man Pastor ist oder Polizeibeamter. Bei der für mich üblichen Einsatzbegleitung bei Demonstrationen, es war eine Demonstration zum Gipfelthema im Vorfeld, zischte mir ein Demoteilnehmer im Vorbeigehen ins Ohr, ich zitiere: "Fühl dich nicht sicher, du Bullenschwein". Er ging gleich weiter, ich hatte gar keine Gelegenheit, mich zu outen wer ich wirklich bin, aber wäre wahrscheinlich auch nicht interessant gewesen.

Die Folgen dieser Vorfeldbedrohung waren einfach hohe psychische Belastung, wie ich schon sagte, nicht zu unterschätzen, oft auch unterbewusst einfach Sorge und Ängste bei den Familien. Das spielt alles eine Rolle.

Es ist eben gar nicht hauptsächlich das Belastende, die massive Gewalt aus einer Gruppe, die geschlossen auftritt, die Flaschen wirft, das ist etwas, das kennen Hamburger Polizisten, das ist tatsächlich so, sondern gerade im Vorfeld und auch während des Gipfels und immer mal wieder so nadelstichtaktische psychische Gewaltanwendungen, Androhungen aus der Anonymität heraus, die einfach zu schaffen machen.

Der Gipfel selbst dann war, auch das ist zur Genüge ..., das wissen Sie aus der Presse, da verrate ich Ihnen nichts Neues, war natürlich eine hohe körperliche Belastung für die eingesetzten Polizistinnen und Polizisten, wund geschuete Körper durch das tagelange, kann man wirklich sagen, Tragen der Körperschutzausstattung, Dehydrierung, das wissen Sie aber schon alles.

Ich habe sehr viele wirklich körperlich erschöpfte Polizistinnen und Polizisten erlebt, die am Ende ihrer Kräfte waren und die gleichzeitig ihren Dienst verrichtet haben, weitergemacht haben, sich nicht haben krankschreiben lassen. Ich weiß von einer dehydrierten Kollegin im Bundeswehrkrankenhaus, die sagte, wann kann ich denn wieder raus zu meiner Gruppe. Das war ihr Ziel. Finde ich auch nicht selbstverständlich.

Und gerade vor dem hohen Anspruch an sich selbst, vor dem Idealismus, mit dem die meisten Polizistinnen und Polizisten hier in Hamburg auf der Straße unterwegs sind, haben sie extrem unter dem gelitten, was ihnen dann auf der Straße begegnete. Ich sagte das schon, auch hier nur Schlaglichter, ich wiederhole mich da. Was ihnen begegnet ist, war eine fehlende Bereitschaft des Gegenübers zur Differenzierung. Pauschaler, unreflektierter Blick auf Staat beziehungsweise Polizei, eine plumpe Pauschalisierung - auch das ist nicht neu für die Polizei, auch das kennt sie. Verbunden das alles mit mangelndem Respekt, und auch das ist nicht neu. Aber neu war für viele das Level dieser Respektlosigkeit. Und Sie sagten es vorhin, ein schönes Bild eigentlich, die Barrieren fallen. Was für viele Polizistinnen und Polizisten für Irritation gesorgt hat, war, dass ganz normale Bürger, in Hochkomma, sogenanntes bürgerliches Klientel auf einmal ein Maß an Aggression zeigte, wie sie es vorher noch nicht erlebt haben. Eine Sache, die ich selbst erlebt habe, weil ich daneben stand, eine Frau, deutlich jenseits der 70, auch gut gekleidet, spuckt einem Polizisten, der ihr Enkel sein könnte, gegen das Visier seines Helmes. Da fragt man sich erst einmal, was war das. Oder ein älterer, komplett in Jack Wolfskin gekleideter Herr auf dem Fahrrad, der im Vorbeifahren einmal kurz eine leere Glasflasche vor die Füße der Polizeikette schleudert, was übrigens in beiden Fällen zu keiner Reaktion der Polizei führte. Auf die Schimpftiraden, auf das Gepöbel will ich gar nicht eingehen.

Und das kurz noch als Replik auf Sie, Herr Dr. Zurawski, Beleidigungen werden in den seltensten Fällen von Hamburger Polizistinnen und Polizisten als Gewalt empfunden. Eine Beleidigung ist eine Beleidigung ist eine Beleidigung.

(Zuruf)

Und würde über jede Beleidigung bei G20 eine Anzeige geschrieben, wären die Kolleginnen und Kollegen der Polizei heute noch am Schreibtisch, vermute ich.

Was zu diesem neuen Level der Respektlosigkeit hinzugekommen ist, war, dass sie an vielen Stellen in blanken Hass, in tatsächlich Entmenschlichung, wie Herr Enzmann sagte, in Menschverachtung umschlug. Dieses Ganz-Hamburg-hasst-die-Polizei, das kennen wir als skandierten Satz, das ist auch nicht das, was die Polizisten wirklich belastet.

Ich habe auch mit zahlreichen Kolleginnen und Kollegen der Seelsorge gesprochen, wir hatten eine Bundestagung hier in Hamburg, und eine Kollegin aus einem anderen Bundesland sagte, so einen brutalen Hass gegenüber der Polizei wie bei euch in Hamburg habe ich noch nie erlebt. Und die ist auch schon seit einigen Jahren im Dienst und auch nicht in Garmisch-Partenkirchen. Und das deckt sich mit meiner eigenen Erfahrung. Ich möchte Ihnen nicht nur aus Gesprächen mit Polizistinnen und Polizisten erzählen, da können Sie sagen, da kann ich ja viel erzählen. Ein Erlebnis, was sich bei mir eingebrannt hat, möchte ich Ihnen kurz schildern, weil ich das aus eigener Erfahrung eben zu diesem Thema beitragen kann, weil das etwas ist, was Polizistinnen und Polizisten tagelang erlebt haben, immer wieder ausgesetzt. Ich konnte der Situation mich entziehen, konnte durchatmen, konnte mich erholen davon, konnte das verarbeiten und musste nicht gleich in den nächsten Einsatz. Hafenstraße im Rahmen der Welcome-to-Hell-Demo, im Umfeld, es begab sich, dass der Pressesprecher der Polizei, Herr Zill, angegriffen wurde. Er flüchtete in einen Rettungswagen der Polizei, und was ich dann erlebt habe, hätte ich nicht für möglich gehalten, dieser Rettungswagen wurde von Vermummten angegriffen. Es wurde gegen die Türen getreten und geschlagen, gegen die Scheiben, es wurde an den Spiegeln gezerrt, es wurde versucht, hinten die Tür aufzureißen, die von innen immer wieder zugeschlossen werden konnte. Frau Möller, Sie erinnern sich vielleicht, Sie standen 5 Meter schräg rechts hinter mir. Das war für mich ein Erleben, da war eine Grenze überschritten, einen Rettungswagen anzugreifen, hatte für mich eine völlig neue Qualität. Und das ist auch das, was Polizistinnen und Polizisten mir geschildert haben, diese neue Qualität, dieses, dass Barrieren gefallen sind, wie Sie vorhin gesagt haben. Als dann Bereitschaftspolizei, eine Gruppe, angelaufen kam, verschwanden die Angreifer ganz schnell in die Häuser und der Rettungswagen konnte abfahren.

Ich hatte die Gelegenheit, und das hat sich mir eingebrannt und das sage ich Ihnen, weil es die Polizistinnen und Polizisten eben auch ständig gekriegt haben, ich hatte die Gelegenheit in die Augen eines Vermummten zu schauen, und so einen Hass, so eine Wut habe ich noch nie in meinem Leben in den Augen eines anderen Menschen gesehen. Ich bin danach erst einmal zusammen mit meinem katholischen Kollegen aus der Situation rausgegangen, wir haben Kaffee getrunken, wir haben durchgeatmet, wir haben das verarbeitet, wir mussten nicht weiter in den Einsatz, 20, 25, 30 Stunden. Und diese Blicke, gefolgt von den Taten und den Angriffen, ist es, was Polizistinnen und Polizisten einfach auf Dauer zermürbt. Das ist so. Es sind Polizistinnen und Polizisten, aber es sind gleichzeitig eben auch einfach nur Menschen, die eine Uniform tragen, die einen Dienstleid geleistet haben hier in diesem Saal, die meisten von ihnen, und die diesen Dienstleid befolgen.

Hinzu kommen die massiven Angriffe mit Steinen, Zwillen, Flaschen, Pyro, das haben Sie alles ausgiebig besprochen, da will ich nicht weiter drauf eingehen. Aber auch da gab es eine neue Qualität. Einer der Expertenkollegen sagte das vorhin schon, es war dichter dran. Das war auch was Neues.

Nach dem Gipfel, damit komme ich in die letzte Schleife: Es ist erfreulich, dass es trotz dieser Vehemenz nicht mehr körperlich Verletzte aufseiten der Polizei gegeben hat. Und mir als Pastor steht es vielleicht zu, an dieser Stelle auch Gott sei Dank zu sagen.

Was die psychischen Verletzungen angeht, so ist, Stand heute, die Lage ausgesprochen erfreulich. Gleichzeitig ist der Gipfel natürlich nicht ohne Spuren geblieben. Im Laufe der Zeit bis heute, vielleicht so bis vor drei Monaten, gab es immer wieder Gespräche, wo das Thema war, wo das Berufsbild erschüttert war, wo es Fragen gab wie, ist die Bereitschaftspolizei das Richtige für mich, warum ist unser Gegenüber so gewesen, wie es ist, ich verstehe nicht, warum man mich so hasst, ich setze doch nur Gesetze um.

Ein anderer Punkt, und da sind sich Polizisten und Demonstrationsteilnehmer, glaube ich, einig, viele Polizistinnen und Polizisten leiden auch darunter, dass die friedlichen Demonstrationen nicht mehr in der Öffentlichkeit präsentiert wurden. Das geht so ein bisschen in Richtung Medien, denn die gab es, die gab es in großer Menge. Da haben Polizistinnen und Polizisten gute Arbeit gemacht wie auch sonst, aber ganz entspannt haben sie Demonstrationen und Versammlungen begleitet, Baseballcap auf, Wetter war gut, ganz entspannt, lockere Kette, teilweise gar nicht zu sehen. Warum wurde darüber nicht berichtet, über das, was gelungen ist? Das frustriert auch Polizistinnen und Polizisten und nicht nur Demonstrationsteilnehmer.

Ich sagte, psychische Belastungen sind, Stand heute, erfreulich. Man wird in Zukunft sehen, ob da nochmal was kommt. Das ist das Tückische bei psychischen Verletzungen, psychosozialer Perspektive, dass Dinge später nochmal hochkommen können. Das gilt es im Blick zu behalten. Da sind wir aber, glaube ich, da ist die Polizei ganz gut aufgestellt, die Polizeipsychologen, ...logischen Dienst, wie Seelsorger sind für die Polizistinnen und Polizisten da, sodass das, glaube ich, gut funktioniert.

Ich denke, dass, so meine Erfahrung, mein Eindruck, dass die meisten Polizistinnen und Polizisten diesen G20-Gipfel gut verarbeitet haben. Zu dem Nachgipfelgeschehen gehört auch der große Dank durch die Hamburger Bevölkerung, die große Fürsprache, der große Zuspruch, der ihnen gutgetan hat. Und dann gleichzeitig aber auch, und das, glaube ich, ist typisch für Einsatzkräfte, so jetzt ist aber auch gut und jetzt wollen wir auch wieder normal arbeiten. Und es war Bestreben vieler Einsatzkräfte, zügig wieder in den normalen täglichen Dienst, in den normalen Rhythmus zurückzukehren und weiter ihren Dienst für diese Stadt zu verrichten.

Und ich glaube, dass für die meisten Polizistinnen und Polizisten der G20-Gipfel eine Episode in ihrer Biografie sein wird, so wie dieser Gipfel einen hohen Stellenwert als Episode in der Geschichte dieser Stadt haben wird. Die Polizistinnen und Polizisten, denen wird es gelingen, diese Episode gut zu verarbeiten und normal weiterzumachen. Und wenn ich als Geistlicher was sagen darf, ich wünsche, dass es der Stadt auch gelingt, so wie den Polizisten. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Klein. Wenn dieser Ausschuss etwas dazu beitragen kann, wäre das ja etwas. Frau Dr. Steven, bitte.

Frau Dr. Elke Steven: Ja. Sie haben jetzt viel von der gefühlten Bedrohung auch schon im Vorfeld der Polizei gesprochen, von dem, welche Belastung die Situation, also die ganzen Tage, auch für die Polizei war. Mir geht es auch gar nicht darum, das infrage zu stellen, natürlich war es, aber ich finde, man muss einfach sehen, in welchem Maße es zu einer Eskalation gekommen ist in dieser Woche und auch da muss man sagen, das hat vorher angefangen und in der Woche ist das so weitergegangen. Und die Frage für diesen Ausschuss muss ja sein, wie kann man eigentlich so eine Eskalation verhindern, was kann man eigentlich tun, damit ein solcher Prozess nicht so eskaliert, dass es für beide Seiten immer bedrohlicher einerseits wird und andererseits eine psychische Belastung.

Ich könnte jetzt auf die ganzen Filme verweisen, in denen Polizeigewalt direkt sichtbar ist. Ich könnte all die Berichte, die es ja auch gibt darüber, aufführen, wo Polizei gegenüber Demonstrierenden übergriffig war, sexistische Bemerkungen gemacht hat, Menschen degradiert hat und beleidigt hat. Das will ich aber jetzt gar nicht machen, sondern ich will diesen Blick auf dieses Gesamte nochmal verstärken und deutlich machen, es geht um diese Eskalation, die da stattgefunden hat, und die Frage, wie kann es zu so einer Eskalation kommen.

Zunächst mal, ich komme auf den Begriff gleich nochmal zurück, zunächst mal geht es mir dabei darum, nochmal zurückzukommen auf so die ersten Tage, weil es ja eben nicht so eindeutig ist, dass es da die friedlichen Demonstrationen gab, die ohne Probleme stattgefunden haben, und dann gab es auf der anderen Seite gewalttätige Demonstrationen oder Versammlungen, die dann völlig eskaliert sind, sondern Sonntagmittag kamen Demonstrationsteilnehmer ins ..., nach Entenwerder, um da das Camp, ihre Zelte aufzubauen, so wie es der Gerichtsbeschluss gesagt hatte, dass sie das dürften. Die taten also etwas, was ganz friedlich und ohne irgendwelche Aggressivität war, und kamen an eine Absperrung durch die Polizei, die von vornherein überhaupt nicht gesprächsbereit war, die nur abspernte, deutlich machte, dass sie mit diesen Teilnehmern, diesen Demonstrierenden nicht reden will, und dass die aber auch nicht auf dieses gerichtlich zugestandene Gelände dürften. Ich war, ehrlich gestanden, viel eher erstaunt, wie friedlich da alle drauf reagiert haben, wie sehr eher so ein Happening auf der Straße entstand und über Stunden abgewartet wurde und dann natürlich von den Anmeldern verhandelt wurde, wie es weitergehen kann. Aber was die Teilnehmer gelernt haben, war ja nicht, die kamen ja nicht unfriedlich dahin, aber die kamen dahin und erlebten, dass die Polizei sie direkt als Gegner behandelt.

Ich gehe weiter zu dem Dienstag, Dienstagabend, also diesem Abend mit dem Cornern, wo ganz viele Leute irgendwo in der Schanze völlig friedlich überall standen, cornerten und wo in dem einen Park einige eine Versammlung abhielten und Zelte aufgebaut hatten, deutlich mit Transparenten deklariert, die damit dagegen protestierten, dass es keine Camps geben darf. Auch die waren alle völlig friedlich und trotzdem ist die Polizei da reingegangen, martialisch aufgetreten, hat diese Transparente, die unter das Recht der freien Meinungsäußerung fallen, beschlagnahmt und denen klar gemacht, dass sie so nicht hier sein dürfen. Das ist eine Verletzung des Versammlungsrechts, der Meinungsfreiheit. Auch da ist es nicht eskaliert, die Teilnehmer waren diejenigen, die friedlich geblieben sind, die zwar empört waren, aber die nichts gegen die Polizei unternommen haben und auch ja gar keine Chance gehabt hätte.

Das sind zunächst mal einfach solche Bilder, die ich erlebt habe, wo ich selber auch dabei war, wir haben eine Demonstrationsbeobachtung über die ganzen Tage gemacht, wo deutlich wurde, wie martialisch, wie sehr in so einer Opposition, also die Polizei als Gegner der Demonstrierenden aufgetreten ist. Und so was schaukelt die ganze Atmosphäre auf und macht es richtig schwierig dann, weil das ja immer weitergegangen ist und da gab es die Ausnahme natürlich, die Tanzdemo. Und da wäre vielleicht die Frage, warum konnte diese Demo eigentlich relativ harmlos stattfinden und da nicht eingegriffen werden und was machte eigentlich da den Unterschied. Das wären ja durchaus Fragen, die vielleicht auch wirklich weiterführen würden.

Ich will diesen Begriff der Eskalation und Deeskalation dabei auch nochmal aufnehmen. In den Achtziger-, Neunzigerjahren ist das Konzept der Deeskalation in der Polizei ja sehr stark entwickelt worden, danach gehandelt worden, es sind Versuche gemacht worden, wie man mit Versammlungen so umgehen kann, dass sie nicht eskalieren, sondern dass man tatsächlich auch manchmal ein Auge zudrücken kann und wie sehr das zu einer Entspannung führen kann. Ich will damit aber auch nochmal deutlich machen, dass das nicht nur ein Konzept

ist, was man mal anwenden kann oder mal lassen kann, sondern dass zu dem Konzept der Deeskalation wirklich eine grundlegende Haltung gehört, nämlich die tatsächliche Haltung und nicht nur die geäußerte Haltung, dass das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ein fundamentales Grundrecht ist, was zur Demokratie gehört und dass man eigentlich froh ist, dass Menschen kommen und sich engagieren und tatsächlich ihre Meinung äußern, sich politisch engagieren und dass, wenn wir sonst beklagen, dass immer weniger politisches Engagement da ist, dann plötzlich eben deutlich wird, dass Menschen sich durchaus engagieren und dass das gewollt und gewünscht ist. Wenn man das wirklich als Haltung hat, dann kann man versuchen, auch mit einem Protest, auch in Versuchen von Mediation oder Konfliktbewältigung von vornherein wirklich mit denen zu kommunizieren.

Die OSZE, genauso wie die Vereinten Nationen, die sehr stark sich ja für dieses Grundrecht auf Versammlungsfreiheit stark machen, haben in für mich zum Teil erstaunlicher Weise dieses Grundrecht oder das Menschenrecht auf Versammlungsfreiheit inzwischen interpretiert in einer Weise, wie es bei uns der Brokdorf-Beschluss auch getan hat. Und die OSZE hat in einem Handbuch mal beschrieben, dass die Polizei eigentlich zur Friedlichkeit von Versammlungen beiträgt, indem sie dafür sorgt, dass die Demonstrierenden ihr Anliegen tatsächlich vortragen können und das in der Weise vortragen können, wie es ihnen entspricht. Und ich glaube, wenn man sich das wirklich zu eigen macht und sagt, darum geht es, es geht nicht ..., der Vorrang, der hier ja entstanden war, war der, der Gipfel muss geschützt werden und dann hat die Meinungsfreiheit, die Versammlungsfreiheit eher Nachrang. Zumindest so könnte man es vielleicht beschreiben. Und wenn man stattdessen wirklich diese Perspektive hat, wir wollen das wirklich und wir müssen es so organisieren, mit den Bürgern zusammen organisieren, dass der Protest auch stattfinden kann, dann hat man durchaus Chancen, dass der Protest selbst auch die schwierigen Gruppen eher integriert. Wenn das hier oft so erscheint, als wären es die einen Gruppen, die gewalttätig wären und die anderen Gruppen, die friedlich wären, dann ist das ja viel heterogener. Und es gibt eine lange Tradition auch der Zusammenarbeit, die es möglich gemacht hat, diese Gruppen, die eher auf einen sehr radikalen Protest möglicherweise selbst orientieren, zu integrieren, wenn die friedlichen gestärkt sind und ihre Konzepte sehr viel besser vortragen können und aber auch zeigen können, dass es durchaus Verhandlungschancen gibt und dass es Freiräume gibt, den Protest vorzutragen. – Danke.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Dr. Zurawski.

Herr Dr. Nils Zurawski: Herr Klein, danke für diese Einblicke, die sich zum einen mit Gesprächen, die ich mit einer Reihe von Polizisten hatte nach dem G20-Gipfel in dem halben, in dem dreiviertel Jahr nach, also zwischen September und Januar diesen Jahres, die nicht zu G20 speziell waren, aber die in meiner Begleitung einer Hamburger Polizeiwache dazu geführt haben, weil es sich einfach anbot und das Thema lag nun einmal auf dem Tisch.

Das Gute an solchen Geschichten ist, dass man tatsächlich, wie Sie auch sagen, Polizisten sind auch Menschen, dass man das, den Menschen dahinter sieht, erkennt, dass man Empathie entwickelt und dass man das verstehen kann, dass man da sieht, da passiert noch mehr, als nur eine uniformierte Hundertschaft, die, wie Herr Enzmann sagte, sozusagen als Instanz da auftritt. Das ist wichtig, wichtig zum Verstehen. Das aber ... Und das ... So. Das ist wichtig. Das entbindet aber nicht oder darf nicht verhindern, dass man gleichzeitig an dem System Polizei durchaus Kritik üben kann. An dem, und Sie sagten ja am Anfang, was ist die Rolle von Polizei, Sie haben es ja ganz einfach beantwortet, und das stimmt ja auch, nur eine Hundertschaft oder die Einsatzkräfte entschließen ja nicht selber, was passiert und wo sie hingehen, das ist ja Unfug, sondern das ist eine streng hierarchische Organisation, an deren Kopf politisch auch entschieden wird, was passiert und was zu passieren hat. Unter

dem auch, die von Ihnen geschilderten Kollegen die Konsequenzen zu spüren bekommen. Sie müssen ja nichtmal damit einverstanden sein, aber es ist ihr Job und sie müssen da mit hingehen. So, Punkt, so. Das ist einfach so. Das kann man gut finden oder schlecht finden, aber das ist die Entscheidung der einzelnen Frauen und Männer, die in der Polizei dienen. Das aber sollte nicht entbinden dazuzusagen, was passiert da politisch. Ist die Rolle der Polizei im Sinne eines Instrumentes der Politik hier schlaue gewählt gewesen, ist dieser Einsatz, so wie er geplant ist und wie Politik, Polizeiführung und auch nicht nur einzelne, sondern Gruppen von Menschen entschieden haben, was passieren soll, wahrscheinlich auch unter Sachzwängen, die sie nicht selber nur zu verantworten haben, ist das klug gewesen. Also mussten es so viele Polizisten sein, musste das Handlungsspektrum der Polizei eingeschränkt werden auf bestimmte Werkzeuge oder hat sich die Politik nicht beschnitten, indem sie, was Frau Steven sagte, Mediation oder Konfliktbearbeitung, zum Beispiel um die Diskussion um das Camp im Stadtpark per Gericht zu lösen, hat sie sich da nicht einiger Instrumente, ja, nicht bedient, sondern immer gesagt, wir machen das per Gericht und per Polizei und wir setzen das quasi so durch, weil wir das können. Und ja, es ist natürlich legitim, was da passiert ist, aber ist es klug? Weiß ich nicht.

Und diesen Unterschied muss man machen. Und Polizei darf nicht, auch die Gewerkschaft nicht, einen Angriff auf, einen systematischen Angriff, sozusagen die Polizei hat da was gemacht, was dann meint sozusagen, das politische Instrument des Staates wurde dort falsch eingesetzt oder hat falsch reagiert, verwechseln mit Angriffen auf den einzelnen Beamten und die einzelne Beamtin. Das ist nämlich die Geschichte, die dann daraus gemacht wird und sozusagen so eine persönliche Beleidigung, man vertraut uns nicht oder man greift uns an. Das ist falsch. Die Empathie mit den Leuten ist da. Das Systematische aber muss auch sein. Und da muss auch die Polizei sozusagen sich vor den Einzelnen stellen, aber als Institution kritischer mit sich werden. Und dann kommen wir vielleicht der Sache näher auch mit dem Verstehen des Gegenübers. So. Und dann könnte man auch Empathie entwickeln, denn das hilft ja dagegen, genau die Humanisierung oder so wegzubekommen, aber diese beiden Sachen zu trennen, auch in der Reaktion auf Kritik.

Vorsitzender: Herr Klein hatte sich noch einmal dazu ...

Herr Patrick Klein: Ganz kurz noch dazu möchte ich einfach unterstreichen, was Sie sagen, Herr Dr. Zurawski. Das ist etwas, was in der öffentlichen Debatte und bis hinein in die Versammlung, die wir haben, in die Aufzüge..., dann eben nicht differenziert wird. Es ist immer die Polizei oft gleich mit der Staat. Und es wird eben nicht der einzelne Polizist gesehen. Das, was die Versammlungsteilnehmer für sich reklamieren, völlig zu Recht reklamieren, wir sind alle nicht unter Generalverdacht, das Gleiche muss man dann auch vonseiten der Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer auch der Polizei zugestehen. Also da bin ich ganz bei Ihnen.

Vorsitzender: Herr Dr. Zurawski und dann aber die Abgeordneten.

Herr Dr. Nils Zurawski: Das Gute daran ist ja, also was wir beide wahrscheinlich viel einfacher machen können, weil wir so ein bisschen unbeteiligt an der ganzen Sache sind, ist gegenseitiges Verständnis entwickeln. Was von Ihnen vorhin geäußert wurde, war eine Superanalyse, die mir zeigt, es ist Verständigung möglich, also interne Diskussion in der Linken. Alles ist im Grunde bereitet, um einen Schritt weiterzugehen, ich nenne es, keine Ahnung, im nächsten Schritt nicht nur den Schuldigen zu finden, sondern ein gegenseitiges Verständnis zu entwickeln, um das positiv weiterzuführen, aber ich glaube, da sind wir leider noch nicht. Wir beide vielleicht schon, aber wir haben es auch ganz einfach, aber dieses gegenseitige Verständnis auf einer ganzen Ebene zu machen, wäre die Aufgabe nach diesem Ausschuss,

wenn der Ausschuss diese Sachen alle auf den Tisch gebracht hat, und nicht, es hat ihr keiner recht, es hat hier keiner Schuld. So.

Vorsitzender: Danke. Frau Möller.

Abg. Antje Möller: Ja, vielen Dank. Vielen Dank auch nochmal für diese Beiträge und ich finde, es ist sozusagen eine gute Weiterführung der Diskussion, die wir zu der ersten Runde hatten, wo wir sozusagen uns schon erlaubt haben, ausführlich doch zu analysieren oder uns mit der Bandbreite des gewalttätigen Protestes auseinanderzusetzen, darüber zu reden, dass das sozusagen nicht homogen war. Und die vielen Unterschiedlichkeiten, finde ich, sind gut dabei rausgekommen.

Ich möchte allerdings auch noch einmal deutlich machen, dass wir ja alle hier sozusagen in unserer Wahrnehmung, also nicht nur weil wir mehr oder weniger unbeteiligt oder beteiligt sind, sondern eben weil wir selber als Individuum ja auch hier sitzen und einerseits eine politische Bewertung haben, aber auch andererseits schlicht und einfach Dinge immer unterschiedlich wahrnehmen, würde ich gerne die Gelegenheit nutzen, weil Herr Klein das angesprochen hat, ohne jede Wertung die Situation, in der wir uns tatsächlich gesehen haben, aus meiner Sicht mal zu berichten. Das geht ganz schnell, aber ... Und das möchte ich auch gar nicht bewertet sehen, sondern ich glaube, es zeigt einfach, wie viel da von wie vielen Leuten eigentlich wahrgenommen worden ist und wie man darüber auf unterschiedliche Art und Weise berichten kann und auch ein Fazit daraus ziehen kann.

Die Situation, wir standen mehr oder weniger nebeneinander, war die, dass Herr Zill tatsächlich erkannt worden war als Mitarbeiter der Polizei. Er war in Zivil unterwegs. Es ist eine Weile versucht worden, ihn durch andere zivile Kräfte zu schützen. Das ist nicht gelungen, weil er massiv attackiert worden ist von sehr aggressiv auftretenden drei, vier Personen, die immer wieder darauf hingewiesen haben, der ist von der Polizei, den greifen wir uns jetzt. Dann wurde ein ausrangierter alter Krankenwagen geholt, der kein normaler Rettungswagen war, wie wir ihn sonst auf der Straße holen. In den konnte Herr Zill einsteigen. Und dann ist gegen Türen getreten worden. Es ist massiv versucht worden, diesen Wagen aufzuhalten. Und er hat sich dann durch halsbrecherisches Rückwärtsfahren im Grunde aus der Situation heraus retten können und dann kam die Hundertschaft.

Ich erzähle das so, weil das mein Blick auf dieselbe Situation ist. Sie haben gesagt, es ist sogar ein Rettungswagen attackiert worden. Ich habe vor allem den Übergriff auf den Polizeisprecher gesehen, der da erst alleine war und dann erst weiter geschützt werden konnte. Meine Idee wäre, das lassen wir so stehen, aber wenn es weitere Diskussionen bringt, dann auch gern.

Ich bin nicht einverstanden mit Ihrem letzten Satz, um es mal sehr klar zu sagen. Sie wünschen uns, dass wir diese Episode verarbeiten. Das wollen wir nicht. Wir wollen, dass solche Episoden sich nicht wiederholen in dieser Stadt. Wir suchen danach, diese vielen verschiedenen Vorgänge aufzuklären, und wir suchen natürlich auch nach Antworten darauf, wie kann es denn weitergehen, wie kann es denn anders werden, wie kann man denn dazu beitragen, dass im Vorhinein durch polizeiliche Strategie, durch Präventionsarbeit und sozusagen auch wahrscheinlich durch andere Politik, also andere politische Entscheidungen möglicherweise wir dieser Stadt, den Menschen in dieser Stadt und uns allen, der Polizei selbstverständlich auch, allen Beteiligten nicht mehr zumuten müssen. So.

Und deshalb finde ich es wichtig, dass wir ... Deshalb gebe ich auch diese Frage nochmal zurück. Also positive Weiterentwicklung. Was sind denn Strategien, die denkbar wären? Und das würde ich auch gern Herrn Klein noch einmal fragen. Also wie sehen Sie denn zum Beispiel die Rolle der Polizeiführung, der Zuständigen in der Polizei im ... Also hätte da so zur

Vorbereitung der Polizistinnen und Polizisten auf solche Situationen möglicherweise etwas anderes im Vorab geleistet werden müssen? Oder konnte man das gar nicht? Also das ist für mich auch die Frage. War das erwartbar und die einzelnen Polizistinnen und Polizisten waren nicht genügend darauf vorbereitet möglicherweise?

Und die andere Frage nochmal vielleicht auch an Frau Steven und an Herrn Zurawski. Also was meinen Sie denn genau mit Kommunikation, ja? Also man kann ganz formal sagen, da muss bei der Versammlungsbehörde dann viel besser kooperiert werden, die Gespräche müssen ausführlicher sein, oder man sagt, es muss während der Versammlungsabläufe jemand ansprechbar sein. Man muss sich vorher darauf verständigen, wer redet mit wem, wenn etwas eskaliert und Ähnliches. Meinen Sie das so konkret oder geht es irgendwie noch darüber hinaus? Müssen wir viel weiter im Vorfeld sagen, da blüht uns demnächst dieses und jenes, was weiß ich, das Derby zwischen HSV und St. Pauli oder irgendein anderes großes Event, und deshalb fangen wir früh an, folgende Gesprächszusammenhänge zu beginnen oder folgende Aktionen zu beginnen? Also gibt es auf so was Antworten aus Ihrer Sicht?

Vorsitzender: Unglücklicherweise steht das ja bald wieder bevor, HSV gegen St. Pauli. Also kleine Anmerkung von mir als Fußballfan. Herr Klein und dann die Fragen.

Herr Patrick Klein: Bevor ich was sage zum Thema Rolle der Polizeiführung, Vorbereitung der Polizei ... Krankenwagen, Frau Möller. Die Polizei hat alles an Fahrzeugen auf die Straße gebracht, was es noch im Fuhrpark gab. Es war ein Krankenwagen der Polizei, älteres Modell. Das haben Sie richtig erkannt. Also es war ein Krankenwagen der Polizei. Das nur zur Erklärung.

Zum Thema "verarbeitet". Das erläutere ich gern nochmal, was ich meine, wenn ich von "verarbeitet" spreche. Ich spreche von "verarbeitet" im Sinne von psychosozialer Betreuung nach Einsätzen. Verarbeitet heißt nicht verdrängt, verarbeitet heißt nicht vergessen, sondern es heißt nur, dass es so weit auch psychisch im Gehirn so weit abgelegt ist, dass normales Leben wieder möglich ist. Das heißt, dass ich mich noch an dieses Ereignis erinnern kann, dass ich daraus Lehren ziehen kann, dass ich daraus etwas mitnehme für mein Leben, aber dass es mich nicht mehr belastet, dass es mich nicht traumatisiert. Das heißt verarbeitet. Also da sind wir völlig auf einer Linie. Natürlich heißt verarbeitet nicht, wir wischen das einfach vom Tisch und sagen alle, ist nichts gewesen, und wir machen so weiter wie vorher. Das, glaube ich, wollen Sie alle nicht. Dann hätten Sie sich diesen wunderbaren Ausschuss sparen können.

Zum Thema Rolle der Polizeiführung, Vorbereitung der Polizei ganz kurz. Kann ich nichts zu sagen. Die Polizeiführung wurde durch mich nicht eingesetzt. Was da stattgefunden hat an Vorbereitung, welche Rolle die Polizeiführung an welchen Stellen gespielt hat ... Ich bin Pastor der Nordkirche und kein Polizeibeamter. Da habe ich vieles auch wahrscheinlich gar nicht mitbekommen.

Und Thema Kommunikation. Dazu, was mir nur auffiel, und dann können Sie gern, Herr Zurawski ... Es waren ja zu G20 sowohl als auch zur OSZE unglaublich viele Kommunikationsteams schon im Einsatz draußen. Die werden Sie auch gesehen haben, blaue Weste, die Kommunikationsteams der Polizei immer besetzt, Hamburger mit Auswärtigen, die ja viele Gespräche geführt haben am Rande. So. Also das hat ja schonmal stattgefunden.

Vorsitzender: Dann war die nächste, die Frage noch an Frau Dr. Steven und Herrn Dr. Zurawski. Und dann eine Nachfrage, Frau Möller? Ja.

Frau Dr. Elke Steven: Also meines Erachtens gibt es nicht einfach nur eine bestimmte Form, mit der man damit umgehen muss. Deshalb habe ich es ja noch einmal sehr klar ge-

sagt. Es geht nicht um eine Taktik, sondern es geht um eine Haltung, und diese Haltung muss man entwickeln. Und das heißt eben auch, dass man nicht versucht zu sagen, das wird ein Festival der Demokratie, und zwei Tage später eine Riesenallgemeinverfügung erlässt. Das heißt, dass man nicht so spät erst einen Erlass gegen eine Versammlung macht, dass jede Klage dagegen sowieso ausgeschlossen ist, weil das zeitlich keinen Erfolg mehr haben kann, sondern dass man den anderen als Partner ernst nimmt und wirklich mit ihm verhandelt und damit ihm auch eine Chance lässt. Und deshalb sage ich eben Haltung und nicht irgendwie eine bestimmte Organisationsform.

Herr Dr. Nils Zurawski: Wie konkret? Zwei, drei Beispiele. Einmal: die Camps Stadtpark. Ich fand das unglücklich gelöst. Es waren Ansagen. Es waren Gerichtsurteile. Da kann man sich gegen wehren. Da gibt es einen Rechtsstaat, Rechtswege, aber ist das der Weg? ... Beim Gerichtsurteil gibt es immer einen Gewinner und Verlierer. Das ist doof. Die Verlierer fühlen sich unterlegen, gehen wieder zu Gericht. Entweder kriegen sie dann recht oder noch einmal auf die Mütze. Am Ende guckt einer dumm aus der Wäsche und fühlt sich nicht gerecht behandelt, und es endet dann irgendwie so zersplittert. Möglichkeit, wir hätten was anders lösen können, ist alles jetzt immer hinterher, ist man immer schlauer, aber darüber reden, was die Menschen wollen, wer das ist, Bedingungen setzen, Verhandlungsrahmen setzen, zuhören, verhandeln, Leute ernst nehmen, vielleicht wäre eine andere Lösung das gewesen, Leute auch in Verantwortung mit nehmen, die man dann verantwortlich machen kann für das Camp, also sozusagen partnerschaftlich und nicht diese Arten von Verdächtigungen, die vielleicht sogar Berechtigung hatten, aber wo man dann auch Mut beweisen muss, um zu sagen, so, wir versuchen es jetzt mal auf eine andere Art und Weise, hätte vielleicht eine Stimmung auch bei bestimmten Leuten, nicht bei allen – wir reden jetzt nicht mehr von dem harten Kern oder so –, aber kippen können ... Weiß ich nicht. Ist eine Vermutung. Es wäre aber eine andere Umgangsweise gewesen mit den Menschen und andere Möglichkeiten hätten sich eröffnet.

Ganz konkret. Bei solchen Einsätzen – und ich denke, das wird bei den Fußballeinsätzen auch schon viel gemacht –, da bestehen Kanäle zwischen der Polizei und bestimmten Teilen der Fanszene. Warum kann man nicht – und das wird jetzt wahrscheinlich schwerer als vor G20 – solche Arten von Kanälen, die nicht unbedingt nur durch die Polizei sein müssten, sondern auch zivilgesellschaftlich sein kann, warum kann man diese Kanäle nicht nutzen, um jetzt zu beginnen? Jetzt. Nicht erst wenn irgendwas ansteht, sondern völlig sinn-, nicht sinn-, sondern zweckfrei im Sinne von "es steht nichts an, wir versuchen einfach mal, Kanäle und Gespräche, Gesprächsmöglichkeiten jetzt zu eröffnen", um dann im Falle, wenn wieder was anstehen sollte, diese nutzen zu können, frühzeitig Bescheid zu wissen und so weiter. Klingt ein bisschen nach Wolkenkuckucksheim, ist es aber nicht, denn wir können aus internationalen Friedensverhandlungen genau das ablesen, dass genau diese Gesprächskanäle stattgefunden haben, lange bevor irgendein Fernsehsender seine Kamera auf irgendwelche unterschreibenden Staatsleute gelenkt hat, die dann bestehen. So. Und keine Kamera, keine Zeitung, kein gar nichts. Aber das wäre Kommunikation, die Polizei zusammen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, die dann vielleicht doch am Anfang näher herankommen, das zu tun. Wäre eine andere Möglichkeit, erfordert Mut, Mut im Sinne von, andere Wege zu gehen und vielleicht andere Wege auch zu verlassen. Wäre eine Idee. Kosten? Ich glaube, es ist nur zu gewinnen dabei, weil, schlecht ist es allemal jetzt. Also schlechter kann es nicht werden, die Stimmung.

Vorsitzender: Eine Nachfrage, Frau Möller. Sie wollten eine Nachfrage stellen. Ja, jetzt ist weg.

(Zuruf Abg. Antje Möller)

Es sind drei Leute auf der Rednerliste. Ich setze Sie gern wieder rauf. Frau Friederichs.

Abg. Martina Friederichs: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe zum einen nochmal eine Frage an Herrn Klein und danach würde ich gern auch noch zum Beitrag von Frau Dr. Steven eine Frage stellen. Zunächst mal an Herrn Klein.

Ich würde gern noch einmal wissen ... Sie hatten berichtet, wie die Polizistinnen und Polizisten sich während G20 und davor auch gefühlt haben, was das mit den Polizistinnen und Polizisten gemacht hat, dieser Einsatz, diese Belastung. Und ich würde einfach gerne nochmal wissen, ob es da vonseiten der Polizistinnen und Polizisten auch Wünsche gab, die gegenüber Ihnen geäußert wurden, oder Dinge, die Sie sich für die Zukunft vorstellen könnten, die Ihre Situation ein bisschen erleichtert?

Und zum Zweiten würde ich noch einmal ganz praktisch gerne wissen und sie dem Ausschuss nochmal schildern, wie Ihre Arbeit konkret aussah, wann und wo die Polizistinnen und Polizisten sich an Sie wenden konnten und auch mit Ihren 49 Kolleginnen und Kollegen zusammenkommen konnten vor Ort.

Herr Patrick Klein: Wünsche ...

Abg. Martina Friederichs: Entschuldigung. Soll ich die Frage an Frau Steven auch gleich anschließen? Gut. Dann würde ich das auch noch machen.

Zum Thema friedlicher Protest. Wir haben gerade auch in den letzten Wochen im Ausschuss nochmal deutlich gesehen, dass es ja durchaus wirklich vielfältigen friedlichen Protest gab und dass der eben gerade durch die gewalttätigen Ausschreitungen nicht so wahrgenommen wurde in der Welt durch die Berichterstattung, wie wir uns das auch als Parlamentarier gewünscht hätten. Das ist, glaube ich, gerade eine besondere Schiefelage, die da entstanden ist und die ich persönlich auch sehr bedaure. Und Sie können sicher sein, dass wir als Parlamentarier die Meinungsfreiheit äußerst hochhalten und viel dafür tun.

Ich würde gern nochmal wissen, Sie hatten im Rahmen der Nachbetrachtung der Gipfelgeschehnisse in einer Schrift festgehalten, dass – ich zitiere das jetzt – "sowohl Distanzierung von Protesten und Aktionen anderer immer wieder gefordert werden. Es gibt eine lange und selbstverständliche Tradition, sich diesen Erwartungen zu widersetzen. Jeder und jede ist zunächst einmal verantwortlich für das, was er selbst tut und zu was er aufruft. Sich immer zunächst von Straftaten zu distanzieren, macht keinen Sinn, und Solidarität ist eine notwendige Haltung gegenüber denen, mit denen man politisch zusammenarbeitet." Da würde ich jetzt noch gern wissen ... Ich stelle mir hier die Frage, ob Sie Straftaten dann durchaus als legitimes Mittel ansehen und wie Sie die Rolle der Polizei sehen als ständiger Gegner oder auch Unterstützer gerade von friedlichen Demonstrationen, die in der Demokratie ja durch das Grundrecht auch geschützt werden.

Vorsitzender: Herr Klein und dann Frau Steven.

Herr Patrick Klein: Ich würde Frau Dr. Steven den Vortritt lassen. Sie muss einen Zug kriegen nachher. Deswegen ...

Vorsitzender: Ja. Sehr gut.

Frau Dr. Elke Steven: Genauso hätte ich jetzt auch nochmal eben angefangen. Also ich muss eigentlich um halb zehn weg, damit ich den Zug nach Berlin noch kriege. Mir war vorhin gesagt worden, es wäre auch genau die umgekehrte Reihenfolge. Von daher hatte ich gedacht, bis zehn Uhr wäre es oder bis halb zehn wären wir auf jeden Fall fertig.

Natürlich sage ich damit nicht ... Also ich beschreibe damit ja eine bestimmte, also mit Ihrem Zitat, eine bestimmte Grundhaltung, die in der linken Szene in diesen Protesten als Haltung

mal erst da ist, nämlich ein Zusammenhalt und die Notwendigkeit von Solidarität. Wenn ich mich richtig erinnere, bezieht sich das sogar noch auf einen ganz alten Text, der zu der Zeit nochmal neu aufgelegt worden ist, einen Artikel von Wolf-Dieter Narr damals. Und der beschreibt ja nicht, dass Straftaten irgendwie in Ordnung sind. Darum geht es nicht. Natürlich ist das nicht in Ordnung, aber trotzdem kann man versuchen zu verstehen, wie Situationen so eskalieren, dass Leute einfach empört sind. Und ein Teil dieser Situationen in Hamburg waren ja auch davon geprägt, dass Leute plötzlich mitgerissen, wie auch immer das psychologisch zu erklären ist, plötzlich eine Flasche schmeißen, die, wenn man sie fragen würde, ob sie das für richtig halten, immer sagen würden, nein, natürlich nicht, und das würde ich nicht tun. Solche aufgeheizten Stimmungen können aber entstehen. Und man muss versuchen, das zu verstehen und zu erklären und ein Stück eben auch zu sehen, wie man dann es vermeidet, in solche Situationen zu kommen, wo das immer stärker wird oder weiter eskaliert.

Insofern kann es nicht darum gehen, Straftaten zu rechtfertigen, aber zu sehen, dass dieser Versuch, Protest immer wieder zu spalten ... Und davon gibt es auch hier aus dem Ausschuss immer wieder Beispiele, wo man sagt, der friedliche Protest ist in Ordnung, aber die wollten ja wirklich blockieren oder die wollten ja zivilen Ungehorsam leisten. Das ist aber nicht per se unfriedlicher Protest, sondern das ist eine sehr organisierte Form des Überschreitens von bestimmten Grenzen, die eine lange Tradition in der Friedensbewegung und aus den USA hat und die eben mit Gewaltprotest nichts zu tun hat. Und diese Grenzen verschwimmen immer wieder, und das macht es sehr schwierig, dann richtig darüber zu reden.

War da noch ein anderer Teil der Frage? Ich habe irgendwie das Gefühl, aber ich habe es, glaube ich ... Okay.

Abg. Martina Friederichs: Sie hatten noch gefragt, ob ich noch eine weitere Frage hatte. Ich hatte so die Rolle der Poliz- ... – also wir sind ja bei der Rolle der Polizei –, wie denn tatsächlich das von Ihnen gesehen wird als Gegner oder eben auch als Unterstützer von Demonstratio-, also zur Gewährleistung von Demonstrationen beispielsweise in der Demokratie.

Frau Dr. Elke Steven: Ich hatte ja eben extra die OSZE oder dieses Handbuch zum Umgang mit Versammlungsfreiheit zitiert, weil ich es da eben so eine gute Beschreibung finde, dass es die Aufgabe der Polizei ist zu unterstützen, dass Demonstrierende ihr Anliegen vorbringen können. Und dann ist die Polizei natürlich Unterstützer auch der Demonstrierenden, weil sie Unterstützer der Bürger ist, weil sie zum Schutz der Bürger auch da ist, und nicht als Macht, die gegen die Bürger kämpfen muss. Und das, finde ich, ist an vielen Stellen in Hamburg, hat man eben den Eindruck gehabt, das ist eher Aufstandsbekämpfung. Und das darf es nicht sein, weil die Polizei die Aufgabe hat, die Bürger auch selber zu schützen und ihren Protest zu ermöglichen. Und ich glaube schon, dass es da viele Möglichkeiten der Zusammenarbeit gibt. Und ich habe es selbst ja auch erlebt.

Ich weiß, Udo Behrendes war hier, also der Polizist aus Nordrhein-Westfalen, Köln-Bonn. Und wir haben mit dem immer auch mal wieder in konkreten Situationen, auch in schwierigen Situation hier erlebt, dass Kooperation so funktionieren kann, dass auch die, die als Schwarzer Block und als Autonome bezeichnet werden, durchaus in einer Demonstration mit so sein können, dass die Polizei nicht angegriffen wird, sich auch nicht angegriffen fühlt, auch nicht eine Angst haben muss, sondern dass es tatsächlich Kooperationen gibt und dass Protest aber auch an den Orten dann stattfinden durfte, etwa bei nem Gelöbnis, wo er eben vorgebracht werden sollte, wollte. Und solche Kooperationen sind möglich. Die Erfahrung habe ich auch gemacht. Und da spielt die Polizei natürlich eine wichtige Rolle. Es geht ja nicht darum, irgendwas gegen die Polizei zu haben, und deshalb habe ich auch immer wie-

der betont, dass es um dieses Gesamtkonzept, um die politische Verantwortung auch geht und nicht um Vorwurf gegen einzelne Polizisten oder die Polizei insgesamt.

Vorsitzender: Herr Klein.

Herr Patrick Klein: Wünsche der Polizei wurden mir gegenüber eigentlich kaum geäußert, maximal in Richtung Dank, Anerkennung zu hören, Wertschätzung des Teams, Wertschätzung der Arbeit. Das ist ja nichts Besonderes. Da müssten Sie wahrscheinlich, wenn es um Material zum Beispiel geht, bei den Gewerkschaften nachfragen. Ich glaube, da werden die materiellen Wünsche eher gerichtet.

Zum Thema Wünsche der Polizei war es auch wieder ein typisches Verhalten von Einsatzkräften, was ich immer wieder beobachte, auch nicht zu viel Gewese drum zu machen. Das waren auch so Aussagen. Also irgendwann war das auch einmal gut mit dem Dank. Das war so ein Satz, den ich dann öfter hörte: "Nun ist auch mal gut. Ich mache hier nur meinen Job". So. Also so eine Bescheidenheit, die viele Einsatzkräfte, viele Polizistinnen und Polizisten einfach haben. Die haben sich diesen Beruf ausgesucht. Die wissen, was auf sie zukommt. Ja, dieser Einsatz war besonders, aber irgendwann ist auch mal gut mit Dank, so, und jetzt machen wir wieder unseren Job, und so wie jeder Busfahrer und wie jede Pflegekraft und so. Die werden auch nicht beklatscht. Das findet nur bei Charterflügen statt.

Meine Arbeit, ansprechbar für Polizistinnen und Polizisten, war beim G20-Gipfel genauso wie die Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Bundesländern. Wir waren bei unseren Einheiten, wie wir es genannt haben, jeder bei seinen Polizistinnen und Polizisten aus dem jeweiligen Land oder aus der Bundespolizei, weil man da einfach die Beziehungen hat, weil man sich kennt, weil man nicht lange erklären muss, wer man ist, wenn man da in Zivil irgendwie auf so eine Polizeikette zugeht und die nicht wissen, was will der jetzt von mir. So war ich viel unterwegs bei den eingesetzten Hamburger Kräften. Ich war in den Verpflegungsstellen. Ich war in der Liegenschaft Alsterdorf. Ich war in PKs mal draußen, Bundeswehrkrankenhaus. Und dann auf Anforderung in diesem Handbuch, was es für die Einsatzkräfte gab, waren die Telefonnummern von meinem katholischen Kollegen, von mir drin. Wir wurden angefordert, je nachdem, wo Gesprächsbedarf war. Also so waren wir ansprechbar, auffindbar.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Schneider.

Abg. Christiane Schneider: Ein bisschen hat Herr Zurawski schon die Antworten auf die Frage, die ich jetzt an... Ich stelle Ihnen jetzt keine Frage mehr, weil der Zug dann auch geht. Vielen Dank. Ihre letzte Einlassung, Herr Zurawski, hat mir eigentlich schon meine Frage vorweggenommen. Frau Möller hatte sie ja ähnlich gestellt.

Meine Beobachtung war, dass es von Anfang an ein extremes Freund-Feind-Verhältnis gab, und zwar von beiden Seiten, und zwar würde ich mal sagen, aufseiten der Polizei ausgehend von der Polizeiführung, gar nicht von den einfachen Beamten, also die dann am Ende auf der Straße stehen. Und in Teilen des Protestes gab es das sicher aus. Und ich halte auch die Problematik, dass es nicht zu Gesprächen gekommen ist, weil, ich sag mal, die sogenannten Kooperationsgespräche in der Versammlungsbehörde sind in dem Sinn nicht Gespräche, in denen man sich, in denen man sozusagen Vertrauen gegenseitig herstellt.

Trotzdem habe ich ja festgestellt, dass es durchaus viel kommunikative Kompetenz in Einzelfällen gab, und zwar auf allen Seiten. Ich erinnere mich an die Szene, als es den Wasserwerfereinsatz am 8.07. gab, am Rande der Abschlusskundgebung. Da ist es ja gelungen, da haben sich Demonstrierende sozusagen also zwischen die Gruppe, um die es ging, und die Polizei gestellt, haben mit der Polizei gesprochen, und dann ist völlig das aufgelöst worden, die krisenhafte Situation, indem einer dann einfach umher ging und allen Polizeibeam-

tinnen und -beamten die Hand geschüttelt hat. Und es ist dann aufseiten der Polizei, ist ja auch sofort eine gelockerte Szene, also ist eine gelockerte Atmosphäre entstanden. Und da ist ein Konflikt, der leicht hätte eskalieren können, eine friedliche Kundgebung, Wasserwerfeinsatz. Der ist auf eine wirklich gute Weise beigelegt worden, also ist dann völlig entschärft worden.

Die Frage bewegt mich aber trotzdem, wie dieses Freund-Feind-Verhältnis eigentlich so zustande gekommen ist. Eine Komponente ist meiner Meinung nach ganz sicher, dass die Proteste – und da widerspreche ich wirklich dem, was hier gesagt worden ist, auch von Ausschussmitgliedern, meine Erfahrung ist es nicht –, dass die Proteste als absolut unwillkommen betrachtet worden sind, dass es scharfe Auseinandersetzungen gegeben hat, unter anderem ja auch scharfe Angriffe auf uns bis noch nach diesen Auseinandersetzungen. Ich erinnere daran, wie wir als verlängerten ... Also Arm in Arm mit dem Schwarzen Block, parlamentarischer Arm des Schwarzen Blocks, direkt und indirekt Beihilfe zu Gewalt ... Der Vorwurf steht ja nach wie vor im Raum. Das war eine ungeheure Zuspitzung. Und jetzt ist ja die Frage, wie kommt man aus der Situation raus. Also wie fängt man das wieder an? Ich weiß nicht, wie das gehen kann, weil die Bereitschaft ist ja, sag ich mal, auf beiden Seiten, wobei die eine Seite weniger einheitlich ist als die andere Seite. Das muss man ja auch einmal sehen. Und hinzu kommt ... Wie kann man dieses Freund-Feind-Verhältnis auflösen? Wahrscheinlich nur durch eine erfolgreiche Praxis, aber wie kriegt man diese Praxis hin?

Diese Frage würde ich jetzt gern an Herrn Klein stellen, weil, Sie haben ja mit den ...

(Zuruf Herr Dr. Nils Zurawski)

Ja, Sie können auch gern antworten. Sie haben ja gesagt, Sie haben da viel Kontakte. Sie haben viel gesprochen. Und mich würde interessieren, wie Sie Ihre Rolle dabei eigentlich sehen, weil, man muss ja einen Konflikt auflösen. Sie sind Seelsorger für die Polizei, aber Sie sind ja natürlich jetzt nicht sozusagen einfach Partei. Ich nehme an, Sie haben ja auch ein nahes Verhältnis zu Polizeibeamten, sind aber nicht einfach ein Bestandteil der Polizei. Und das würde mich jetzt interessieren, welche Anknüpfungspunkte Sie eigentlich sehen. Und natürlich, Herr Zurawski, würde ich mich freuen, wenn Sie da noch Weiteres zu sagen können.

Vorsitzender: Das war doch jetzt auch an den Senat gerichtet, oder?

Abg. Christiane Schneider: Was war das?

Vorsitzender: Das war doch jetzt an den Senat gerichtet, oder?

Abg. Christiane Schneider: Das ist natürlich ein Superhinweis. Danke. Gern auch an den Senat.

Vorsitzender: Ja.

Herr Patrick Klein: Ich habe das so verstanden, dass ich zuerst gern ...

(Zuruf Abg. Christiane Schneider)

Meine Rolle oder meine Aufgabe ist in erster Linie Gesprächspartner, offenes Ohr, Seelsorger für die Polizistinnen und Polizisten zu sein. Mein Auftrag ist nicht Vermittler zwischen verschiedenen Gruppen. Das ist nicht mein ... ja, das ist nicht der Dienst, in den ich gestellt bin als Polizeiseelsorger. Die Polizei, um das auf eine andere Ebene zu heben, wie ein Gemeindepastor seine Kirchengemeinde hat, habe ich die Polizei als Kirchengemeinde und bin für die Ansprechpartner, Seelsorger zuständig.

Das ist allerdings ein Thema, was mich seit G20 auch beschäftigt, welche Möglichkeiten gibt es, ins Gespräch zu kommen. Das, was Sie sagten, Herr Dr. Zurawski, wie kann man in entspannten Zeiten miteinander ins Gespräch kommen tatsächlich unter Ausschluss der Öffentlichkeit, ohne dass gleich irgendwie wieder am nächsten Tag eine Zeile in der Zeitung steht über ungelegte Eier, da würde ich schon meine Aufgabe auch sehen, sollte es irgendwelche Formen von Gesprächsinitiativen, von runden Tischen, von Kommunikationsplattformen geben, daran teilzunehmen. Eben schon überlegt, wie, ach ne es kommt ins Protokoll, aber ich habe überlegt, ob ich mit Sieghard Wilm so etwas einmal anstoße, dem Kollegen aus St. Pauli, wie man da miteinander zusammenkommen kann. Aber im Einsatz selbst ist meine Rolle ganz klar, ansprechbar an der Seite der Polizistinnen und Polizisten zu sein.

So viel erst einmal?

(Zuruf)

Bitte?

Vorsitzender: Nein, Frau Schneider hat das Mikro, wir verstehen sonst hier nichts.

Abg. Christiane Schneider: Ja, Sie können mich nicht fragen so viel. Ich weiß ja nicht, ob Sie noch mehr zu sagen haben. Wenn Sie noch mehr zu sagen hätten, wäre es gut, und wenn nicht, dann nicht.

Herr Patrick Klein: Hätte sein können, dass Sie eine Nachfrage haben.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Ja, vielen Dank. Also, die Frage ist ja und auch sozusagen der Wunsch, hätte die Polizei, hätte der Staat nicht auch noch mehr tun können, um einen konflikthaften Verlauf oder einen so eskalativen Verlauf, wie er dann war, vermeiden zu können. Und ich meine, klar ist ja, dass auch unsere Aufgabe, unser Anspruch immer sein muss, alles zu tun, damit es eben nicht dazu kommt. Das ist ja völlig klar. Und natürlich muss man auch nach einem solchen Ereignis gucken, und das haben wir ja auch an verschiedenen Situationen hier auch schon besprochen, kann man Dinge anders machen, kriegen wir Kommunikation besser hin, kriegt man andere Kanäle hin, kann man Kommunikationsteams zum Beispiel anders einsetzen, kriegen wir einsatzbegleitend auch Mechanismen hin, wo dann auch mal Situationen noch entschärft werden können, wie die, die Sie gerade geschildert haben. Natürlich gibt es immer eine Wechselwirkung zwischen polizeilichem Handeln und Auftreten und so wie es dann wahrgenommen wird und einer Gegenreaktion und und und, und dann sind auch Mechanismen dabei, wo man sich schon fragt, kommt man da nicht auch mal, kommt man da nicht auch irgendwie raus. Das ist gar keine Frage. Aber wir stoßen natürlich auch an Grenzen, weil wir natürlich nicht in diesem Bild leben, dass wir quasi durch unser Verhalten den Verlauf auf der anderen Seite dann wirklich bis zuletzt steuern können.

Es gibt diese Wechselwirkung, das ist klar, die muss man im Auge haben, da müssen wir auf unsere Wirkung achten und da muss man sich auch immer überprüfen, hat man das gut genug gemacht, aber ... Wenn wir wissen, dass wir Beteiligte haben ... und das will ich dann schon noch mal sagen, die beiden größten Eskalationen, die beiden größten Gewaltausbrüche, die wir hatten, die waren in Abwesenheit von Polizei, Freitagmorgen und am Freitagabend im Schulterblatt. Und wir haben auch gehört, dass wir dort es im Kern, also die wirklich diese Eskalationsspirale über die entscheidende Hürde geschoben haben, es im Kern mit Gruppen zu tun gehabt haben, die sehr, sehr lange sich darauf vorbereitet haben und die eben nicht dann mehr vor Ort erreichbar sind. Und ich glaube, das gehört dann zur Wahrheit auch dazu, und das müssen wir uns auch eingestehen unter allen Beteiligten, dass es eben

dort nicht eine große Protestgemeinde gibt, sondern eben schon sehr unterschiedliche Gruppen. Und es gibt welche und das wissen Sie in Wahrheit auch, Frau Schneider, die sind auf Gewalt programmiert, die kommen deswegen hierher. Und dann gibt es das Bild oder die Idee, wenn man insgesamt sich aufgeschlossen und positiv und zugewandt und möglichst deeskalierend verhält, dann gelingt es, den friedlichen Teil den unfriedlichen einzubeziehen und dann nimmt man denen sozusagen die Möglichkeit, sich zu entfalten. Wir haben aber ja erlebt, dass gerade diese Steuerung eben gerade an entscheidenden Stellen nicht möglich ist.

Ich will gern zugestehen, dass das am Samstag, wenn auch aus unterschiedlichsten Gründen nicht den befürchteten Verlauf genommen hat. Aber an den anderen Stellen, an dem Freitag, morgens und abends, waren ... also Freitagmorgen – das war ja völlig abgesetzt vom gesamten geplanten Protest – und auch am Freitagabend würde ich keine steuernde irgendwie Wirkung oder Einbeziehung sehen durch diejenigen, die den Protest eigentlich geplant haben. Und wir haben ja uns sehr intensiv mit Wellcome to Hell hier befasst und auch da war es ja schon sehr schwierig, da haben wir ja schon festgestellt, dass selbst die Anmelder aus dem Bereich der Autonomen, der Roten Flora, sich an die Polizei gewandt haben und gesagt haben, wir haben das nicht mehr so ... also, oder signalisiert haben, wir haben das in Wahrheit hier nicht mehr richtig im Griff. Und ich glaube, dem muss man sich ein Stück weit stellen.

Und wenn man sagt, die Polizei darf sich nicht so aufstellen, dass im Grunde genommen der gesamte Protest in eine schwierige gegnerische Ecke gestellt wird, das ist natürlich richtig, aber dann möchte ich schon nochmal daran erinnern, dass wir hier es ermöglicht haben, in einem Umfang, wie noch bei keinem anderen Gipfel zuvor, bei keinem anderen Gipfel, unmittelbar am Ort des Gipfels und in direkter räumlicher Nähe ein Umfang und ein Ausmaß an Protest und an Versammlungen und an Aktionen und an begleitenden, auch sehr kritischen zivilgesellschaftlichen Veranstaltungen durchzuführen, wie es das noch nie gegeben hat, und wir sprechen am Ende über sehr wenige eskalierend verlaufende Situationen. Und wenn gefragt wird, wieso war die einzige ..., wieso war denn die einzig friedliche Demo die Tanzdemo. Erstens, das stimmt ja nicht, es gab ganz viele friedliche Demos und zweitens, bei der Tanzdemo, die hätte vielleicht auch anders verlaufen können, da waren auch Menschen dabei, die ... von denen auch ein anderes Verhalten möglich gewesen wäre, die aber in dem Kontext eben sich dafür entschieden haben, das nicht zu tun, sondern die ist eben aufgrund eigener Entscheidung der Versammlungsteilnehmer, ist das eben friedlich geblieben. Das heißt, es ist ganz stark im Einfluss und in der Steuerungsmöglichkeit wirklich der Versammlung selber. Wir haben vor G20 – und deswegen wehre ich mich auch so ein bisschen gegen die Sichtweise, die so die harte Linie der Hamburger Polizei, die hat das alles irgendwie in diese Richtungen bewegt –, wir haben vor G20 eine zurückgehende Gewalt im Kontext politischer Auseinandersetzungen in der Stadt gehabt, und wir haben auch nach G20 mehrere Versammlungen gehabt, die auch hätten anders verlaufen können, die aber so nicht verlaufen sind. Wir hatten die Antirepressionsdemo, wir hatten 1. Mai. Das waren immer, das waren dieselben Hamburger Polizeikräfte, dieselben Polizeiführer und und und. Und trotzdem gibt es nur ganz wenige Situationen in Wahrheit, insbesondere Wellcome to Hell, die eskaliert ist. Und insofern ist das nicht eine generelle Linie der Polizei, die dazu geführt hat, sondern schon eine sehr unterschiedliche Situation an den einzelnen Stellen. Und ich glaube, es gehört dann dazu, wenn man sagt, ja, wir müssen besser kommunizieren und wir müssen versuchen, noch mehr zu tun, um solche Situationen zu vermeiden, auch kommunikativ, das ist bestimmt richtig, aber dann gehört auch dazu, dass wir uns eingestehen müssen, da sind Gruppen, die erreichen wir nicht. Und da muss an irgendeiner Stelle auch eine Linie gezogen werden. Da hilft es nicht, wenn man sagt, wir sind am Ende alle eine große Protestfamilie

und hier wird niemand ausgeschlossen und da darf es keine Entsolidarisierung geben. Das hindert uns daran, glaube ich, tatsächlich eine Lösung zu finden.

Und da möchte ich nochmal was sagen auch zu den Camps, weil das ja immer das Beispiel ist dafür, dass man, wenn man damit anders umgegangen wäre, hätte man vielleicht einen anderen Verlauf hinbekommen.

Wir haben Entenwerder hier und da sind wir zu etwas anderen Ergebnissen gekommen, glaube ich, haben wir hier sehr intensiv nochmal aufbereitet. Und ich möchte es mir nicht vorstellen, was für eine Diskussion wir führen würden, wenn wir mehr und größere Camps hier zugelassen hätten. Wir haben ein Ergebnis heute in der Bewertung des Camps Vorhornweg, dass das ein entscheidender Kristallisationspunkt, ein Vernetzungspunkt, ein Organisationspunkt war, von dem ganz zentral auch gerade der gewalttätige und sehr gewalttätige Teil des Protestes ausgegangen ist. Das lässt sich nach allem, was wir heute wissen, sehr deutlich mit dem Camp in Verbindung bringen. Und wenn wir da jetzt selbst im Nachhinein nicht auch mal den Punkt finden zu sagen, das war auch nicht in Ordnung, und will ich auch einmal sagen, an ..., jetzt ist Frau Steven leider schon gegangen. Wenn man sagt, das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ist das zentrale fundamentale Recht und das stimmt ja, das ist das konstitutive Recht für unsere Demokratie. Aber wenn man das als so bedeutend erachtet, dann muss man mit diesem Recht auch sehr sorgfältig und verantwortungsvoll umgehen, auch in der Argumentation. Und dann darf man es auch nicht missbrauchen, um ein Camp rechtlich durchzusetzen, das eigentlich mit der Wahrnehmung von Versammlungsfreiheit unmittelbar gar nichts zu tun hat und wo heute die Veranstalter im Grunde genommen das auch ... also wo wir heute auch das quasi schwarz auf weiß haben, dass sie sagen, na ja, ist ja klar, das haben wir natürlich gemacht, das war das Instrument, das rechtliche Vehikel, um dieses Camp da hinzukriegen, das sollte keine Versammlung werden. Dann muss man, glaube ich, diese Punkte, wo wir heute wissen, das war ein Teil des Problems, dann darf man an der Stelle nicht sagen, das muss man nächstes Mal zulassen, damit es friedlicher wird. An anderen Stellen wiederum, glaube ich, können wir in der Kommunikation besser werden, aber wir brauchen schon auch eine innere Differenzierung innerhalb des Protestes, dass auch von dort gesagt wird, bestimmte Dinge sind nicht in Ordnung. Dann kann man auch über andere Dinge anders reden.

Vorsitzender: Herr Jarchow.

Abg. Carl-Edgar Jarchow: Das hat sich eigentlich erledigt, weil, ich wollte Frau Dr. Steven nach dem mich sehr beeindruckenden Vortrag über vieles, was eben aber Herr Grote schon beantwortet hat, insofern ist es.... Da gibt es keine Frage mehr, zumal sie ja nicht mehr da ist.

Vorsitzender: Alles klar, vielen Dank. Frau Möller.

Abg. Antje Möller: Ja, mir geht es ähnlich. Ich hatte ... meine Nachfrage ist mir tatsächlich wieder eingefallen und deshalb greife ich da aber nochmal auf. Also, der Punkt ... da ging es um die Kommunikationsteams und die Rolle, also das, weil es ja sozusagen eine andere Rolle, als Herr Klein sie eben beschrieben hat, weil, die sind ja genau nicht reingegangen in enge Lagen, wo man sich hätte zwischenstellen müssen und sagen, kann der eine einmal in die eine Richtung jetzt gehen und der andere in die andere Richtung oder ähnlich, sondern die waren ja lediglich als Ansprechpartner und Ansprechpartnerinnen weit außerhalb der Versammlungsräume oder dran, aber eben außerhalb...

Ich würde gern auf Herrn Grote nochmal eingehen wollen. Also das ist ja richtig, was Sie sagen, es ist ja auch manchmal zu kurz gekommen, aber immer auch Teil unserer Diskussion gewesen, diese Vielzahl von störungsfrei und friedlichen und eher unkompliziert ablau-

fenden Versammlungen. Aber es ist gleichzeitig ja auch so, dass Sie, Sie selber, also das, was die Polizei sozusagen als Fazit aus der Woche zieht, ist ja auch ein Sich-daran-Orientieren, was ist an gewalttätigen Auseinandersetzungen zu erleben gewesen und wie müssen wir uns als Polizei dazu neu aufstellen, so sagen Sie das ja. Da gibt es verschiedene Maßnahmen und das ist ja auch Teil unserer Diskussion. Deshalb würde ich sozusagen – ich habe das auch verstanden, dass Sie das durchaus mit bedenken –, aber würde ich es für notwendig halten, dass man schon auch auf die Frage, kann man auch mit Situationen, wo man möglichst vorahnen kann, dass es zu Auseinandersetzungen kommen könnte, und das haben wir bei Wellcome to Hell ja mehrfach besprochen, diese Frage, wieso ist die sozusagen in der Anmeldungsphase als – ja – könnt ihr machen, Route ist okay und Ort und Zeit passt uns, so behandelt worden und wäre da nicht ein Zeitpunkt gewesen, einfach mal darüber zu reden, was soll es denn genau werden und kann man sich auf was verständigen. Das muss jetzt nicht beantwortet werden. Aber das ist, finde ich, schon noch einmal so ein Punkt, wo man drauf zurückkommen muss, weil, wenn das Fazit ist, einerseits sagen wir, es sind zig Versammlungen völlig friedlich gewesen, aber sozusagen im Ergebnis dieser Ausschussarbeit und auch der Analyse der Polizei bleibt der Fokus schlicht auf der einen gewalttätig verlaufenden Demonstration und natürlich auf den Situationen, die Sie ..., wir an der Elbchaussee nicht vorhersehen konnten oder der Gemengelage im Schulterblatt, die an vielen Stellen ja immer noch sehr unklar ist. Da ist schon sicherlich eine weitere eigene Analyse notwendig.

Also, ich würde das richtig und sinnvoll finden, wenn man sozusagen diesen anderen Punkt auch nochmal mit weiter bewegt. Das kriegen wir heute Abend hier nicht fertig. Aber da würde ich dann doch nochmal konkret fragen, es ist vielleicht irgendwie immer die gleiche Frage, aber dass sich an einen Tisch setzen mit Strukturen, mit Gruppierungen, die Einfluss nehmen können auf mögliche gewalttätige Verläufe, verstehe ich jetzt schon mit in dem Ansatz, den Sie geschildert haben Herr Zurawski, oder?

Herr Dr. Nils Zurawski: Ja. Ich bin, glaube ich, auch Frau Schneider noch eine Antwort schuldig. Allerdings auch eine Million-Dollar-Frage, nämlich wie ändert man das ab. Eigentlich ist die Antwort total einfach: Nähe und Verstehen. Nähe und Verstehen baut diese Feindbilder ab und Feindbilder sind... oder Feindbilderstereotypen, diese Pluralisierung hat natürlich den Zweck, um so eine innere soziale Zusammenhalt, Integration bei allen Gruppen zu machen. Bei diesen sehr engen zusammenhängenden, auch kl(...) linken Gruppen ist das überlebenswichtig, einen äußeren Feind zu haben gerade. Weil, wenn sie zerbröseln funktioniert das nicht. Das kann man nicht nur an linken Gruppen, sondern an allen dieser Art von Gruppen sehr beobachten. Welchen Sinn und Zweck ... bei der Polizei hat es ... oder sagen wir, wenn wir die Polizei jetzt als die andere Organisation in diesem Gespräch hier sehen, dann wird das auch da einen Sinn und Zweck des Zusammenhaltes, des Aufeinanderangewiesen-Seins. So. Das kann man aufbrechen. Dazu ist Nähe und Verstehen der einfache Weg, also die einfache Antwort, nicht der einfache Weg. Wie das praktisch umzusetzen ist, ist nicht so mein..., also ist nicht so mein Ding. Ich berate gern, analysiere da gern mit, gebe Tipps und so weiter. Aber ich glaube, es sind andere Leute näher dran, Sie, Frau Möller, je nachdem, Sie an den Polizisten so, die das bewerkstelligen können. Der Weg ist irre lang. Also das ist nicht, machen wir mal nächste Woche einen kleinen Workshop und übernächste Woche fein, nein. Das ist lang. Ich glaube, es lohnt sich, es lohnt sich und es würde sich auch lohnen, wenn zwischendurch irgendwas passiert, was so aussieht, als würde es das torpedieren. Ja? Also selbst Zwischenfälle sollten das nicht aufhören, also sozusagen, nein, wenn ihr das macht, ist ... Ist quasi bedingungslos, solche Art von Gesprächen führen, um zu sehen, wo es hinkommt. So. Das ist die einfache Antwort auf eine irre schwere Aufgabe. Aber das ... Wir können jetzt auch noch die nächsten Wochen oder ich kann auch

Papiere schreiben lassen, wie es geht. Nützt alles nichts, wenn man damit nicht anfängt. Also von daher ...

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Also ich ... Ich habe ja viel, also ich habe großes Verständnis dafür und sehe das auch als einen Anspruch an uns, dass wir sagen, also haben wir quasi alles ausgeschöpft an Kommunikationsmöglichkeiten. Und ich verstehe auch sozusagen diesen Wunsch, kann man nicht selbst eine Wellcome-to-Hell-Demo irgendwie durch kluges Verhalten irgendwie zu einem anderen Verlauf bringen. Ich möchte nur ein bisschen davor warnen, dass wir uns etwas vornehmen, was wir nicht erreichen können. Denn selbst, wenn wir jetzt diese Gespräche führen, es ist ja gar nicht an unseren Gesprächspartnern, die wir hier überhaupt nur haben können in Hamburg, an denen lag es ja noch nicht einmal. Und wir werden ja nun schlecht irgendwie nach Italien fahren und mit der Autonomia Diffusa oder mit anderen hardcore gewalttätigen Gruppen verschiedener europäischer Länder Gespräche darüber führen, wie wir in Hamburg die Versammlungen oder so in Zukunft friedlich führen können. Das heißt, es bedarf schon auch einer internen Abgrenzung von diesen Gruppen, sonst werden wir das nicht hinbekommen. Und wir können uns mit dem allergrößten Teil der Beteiligten bestimmt über gut gewählte Kanäle da auch verständigen. Das gelingt ja auch fast immer. Das muss man ja auch mal sagen. Es ist ja nicht so, dass in Hamburg ständig die Versammlungen eskalieren und wir hier jeden Tag Straßenschlachten haben. Im Gegenteil. Es gelingt wirklich sehr viel. Nur, es gibt Dinge, die werden von denen, mit denen wir sprechen können ja nur, dann auch nicht mehr kontrolliert. Und das ist eine schwierige Situation. Es ist ja nicht so, dass wir hier zwei Sparringspartner haben, wo man sagt, so hier ist so die Polizei als Organisation, da sind so die linken Protestler und die müssen sich nochmal irgendwie, die müssen einmal Frieden schließen und ein bisschen abrüsten und dann geht das schon. Auf der einen Seite ist der Staat mit dem Gewaltmonopol und mit der Polizei, die Recht und Gesetz schützen muss, die natürlich auch die friedliche Versammlung schützen muss und die alles tun muss, um sozusagen einen sicheren und natürlich auch einen nicht eskalierenden Verlauf sicherzustellen und da auch alle, sage ich mal, Klugheit und alle Spielräume ausschöpfen muss. Und auf der anderen Seite haben wir im Kern - und das muss man glaube ich anerkennen - haben wir im Kern Menschen, die diese Verständigung nicht wollen und die auch den Staat gar nicht als legitimen Partner oder Gesprächspartner, Verhandlungspartner wollen, die auch das Ziel gar nicht teilen, dass es zu einem friedlichen Verlauf kommen soll. Und das macht es enorm schwierig. Also ich brauche einen Gesprächspartner, einen Ansprechpartner, um sowas hinzubekommen. Und das ist, sage ich mal, da steckt jetzt für uns alle dann vielleicht noch ein bisschen was drin, ob wir, ob uns da noch mehr einfällt als in der Vergangenheit. Und ich - ja - glaube auch, dass da an der einen oder anderen Stelle noch was geht. Nur dieser Kern, dieses Kernthema, dass wir über einen bestimmten Punkt nicht hinauskommen, wenn wir einen Gegenüber haben, was wir nicht erreichen können und dass auch von denen, die wir erreichen können, nicht gesteuert wird, dann endet diese Möglichkeit irgendwo.

Vorsitzender: Herr Dr. Zurawski.

Herr Dr. Nils Zurawski: Den Satz, den ich vergessen habe gerade in meinen Ausführungen, ist natürlich ... der Sinn und Zweck dieses Nähe und Verstehens ist natürlich die Gruppen zu isolieren... oder eine Stimmung zu schaffen, in der die Gruppen isoliert sind, von denen Sie gerade sprechen - hätte man vielleicht noch erwähnen sollen, habe ich nicht - damit es dann sozusagen den Ordnungskräften leichter fällt und auch leichter vermittelbar ist, eine klare Linie, nenne ich das jetzt einmal, aus der harten wird vielleicht eine klare Linie, das hat dann auch einen anderen (...), zu fahren. Wenn diese Gruppen isoliert sind durch eine andere Art

der Verständigung und eben nicht massenhafte Solidarisierungs..., also das zerbröckelt und dann wieder so eine Art von Solidarisierung, die Ihnen und der Polizei dann massive Schwierigkeiten bereitet, sondern Isolierung genau dieser Gruppen zu erreichen, die dann eben nicht erreicht werden können. Ich glaube, das könnte helfen. So.

Vorsitzender/Abg. Milan Pein: Ich bin dran auf der Liste, deswegen darf ich kurz etwas sagen dazu. Ich finde es sehr interessant, was Sie gesagt haben, aber widerspricht dann nicht ein wenig das, was vorhin Frau Dr. Steven gesagt hat und was ich mir notiert habe. Ich wollte es dann eigentlich nicht sagen, weil Sie ja nicht mehr da ist, aber sie sagte etwas, wenn ich es richtig verstanden habe, das Auftrennen der Demonstrationen und derjenigen, die dort also Protest gemacht haben, in diejenigen, die Gewalt ausgeübt haben und diejenigen, die friedlich gemacht haben, dass das auch irgendwie spaltend wäre. Und wenn Sie jetzt den Vorschlag haben, Nähe und - was hatten Sie gesagt? -

(Herr Dr. Nils Zurawski: Nähe und Verstehen!)

Nähe und Verstehen, soll dann eigentlich dazu führen, dass diese Gruppe diejenigen aussortiert, die eben nicht bereit sind, sich auf friedliches Protestieren zu einigen, dann ist doch genau das, was Frau Steven geschildert hat und was aber auch der Verfassungsschutz geschildert hat darüber, wie die linken Gruppen funktionieren, doch genau das Problem. Also, die erkennen, dass Nähe und Verstehen dazu führt, dass gewisse Leute ausgeschlossen werden und das ist dann ein Spaltungsprozess. Also das müssten wir doch noch irgendwie angreifen können, also dass wir da irgendwie weiterkommen, weil ansonsten ist genau ja dieser Ansatz, dass man sagt, wir wollen uns nicht von Gewalt distanzieren, weil das möglicherweise spaltet, ist ja ein Schutzmechanismus vor diesem Nähe und Verstehen. Oder sehe ich das falsch?

Herr Dr. Nils Zurawski: Nö. Ja. Wunder Punkt oder sozusagen ein schwacher Punkt da drin. Perfekte Welt kann man sich vorstellen, die Umsetzung ist immer allein so schwierig. Aber was wäre denn zum Beispiel in der Demonstration, wenn so was wie Gruppendruck, der ja auch in anderen Zusammenhängen durchaus funktioniert, eben dann diese Gruppen nicht nur nicht ausschließt, sondern integrativ isoliert. Keine Ahnung, mir fällt gerade nichts Besseres ein, aber zu sagen, ach ne Freunde heute ihr so nicht. Wir sind mehrheitlich ... wir haben keinen Bock darauf, wir wollen andere Rechte, die wir haben, nicht dadurch gefährden durch euer Benehmen, wäre der Traum. Weil Ausschluss führt natürlich vielleicht wieder zu einer anderen Art von Radikalisierung et cetera et cetera. Ich sage nicht, dass es leicht ist, ich sage nur, dass es möglich ist.

Vorsitzender: Ja, gut, das ist verstanden. Herr Dr. Enzmann hatte sich gemeldet.

Herr Dr. Dirk Enzmann: Ja, ich finde das einen spannenden Teil der Debatte jetzt gerade und ich glaube, dass ... Ich muss noch einmal auf die Frage zurückkommen, die ich vorher bekommen habe zu kurzfristigen oder unmittelbaren situationsbezogenen Präventionen und einer längerfristigen. Also erst einmal glaube ich, Ausgrenzung kann in einer bestimmten Situation richtig sein, das ist nicht immer schlecht. Das können wir hieraus doch lernen. Dass das langfristig natürlich auch bei Radikali... schon Radikalisierten noch extremere Radikalisierungsgefährdung beinhaltet, ist auch klar. Also wir haben auch gesehen, dass es in den Siebzigerjahren in Deutschland eine RAF gegeben hat und das hat auch etwas mit Ausgrenzungsprozessen zu tun. Nicht nur, aber auch. Und da war aber auch Abgrenzung nötig. Also das bedeutet, also wir müssen schon versuchen, da eine Unterscheidung zu treffen. Es ist nicht immer gut. Aber dass man nicht ausgrenzen will, ich glaube, das ist eine Illusion. Und das andere ist - ja, es ist auch noch gar nicht ... Es kam eben die Frage auf oder zwischen durch die Frage auf, ob denn jetzt sich bei den linksextremen Gruppierungen sich was geändert hat im Zuge von diesen Erfahrungen. Wir haben aber nicht gefragt, was sich möglicher-

weise bei denen geändert hat, die gar nicht zu diesen Linksextremen gehören, die aber zu der Gruppe der sich als links verstehenden Menschen gehören, die politisch interessiert sind. Es kann durchaus sein, das ist noch gar nicht ausgemacht, dass sich bei denen durchaus was geändert hat. Also das wissen wir nur nicht, aber ich würde das nur einmal noch zu bedenken geben und - ja - als ... Ja, okay.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Herr Gladiator.

Abg. Dennis Gladiator: In der Tat ein spannender Punkt, bei dem es ja auch nicht so ist, dass das nicht im Ansatz schon versucht wird. Also im Vorfeld von Wellcome to Hell hat man ja das getan, wo man gesagt hat, euch, die friedlich, die ihr friedlich demonstrieren, verstehen wir, passt bitte auf. Und wenn ich mich richtig erinnere, auch anhand der Videos und der Schilderungen hat man ja auch bei der Demo selbst versucht, denjenigen, die nicht verummumt waren, die also das Grundrecht wahrgenommen haben, auch das zu ermöglichen, indem man das genauso tun wollte. Inwieweit, und das wäre meine Frage an Frau Dr. Steven gewesen, auf die jetzt verzichte, man mit diesem harten Kern aber überhaupt in irgendeinen Gesprächskorridor kommt, wage ich arg zu bezweifeln. Ich glaube, da war Ihr Wort von eben, das ist ein Traum, sehr zutreffend.

Ich will die Gelegenheit aber kurz nutzen, mich bei Herrn Klein zu bedanken, weil Sie haben eine Perspektive hier heute reingebracht, die allgemein, glaube ich, viel zu wenig eine Rolle spielt, aber auch in dem, was wir hier im Ausschuss beraten, also der Mensch hinter der Uniform, dass Sie die Perspektive mitgegeben haben, fand ich sehr wichtig, auch für die Art und Weise, wie wir hier diskutieren. Dafür wollte ich vielen Dank sagen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Schneider.

Abg. Christiane Schneider: Eigentlich hatte ich ja nur Herrn Zurawski Gelegenheit geben wollen, noch die Frage zu beantworten, als ich mich gemeldet habe. Das war der Zeitpunkt. Jetzt will ich nur sagen, Herr Grote, keiner hat gesagt, dass es leicht ist. Das ist das Problem. Also – aber wenn man nicht anfängt, dann wird es immer schwerer, dann wird es echt immer schwerer. Ich weiß ja auch, dass Sie zum Beispiel dem LKA 702 den Kontakt mit mir verboten haben. Das glaube ich nicht, dass es eine gute ...

(Zuruf Senator Andy Grote)

– Doch, das geht aus den ...

Senator Andy Grote: Ich habe niemandem den Kontakt mit Ihnen verboten.

Abg. Christiane Schneider: Dann war es P1.

Senator Andy Grote: Das weise ich hier einmal ganz deutlich zurück.

Abg. Christiane Schneider: Also – dann war es P1. Weil in dem Ordner von dem Unterausschuss, Unterausschuss KPM steht drin, dass ... Es hatte sich ein zufälliger Kontakt ergeben. Wir hatten darüber gesprochen, dass es notwendig ist, dass man den Gesprächsfaden herstellt. Allein schon unter der Maßgabe, dass es ja wirklich Schweres passieren kann und man braucht den Draht. Und das steht in diesem Ordner drin, dass P1 ... und ich weiß aus anderem Zusammenhang, wenn steht, Vorbereitung von P1 für Innenausschuss, dann weiß ich, dass da ein Kontaktverbot mit mir ausgesprochen worden ist. Und das kann nicht der Weg sein.

Senator Andy Grote: Also, ich dachte, wir hätten gerade irgendwie ein anderes Diskussionsniveau eingeschlagen, aber wenn Sie diesen, das jetzt thematisieren wollen, dann kann Herr Hieber was dazu sagen. Aber – also, es gibt kein, also ich kenne kein Kontaktverbot mit Ihnen.

Vorsitzender: Der Rest des Ausschusses ...

Senator Andy Grote: Herr Hieber.

Vorsitzender: ... weiß überhaupt nicht, worum es geht und was ansatzweise (...).

Senator Andy Grote: Ja, eigentlich hatten wir gerade, dachte ich, wir seien irgendwie auf ...

Vorsitzender: Wenn das hier diskutiert wird, muss auch der Kontext einmal erläutert werden.

Senator Andy Grote: ... irgendwie so auf ... im Bereich Lösungssuchung unterwegs, aber ... Herr Hieber.

Herr Jan Hieber: Ich muss jetzt versuchen zu schauen, ob ich da richtig sortiert bin. Sie hatten ja einmal etwas aus den Unterlagen herausgesucht. Das war eine E-Mail aus dem EA KPM, den hatten Sie gerade erwähnt. Dort war unter anderem auch das LKA 702 tätig mit dem Auftrag der Prävention. Das habe ich dort sozusagen installiert. Und jetzt bin ich mir nicht ganz sicher, wie Sie auf den Innensenator an der Stelle kommen. Wir hatten hier an dieser Stelle im Ausschuss schonmal diskutiert – ich hoffe, dass bei dem einen oder anderen jetzt vielleicht die Erinnerung wiederkommt –, dass es in der Tat so war, dass das LKA 702 die Frage gestellt hat, ob Sie bei der Versammlungsbehörde bei den Gesprächen mit dabei sein können. Wenn das Ihr Thema ist, haben wir das schon einmal besprochen. Ich kann es gern wiederholen, aber Sie scheinen anderen ... Okay, dann ziehe ich zurück.

Vorsitzender: Frau Schneider.

Abg. Christiane Schneider: In demselben Ordner bin ich auf Folgendes gestoßen und ich habe mir eine Schlussfolgerung dazu gezogen, und die Schlussfolgerung ist, dass P1 Sie sind. Die Schlussfolgerung habe ich gezogen, weil ...

(Zuruf)

– Ja. Die Schlussfolgerung habe ich gezogen ... Ja, lassen Sie mich ...

Senator Andy Grote: Ich bin nicht P1.

Abg. Christiane Schneider: Okay. Dann nehme ich das zurück, dass Sie es sind. Aber ich habe die Schlussfolgerung deshalb daraus gezogen, weil es in dem ...

(Zuruf)

– Darf ich jetzt zu Ende machen?

Senator Andy Grote: Ich bin S.

(Zurufe)

Abg. Christiane Schneider: Ich habe die Schlussfolgerung daraus gezogen, dass in dem anderen Ordner stand, Vorbereitung für P1 Innenausschuss. Daraus habe ich das geschlussfolgert, dass Sie P1 sind. Dann sind Sie nicht P1, dann sind Sie nicht derjenige, aber es steht in diesem Ordner, dass P1 ... Es hatte sich zwischen mir und dem LKA 702 ein zufälliger Gesprächskontakt ergeben, und die Vorstellung... und die Idee, dass es sinnvoll wäre, noch vor dem Gipfel vielleicht zu einer Gesprächsrunde zwischen der Seite Protest und zwischen der Seite Polizei zu kommen. Und dann steht in diesem Ordner, dass P1 angeordnet hat, dass P...

Vorsitzender: Herr Jarchow meldet sich zur Geschäftsordnung.

Abg. Christiane Schneider: Ich will das aber eben noch zu Ende sagen.

Vorsitzender: Ja, aber was glauben Sie, warum er sich zur Geschäftsordnung meldet? Weil es genau darum geht,...

Abg. Carl-Edgar Jarchow: Ihr könnt das ja auch gern zu Ende bringen.

Vorsitzender: ... weil er möchte, dass ich dort eingreife.

Abg. Christiane Schneider: Wir reden ...

Abg. Carl-Edgar Jarchow: Ihr könnt das ja gern zu Ende bringen, nur, wir möchten nicht unbedingt dabei sein. Das ist eigentlich ein bilaterales Problem.

Abg. Christiane Schneider: Entschuldigung, es geht – mache ich die Gegenrede – um das Problem, dass es schwer ist, Gespräche anzuknüpfen, und es geht um das Problem, dass es die Gelegenheit vielleicht schon gegeben hätte vorher, und das habe ich jetzt sozusagen eingeführt. Und wir reden hier – entschuldige 'mal – wir reden hier über das, was wir auch aus den Akten wissen, und ich muss es ja, wenn ich will, auch vortragen können. Das ist ja ein bisschen schwierig, wenn wir über die Problematik, wie sind Kontakte herzustellen zwischen Polizei, zwischen Behörde und zwischen, sagen wir einmal, der Seite des Protestes oder mit Teilen der Seite des Protestes, dann muss man das hier sagen können. Und ich wollte sagen, es ist nicht leicht. Das war eigentlich das, was ich sagen wollte. Weil, es gibt sozusagen Vorurteile und Urteile und Bilder auf allen Seiten. Und deshalb muss das überwunden werden und deswegen will ich nur sagen, dann muss man auch dafür eine Offenheit schaffen, weil die ist nicht vorhanden.

Vorsitzender: Gut, dann ist das damit jetzt gesagt worden von Ihnen. Ja.

Herr Senator, muss da ... Wollen Sie was darauf erwidern? Bitte.

Senator Andy Grote: Ich weiß nicht, ist wahrscheinlich die Erwartung, dass wir was dazu sagen. Ich will nur sagen, ich ... also ich würde mal sagen, wir klären das ... geben mal diese Stelle nochmal genau an und das genaue Zitat und dann vollziehen wir das nach und dann kriegen Sie auch eine Rückmeldung dazu.

Vorsitzender: So, und wer ist P1? Herr Meyer. Also, das ist ja nicht geheim.

So, dann sind wir mit dem Tagesordnungspunkt durch. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen dazu.

Dann bedanke ich mich bei den Experten, dass sie gekommen sind und so lange ausgehalten habe. Und kann Ihnen nur sagen, dass uns das wirklich weitergeholfen hat, was sie gesagt haben, auch wenn sicherlich nicht alle Abgeordneten mit allem, was Sie gesagt haben, übereinstimmen. Aber das ist auch gar nicht zu erwarten. Und dann würden wir mit dem... Dann danke ich Ihnen. Sie können natürlich weiter hierbleiben, Sie können aber auch jetzt gehen.

Zu TOP 1b

Vorsitzender: Wir haben noch einen klitzekleinen Tagesordnungspunkt und den möchte ich jetzt auch gern befassen. Ich bin auch optimistisch, dass wir das können, auch wenn es natürlich kein unwichtiges Thema ist, aber da wir das sehr umfangreich bei vielen Gelegenheiten auch besprochen haben, halte ich das für möglich, und das ist nämlich der Ermittlungsstand des Dezernats Interne Ermittlungen. Es gibt dazu ja umfangreiche Materialien in der Parlamentsdokumentation, die uns vorliegen, die glaube ich so Stand Mitte Mai waren, eine

Parlamentarische Große Anfrage dazu. Aber der Senat sollte uns einmal kurz den aktuellen Stand geben hierzu. Bitte.

Senator Andy Grote: Ja, vielen Dank. Dann würde ich Herrn Krüger bitten, einmal den aktuellen Ermittlungsstand des Dezernats Interne Ermittlungen darzustellen.

Herr Georg Krüger: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete! Ich verzichte auf einige Ausführungen, wie wir an dieses Thema herangegangen sind, ich möchte nur zwei Dinge vorwegstellen. Zum einen ist der Auftrag des Dezernats Interne Ermittlungen deutlich erweitert worden nach den Ereignissen rund um den G20-Einsatz. Es gab eine Vielzahl von Strafanzeigen, auch schon zum damaligen Zeitpunkt, öffentliche Kritik, und deswegen hat die Leitung der Behörde für Inneres und Sport das D.I.E. beauftragt, neben den strafrechtlichen Ermittlungen auch eigeninitiativ öffentliche Kritik am Verhalten von Bediensteten zu prüfen, insbesondere auch, wenn es noch nicht die strafbare Schwelle erreicht hatte.

Wir haben dazu eine Sonderkommission eingerichtet, die mir direkt unterstellt ist. Ich möchte auf einen Punkt an der Stelle hinweisen, weil das hat sich auch für die Arbeit der Sonderkommission durchaus positiv ausgewirkt: wir haben aus dem Bereich der allgemeinen Verwaltung Bedienstete mit gehabt in dieser oder haben sie auch in Teilen noch in der Sonderkommission und eine externe Juristin, die uns geholfen haben bei der Sichtung, aber auch bei der Prüfung öffentlicher Kritik außerhalb der Ermittlungsverfahren.

Wir haben im Wesentlichen dann – ich kürze das jetzt sehr ein – aus einer Vielzahl von Rechercheergebnissen im Internet, von Printmedien, von Beschwerden, kritischen Schreiben, aber auch von Strafanzeigen einen Fundus gehabt von ungefähr 400 Erkenntnisquellen, haben wir das genannt, die wir wie folgt sortiert haben. Wir haben zunächst einmal inhaltsgleiche Sachverhalte zusammengeführt, haben dann geschaut, ob es schon Ermittlungsverfahren gibt, die mit diesen Inhalten korrespondieren, und sofern das der Fall war, haben wir das entsprechend zugeordnet. Sofern nicht, haben wir geprüft jeweils, gibt es einen Anfangsverdacht für eine Straftat. Wenn das so war, haben wir zu diesem Zeitpunkt von uns aus von Amts wegen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, war das nicht der Fall, haben wir in der Mehrzahl der Fälle sogenannte Prüfsachverhalte aufgelegt. Ich erwähne das, damit Sie in der Folge mit diesen Begriffen vielleicht dann meine Ausführungen nachvollziehen können.

Stand heute umfasst die Arbeit der Sonderkommission 164 der eben erwähnten Prüfsachverhalte, von denen wir zwischenzeitlich rund 65 Prozent geprüft haben, und wir sind in 152 Ermittlungsverfahren tätig, bei denen in rund 44 Prozent die Ermittlungen derzeit abgeschlossen sind. Zu den Prüfsachverhalten würde ich Ihnen gerne einige vorläufige zusammenfassende Feststellungen darstellen.

Zum einen umfasste die Untersuchung dieser Prüfsachverhalte alle verfügbaren polizeilichen Informationen und Unterlagen und standardmäßig die Auswertung des Video- und Bildmaterials. An dieser Stelle möchte ich nochmal darauf hinweisen, wir haben einen vollständigen und autarken Zugriff gehabt, und haben ihn nach wie vor, auf das Videomaterial der Polizei, das von Dritten auch eingereicht wurde, auch auf das Material greifen wir zu, sodass wir dort wirklich eine umfassende Auswertung für den jeweiligen Sachverhalt betreiben konnten.

Wir haben je nach Sachlage und im Einzelfall Personen auf freiwilliger Basis angesprochen, weil wir mit den Prüfsachverhalten halt unterhalb der strafbaren Schwelle sind, dabei handelte es sich weit überwiegend um Personen in Redaktionen, Journalisten und Betreiber von Internetseiten. Häufiger wurden diese Anfragen des D.I.E. an die Urheber von Informationen weitergeleitet, eine Antwort erfolgte selten.

Von den 164 Prüfsachverhalten werden gegenwärtig noch 55 geprüft, also wir sind da nach wie vor dabei. Für 39 Prüfsachverhalte ergab die Prüfung dann einen Anfangsverdacht einer Straftat und das Dezernat Interne Ermittlungen hat zu diesem Zeitpunkt dann 39 Ermittlungsverfahren eingeleitet, weit überwiegend wegen Körperverletzung im Amt.

Bei weiteren 70 Prüfsachverhalten ist die Prüfung abgeschlossen, wobei sich bei diesen Fällen kein Anfangsverdacht für eine Straftat ergab. Die Kritik in diesen Fällen bezog sich weit überwiegend auf Zwangsmittelersätze, dahinter war die häufigste kritisierte Situation eine freiheitsentziehende Maßnahme, da steckt ganz viel auch Kritik im Rahmen der Gefangensammelstelle drin.

Für die 70 Sachverhalte haben wir dann die einzelnen Kritikpunkte bewertet, in der Summe sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass bei 22 Prozent der Kritikpunkte zumindest die Kritik teilberechtigt war, bei 39 Prozent war die Kritik unberechtigt nach unseren Feststellungen und bei weiteren 39 Prozent der Kritikpunkte konnte die Kritik nicht aufgelöst werden, obwohl wir alle verfügbaren Möglichkeiten ausgeschöpft haben und, das möchte ich an dieser Stelle auch erwähnen, weil es auch gleich noch bei den Ermittlungsverfahren eine gewisse Bedeutung hat, wir sind teilweise eben auch auf eine Situation gestoßen, dass eben die polizeiliche Dokumentation nicht ausreichte oder gar fehlte.

Für die Ermittlungsverfahren möchte ich Ihnen gern folgende Informationen geben. Von den 152 Ermittlungsverfahren stammen nur 30 Prozent letztendlich von Geschädigten selbst. Das ist insofern eine völlig atypische Rahmenbedingung, genauso wie ein sehr hoher Anteil von nicht beschuldigten Polizeibediensteten, ich nenne da später auch noch Zahlen.

Das ist allerdings eine Situation, die sich durchaus bedingt, denn wir haben gerade an die Geschädigten in Ermittlungsverfahren viele Fragen und insofern haben sie eine besondere Bedeutung für die Ermittlungen. Bleiben sie unbekannt oder fehlen ihre Angaben zum Tathergang beziehungsweise zum Beschuldigten, fehlt eine elementare Informationsquelle im Ermittlungsverfahren.

Vielleicht zwei, drei statistische Informationen nochmal, die dieses ... die diese Situation verdeutlichen. Wir haben gegenwärtig als Dezernat Interne Ermittlungen 186 Geschädigte, die nach wie vor ... insgesamt erfasst, und davon sind 37 Prozent nach wie vor unbekannt. Das heißt also, wir haben mit mehr als einem Drittel der betroffenen Personen bis heute nicht sprechen können und auch nicht sozusagen die Angaben zum Sachverhalt eben beiziehen können.

Von den bisher bekannten Geschädigten reagieren immerhin 26 Prozent nicht auf Kontaktaufnahme oder Anschreiben des Dezernats Interne Ermittlungen, und von denen, die reagieren, lassen sich Geschädigte teilweise durch Rechtsanwälte vertreten, das ist natürlich in keinsten Weise kritisch zu sehen oder zu kommentieren, aber sie machen eben auch entsprechend dann häufig keine Angaben zur Sache.

Sogar von Geschädigten selbst, die eine Strafanzeige erstattet haben, reagieren 35 Prozent nicht auf eine Kontaktaufnahme, sodass es uns nicht möglich war, den Sachverhalt weiter aufzuklären beziehungsweise Angaben und Hinweise auf beschuldigte Polizeibedienstete zu erlangen.

Bei Geschädigten, deren Identität wir ermittelt haben oder die auf anderem Wege uns bekannt wurden, die aber nicht selber angezeigt haben, liegt der Anteil mit 54 Prozent sogar noch höher. Man muss feststellen, dass generell das Mitwirkungsinteresse an der Sachaufklärung dieser Gruppe von Geschädigten noch deutlicher eingeschränkt ist. Es gab aber auch, das möchte ich auch erwähnen, durchaus einzelne positive Ausnahmen, teilweise waren Geschädigte, die wir sozusagen selber ermittelt haben, zunächst überrascht, in Einzelfäl-

len haben sie sich dann aber auch tatsächlich gefreut, dass es jetzt zu ihrem Fall Ermittlungen gibt.

Korrespondierend zu der Situation, dass wir eben mit vielen Geschädigten nicht über die Sachlage haben sprechen können, ist dann eine Auswertung von uns letztendlich zu einer korrespondierenden Erkenntnis gekommen. Die Sonderkommission hat ausgewertet 93 Fälle, die zu Ermittlungen bisher unbekannt gebliebener Beschuldigter geführt wurden und in der Hälfte dieser Fälle haben die Ermittler den Grund benannt, dass die Geschädigten entweder nicht verfügbar waren oder eben die Angaben der Geschädigten zu Personenbeschreibung oder zum Sachverhalt nicht vorlagen.

Ein weiterer Grund, der dann benannt wurde, warum in diesen 93 Fällen bisher kein Beschuldigter ermittelt werden konnte, lag darin, dass - und das Thema hatte ich eben schon erwähnt - kein polizeilicher Bericht vorlag beziehungsweise die Informationen aus den polizeilichen Berichten nicht ausreichten, um den Sachverhalt weiter aufzuklären oder aber Ermittlungen in Richtung eines beschuldigten Polizeibediensteten zu führen.

In 9 Prozent dieser Fälle waren Videosequenzen nicht ausreichend auswertbar. Und dann haben wir 17 Prozent andere Gründe, das lag dann teilweise daran, dass taktische Kennzeichen abgelesen wurden, die aber dann letztendlich auch teilweise nicht richtig abgelesen wurden. In einem Fall haben wir die Situation gehabt, dass eine individuelle Kennzeichnung eines Polizeibediensteten abgelesen worden war, aber aufgrund der abgelaufenen Speicherdauer die Identität des Bediensteten nicht mehr zugeordnet werden konnte.

Aktuell führt das Dezernat Interne Ermittlungen 218 Beschuldigte, von denen 122 unbekannt sind, das sind 56 Prozent, 96 Beschuldigte sind bekannt. Von den 96 Beschuldigten hat das Dezernat Interne Ermittlungen 62 selbst ermittelt. Es gab einzelne Fälle, bei denen eine individuelle Kennzeichnung hilfreich war, es waren wirklich Einzelfälle nur. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass von keinem Geschädigten eine individuelle Kennung angegeben wurde. Inwieweit das bei weiteren Fällen – unsere Ermittlungen sind ja, wie gesagt, noch nicht abgeschlossen – hilfreich sein wird, werden die weiteren Ermittlungen zeigen müssen. Das Dezernat Interne Ermittlungen wird dazu auch eine gesonderte Auswertung vornehmen.

Von den Ermittlungsverfahren, bei denen wir einen bekannten Beschuldigten zuordnen konnten von der Herkunft der Einheit beziehungsweise des Bundeslandes erstmal, konnten wir eine Auswertung machen und zu dem Ergebnis kommen, dass 85 Prozent der Ermittlungsverfahren Einsatzkräfte betreffen, die in den beiden Einsatzabschnitten Eingreifkräfte und Gegenveranstaltungen eingesetzt waren, also in den Einsatzabschnitten, in denen sich die meisten Einsatzanlässe mit hoher Gewaltbereitschaft und polizeilichem Zwangsmittel Einsatz zugetragen haben.

Bei 67, und das ist dann meine letzte Information, die ich Ihnen gern einführend geben möchte, bei 67 der 152 Ermittlungsverfahren sind die Ermittlungen abgeschlossen und eine Verfahrensentscheidung der Staatsanwaltschaft liegt vor. Bei 37 Ermittlungsverfahren ermittelt das D.I.E. aktuell und bei 52 Ermittlungsverfahren bewertet die Staatsanwaltschaft gerade den Ermittlungsstand. Dort werden dann natürlich auch nach entsprechender Bewertung der Staatsanwaltschaft die Ermittlungen dann fortgeführt, es sei denn, es wird eine Verfahrensentscheidung getroffen mit Anklage oder Einstellung.

Das vielleicht einige wenige Informationen zum Eingang.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank.

Senator Andy Grote: Jetzt würde sich vielleicht anbieten, die Staatsanwaltschaft direkt für ihren Teil der Ermittlungen anschließen zu lassen.

Vorsitzender: Aber ansonsten Zahlen und Statistiken kriegen wir auch gern schriftlich.

Senator Andy Grote: Das kann man, wenn es gut gelaufen ist, im Wortprotokoll nachlesen, aber ...

Vorsitzender: Wir machen jetzt erst einmal die Staatsanwaltschaft. Bitte.

Herr Dr. Jörg Fröhlich: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordnete! Das meiste ist schon gesagt. Die Staatsanwaltschaft kann dazu beitragen, dass auch nach neuerer Auswertung, die sich auf den 1. Juli 2018 bezieht, von den insgesamt 138 bei uns registrierten Verfahren bislang 67, wie auch gerade erwähnt, abgeschlossen sind. Sämtliche dieser Verfahren sind abgeschlossen worden nach Paragraph 170 Absatz 2 der Strafprozessordnung, mangels hinreichenden Tatverdachts erfolgte eine Verfahrenseinstellung.

Die mir in diesem Zusammenhang bekannten Gründe sind teilweise auch Gegenstand der Antwort auf die Große Parlamentarische Anfrage gewesen. Einige Punkte dazu. Es waren in wenigen Fällen Pauschalanzeigen mit allgemeinen Vorwürfen in Richtung Polizeiführung, in Richtung von Einsatztaktik. Gerügt wurde zum Beispiel der Einsatz von Pfefferspray. Es waren zahlreiche Geschehen dabei, die bei einer juristischen Würdigung keinem Straftatbestand unterfielen, und es waren auch deutlich mehr als zehn Verfahren jedenfalls dabei, wo erkennbar war, dass die Polizeibeamten rechtswidrig gehandelt haben, was allerdings für die Staatsanwaltschaft kein Kriterium ist. Für uns ist entscheidend, ob ein rechtswidriges Verhalten beweisbar ist. Das ist mir ein sehr wichtiger Punkt, weil ich oft in Statistiken gelesen habe, wir hätten lediglich in ganz wenigen Fällen die Rechtmäßigkeit herausarbeiten können polizeilichen Handelns. Das ist kein Kriterium, auf das es ankommt bei einer staatsanwaltschaftlichen Würdigung. Wir brechen unsere Ermittlungen dann ab, wenn Ersteres, also die Rechtswidrigkeit von polizeilichem Handeln nicht erweisbar ist.

Ein sehr großer Anteil der Einstellungen basierte darauf, dass Sachverhalte und Ereignisse sich nicht zuordnen ließen. Es gab teilweise sehr einseitige und abstrakte singuläre Behauptungen, zu denen auch keine weiteren Zeugenaussagen vorhanden waren. Ebenso wenig existierten Einsatzberichte, Bildmaterial und ein insgesamt nachvollziehbarer Geschehensverlauf. Mitunter hatte sich auch kein Geschädigter zu einem behaupteten Sachverhalt gemeldet. Dazu kamen eben die Verfahren, die, wie schon erwähnt, auch bei grober Prüfung kein rechtswidriges Verhalten von Polizeibeamten offenbarten.

In vorläufig 38 Verfahren ergab sich eine Situation, wo zusätzlich zu dem, was ich gerade gesagt habe, auch die Identität der beschuldigten Polizeibeamten sich nicht ermitteln ließ. Es wurde aber auch letztendlich gar nicht versucht, dieser Identitätsfrage näher nachzugehen, weil die Einstellung sich auch schon aus anderen staatsanwaltschaftlich-juristischen Gründen aufdrängte.

Übrig blieben elf Fälle, so auch das, was Sie in der Antwort auf die Große Anfrage nachlesen können, elf Fälle, bei denen durchaus weitere Ermittlungsansätze bestanden hätten, denen wir auch gern nachgegangen wären, allerdings war es hier aufgrund der Ihnen ja bekannten Sachverhalte nicht möglich, die beschuldigten Polizeibeamten näher zu ermitteln. Was nicht bedeutet, dass in diesen elf Fällen eine Anklage durch eine fehlende Identifizierung verhindert wurde, sondern lediglich der Umstand, dass wir den Sachverhalt weiter hätten aufklären und unsere Abschlussentscheidung möglicherweise auf eine breitere Tatsachengrundlage hätten stellen können.

Die wesentliche Kritik, die den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen entgegengebracht wird, ist zum einen diejenige, warum so wenige Verfahren überhaupt. Ich denke, dazu wurden bereits gerade entsprechende Ausführungen gemacht. Die zentrale Frage natürlich auch, warum bislang nur Einstellungen. Dazu möchte ich sagen, dass es sich um einen Zwischen-

stand handelt, dass darüber hinaus nach dem, was mir bekannt ist aus den Ermittlungen, jedenfalls kein Grund besteht, diese Abschlussentscheidungen zu beanstanden.

Ich möchte insbesondere darauf hinweisen, dass wir in Zusammenarbeit mit D.I.E. einen sehr hohen Qualitätsstandard haben und verfolgen, der die Abarbeitung dieser Verfahren zugrundeliegt. Das fängt damit an, dass wir sämtliche Sachverhalte jeweils durchsprechen, würdigen, dass diese Würdigung und auch die Erörterung von Zweifelsfragen zahlreiche Beteiligte mit einschließt. Bei der Staatsanwaltschaft ist für diese Arbeit eine Spezialabteilung zuständig, die auch sonst für Verdachtsermittlungen gegen Polizeibeamte tätig wird, entsprechend geschult ist, Netzwerke hat und darüber hinaus es versteht, die notwendige Distanz zu den Beschuldigten zu wahren.

Wir haben Sachverhalte und Zweifelsverfahren fortwährend intern erörtert, die Entscheidungen selber unterliegen der staatsanwaltschaftlichen Dienstaufsicht durch Abteilungs-, Hauptabteilungs- und Behördenleitung. Und, wenn ich das auch noch sagen darf, sämtliche eingestellten Verfahren wurden im Grunde genommen deswegen schon mehrfach geprüft, weil es ja etliche Parlamentarische Anfragen, Berichtsanforderungen und Medienanfragen gab, so dass viele abgeschlossene Vorgänge von unterschiedlichen Personen mehrfach durchgesehen und aufbereitet wurden.

Bei alledem haben sich jedenfalls keine klaren Beanstandungen ergeben. Wir haben darüber hinaus in drei Fällen eine Prüfung vonseiten der Generalstaatsanwaltschaft vorgenommen, die darauf beruhte, dass Anzeigende und Geschädigte sich gegen den Einstellungsbescheid der Staatsanwaltschaft beschwerten. Das ist eine sehr verschwindend geringe Anzahl, wenn man bedenkt, dass in zumindest zweistelligem Bereich, 20, 25 Fällen ungefähr, Einstellungsbescheide an Anzeigende und Geschädigte, ich betone den Unterschied, weil es auch viele Anzeigende gab, die letztendlich Vorfälle angezeigt haben, an denen sie gar nicht beteiligt waren. Nur drei davon haben von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die Einstellung noch einmal von der Generalstaatsanwaltschaft überprüfen zu lassen. In allen drei Verfahren kamen wir zu dem Ergebnis, dass die Beschwerden unbegründet waren und dass die Abschlussentscheidung der Staatsanwaltschaft keinen Grund zur Beanstandung gab.

Klageerzwingungsanträge zum Oberlandesgericht sind bislang nicht bestellt worden, von Dienstaufsichtsbeschwerden, persönlichen Dienstaufsichtsbeschwerden gegenüber den zuständigen Dezernenten ist mir bislang nichts bekannt. Das mag aber auch sein, dass solche Verfahren noch bei der Staatsanwaltschaft bearbeitet werden.

Insgesamt bleibt aus meiner Sicht das Fazit, dass wir bei diesem Qualitätsstandardergebnis nicht nur leben können, ... 67 Verfahrenseinstellungen bislang, dass es darüber hinaus sogar keinen Grund gibt, an der Wichtigkeit und der juristisch zumindest Vertretbarkeit dieser Einstellung zu zweifeln. Da es gleichwohl fortwährend Anfragen zu diesen Verfahren gibt, da auch teilweise gerügt wird, dass aufgrund der nur drei vorliegenden Beschwerden die Generalstaatsanwaltschaft bisher keine Gelegenheit hatte, zusätzlich zu dem sehr engmaschigen Qualitätsmanagement noch eine weitere Prüfung vorzunehmen, habe ich mich mit dem Leiter der Staatsanwaltschaft dahingehend abgestimmt, dass wir eigeninitiativ unser sehr hohes Qualitätsmanagement noch verbessern wollen und nunmehr sämtliche eingestellten Verfahren von der Staatsanwaltschaft – und das betrifft die jetzt bereits in der Statistik aufkommenden Verfahren und alle künftigen Verfahren, die eingestellt werden, noch einmal von der Generalstaatsanwaltschaft prüfen zu lassen als Zeichen eines erweiterten internen Qualitätsmanagements.

Prüfungsmaßstab dieser weiteren Prüfung auf Ebene der Generalstaatsanwaltschaft wird, wie auch in den sogenannten ZS-Beschwerden, sein, ob die Einstellung nach Aktenlage sachgerecht vorgenommen wurde und ob es unter Anlegung eines besonders strengen

Maßstabs vielleicht doch noch in einzelnen Verfahren erfolgversprechende weitere Ermittlungsansätze gibt, denen wir nachgehen wollen. Mit der Prüfung haben wir in der vergangenen Woche begonnen, über das Ergebnis werden wir zu gegebener Zeit und an gegebenem Ort informieren.

Vorsitzender: Vielen Dank. Ich habe dazu direkt eine Nachfrage. Sie haben eben von einem besonders strengen Maßstab gesprochen. Mir ist das ja als Jurist klar, wo Ihre Grenzen dort liegen, aber vielleicht können Sie das dem Ausschuss noch einmal erläutern, wo da... inwieweit überhaupt es möglich ist, dass die Generalstaatsanwaltschaft bei einer Überprüfung Grenzen anders anlegt, als das der Sachbearbeiter vorher schon getan hat.

Herr Dr. Jörg Fröhlich: Sowohl bei der Bewertung eines Anfangsverdachts als auch bei der Frage, ob es noch taugliche und erfolgversprechende weitere Ermittlungsansätze gibt, steht der Staatsanwaltschaft natürlich eine gewisse Bewertung zu. Was die Prüfung des Anfangsverdachts anbelangt, haben wir mit D.I.E. vereinbart, dass wir versuchen wollen, auch niederschwellig strafbar relevante Sachverhalte in die Prüfung mit einzubeziehen, das war also auch die Vorgabe der Staatsanwaltschaft, dass wir hier eher großzügig verfahren und lieber mehr prüfen als weniger.

Was jetzt die Überprüfung der Einstellungen anbelangt, ist meine Erfahrung, dass es vielleicht in dem einen oder anderen Verfahren... dass sich jetzt unabhängig von dem Komplex, über den wir gerade jetzt sprechen, doch noch Ermittlungsansätze gibt, über die sich streiten lässt. Es ist allerdings unser Ziel, nunmehr den Maßstab so zu verengen, dass wir auch jeden vielleicht nur entfernt erfolgversprechenden Ermittlungsansatz noch weitergeben wollen. Das bedeutet auch, dass wir vielleicht versuchen wollen Geschädigte, Anzeigeerstanter oder Dritte, die sich bisher bei der Polizei oder bei DIE nicht gemeldet haben, zu einer staatsanwaltschaftlichen Vernehmung zu laden, um die Möglichkeit zu geben, vielleicht etwas distanziert zu der polizeilichen Sachbearbeitung Aussagen zu machen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Möller.

Abg. Christiane Möller: Ja, also vielen Dank erstmal. Wenn ich Sachen frage, die Sie schon gesagt haben, dann liegt es an ein bisschen mangelnder Konzentrationsfähigkeit vielleicht, aber ich würde gern nochmal zu dem Verfahren kommen. Also ich habe das beim letzten Mal schon Herrn Hieber eine ähnliche Frage gestellt, die Zusammenarbeit und die Zugriffsmöglichkeiten auf das Material, mit dem die Soko arbeitet. Wenn ich es richtig verstanden habe, haben Sie gesagt, Sie haben Ihren eigenen Zugang zu polizeilichen Unterlagen, zu polizeilichen Protokollen. Ist das jetzt ein eigener, aber trotzdem identisch in Umfang und Größenordnung mit dem Material, auf das die Soko zugreifen darf oder kann? Das ist meine erste Frage.

Dann würde ich noch gern wissen wollen, spielt eigentlich der G20-Nachbereitungsstab zum Beispiel bei Übermittlung von Beweismaterial auch in irgendeiner Form eine Rolle oder ist es wirklich dieses, dass mit dem Material, mit dem die Soko arbeitet, und weiteres möglicherweise darüber hinaus... steht Ihnen auch... also haben Sie den Zugriff darauf, ohne... sagen wir einmal, unbürokratisch? Können Sie direkt entscheiden, worauf Sie zugreifen wollen? Und gibt es da Absprachen oder gibt es da tatsächlich irgendwie ausführliche Regelungen? Waren die notwendig oder muss man da irgendwo Absprachen treffen?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Vielleicht noch einleitend ganz grundsätzlich, also das D.I.E. ist ja nicht irgendeine Behörde oder Instanz, sondern ist als Dezernat Interne Ermittlungen mit allen Kompetenzen einer Ermittlungsbehörde ausgestattet, und zwar auch autark und kann

davon auch sozusagen jederzeit eigenständig autonom Gebrauch machen. Aber zu den genauen Mechanismen nochmal Herr Krüger.

Herr Georg Krüger: Ja, zur Frage des Videomaterials, wir haben vollständigen Zugriff auf das gesamte Video- und Bildmaterial, das innerhalb der Polizei Hamburg verfügbar ist zum G20-Einsatz. Das liegt mittlerweile auf einem separaten Server, auf die Bildauswertungen, auf die Sichtungsergebnisse, die wir ja dann dokumentieren, kann wiederum die Polizei Hamburg nicht zugreifen. Das liegt auf einem gesicherten Server, auf den nur die Mitarbeiter des Dezernats Interne Ermittlungen, also beziehungsweise der Sonderkommission, also da können auch nicht alle Mitarbeiter des D.I.E. drauf zugreifen, aber die Mitarbeiter der Sonderkommission haben da vollständigen Zugriff drauf. Das ist gleichzeitig revisionssicher und wir speichern dort natürlich dann auch die Bilder ab, die uns auf anderem Wege erreicht haben, die es vielleicht auch in der Polizei gibt, aber die uns eigenständig erreicht haben. Also da haben wir kompletten Zugriff auf das gesamte Material, werten das eigenständig aus. Wir haben dafür auch extra Auswerter nochmal geschult, weil die Bildqualität von Videos teilweise sehr schlecht ist und es da mittlerweile hervorragende Software gibt, die im Prinzip in einer Einzelbildbetrachtung Ereignisse ganz anders beobachten und bewerten lassen, als wenn man da den normalen Lauf des Videos hat.

Zu der Frage der Übermittlung des Materials, es gibt die Aussage des Polizeipräsidenten, dass wir jedes Material, das wir benötigen, bekommen. Das hat bisher auch reibungslos funktioniert. Wir haben aber auch die Möglichkeit, auf bestimmte Einträge selber zuzugreifen, sodass wir in einem sehr großen Umfang eigentlich auch einschätzen können, sind die Ergebnisse, die uns übermittelt werden beziehungsweise die Materialien vollständig. Natürlich ist es nicht möglich, zu jedem einzelnen Fall dann nochmal selber in die Akten einzusteigen und zu gucken, ist das jetzt wirklich alles gewesen, aber bisher haben wir keinen Anhaltspunkt, dass wir Materialien nicht bekommen haben. Wir haben mit den Gegenchecks, die wir machen können, da überhaupt keine Anhaltspunkte bisher bekommen. Und insofern ist die Frage, gibt es etwas, auf das wir zugreifen wollen, aber nicht können, die stellt sich nicht beziehungsweise ich kann klar beantworten, das, was wir benötigen, bekommen wir.

Vorsitzender: Frau Friederichs.

Abg. Martina Friederichs: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich würde gerne nochmal die Nacheinanderbearbeitung der Fälle beziehungsweise Zusammenarbeit zwischen Ihnen beiden beleuchtet wissen. Wann wurden die Fälle denn jeweils abgegeben an die Staatsanwaltschaft? Gab es da sozusagen eine Vorabinformation oder eine frühe Information jetzt bei den G20-Fällen oder läuft das hier in den Fällen auch so wie üblich, sage ich mal, oder gibt es da Besonderheiten? Vielleicht können Sie da nochmal was zu sagen.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Herr Krüger, gegebenenfalls ergänzt dann nochmal durch Herrn Fröhlich.

Herr Georg Krüger: Ja, man kann das tatsächlich schwer beantworten mit einer Pauschalität beziehungsweise mit einem Automatismus. Wir haben ganz zu Beginn uns mit dem Sonderdezernat innerhalb der Staatsanwaltschaft zusammengesetzt und haben besprochen, wie wollen wir vorgehen. Herr Fröhlich hat es eben auch schon angesprochen, auch die Frage, ab wann wird sozusagen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Wir haben es in der Regel so gemacht, dass wir zunächst einmal die verfügbaren polizeilichen Unterlagen beigezogen haben, damit man zumindest eine erste Einschätzung überhaupt vornehmen konnte zu dem, was angezeigt wurde beziehungsweise uns erreicht hatte. Dann haben wir durchaus auch im Einzelfall schon in der direkten Absprache mit der Staatsanwaltschaft erörtert, ob dieser Fall

bei uns zunächst einmal eigenständig weiter bearbeitet wird oder ob er schon vorab zur Staatsanwaltschaft gegeben wird. Das lag wirklich dann im Einzelfall. Dort hat die Leitung der Sonderkommission in Abstimmung mit den jeweiligen Kriminalbeamtinnen und Kriminalbeamten, aber auch durchaus im Einzelfall dann in der Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft bewertet, ist das ein Fall, der direkt rüber muss oder nicht. Auch die Staatsanwaltschaft braucht ja eine gewisse Informationsgrundlage, deswegen macht es keinen Sinn, eine Akte sofort rüberzugeben, sondern wir haben versucht, sie sozusagen erstmal so weit anzureichern mit verfügbaren Informationen, teilweise auch schon Videoauswertungen, dass die Staatsanwaltschaft auch überhaupt erstmal eine Bewertung vornehmen kann. Unabhängig davon wurden Ermittlungsverfahren auch zunächst erstmal zum Eintragen an die Staatsanwaltschaft gegeben, kamen dann aber unmittelbar wieder zurück, um die weiteren Ermittlungen zu führen. Also insofern, es gibt da keinen Mechanismus, der in jedem Fall greift, sondern es hat wirklich sehr viel damit zu tun, wie trägt sich der Sachverhalt beziehungsweise der Vorwurf zu und welche Informationen können wir schnell erstmal verfügbar machen, um überhaupt eine Erstbewertung vornehmen zu können.

Vorsitzender: Frau Schneider.

Abg. Christiane Schneider: Herr Krüger, habe ich Sie richtig verstanden, Sie schauen sich die Videos an, die Sie von der Soko bekommen, und Sie haben alle bekommen – ich bin noch nicht ganz fertig –, aber Sie schauen Sie auch selbstständig an? Und da frage ich, das sind ja, eine Zahl war mal 100 Terabyte, das sind ja sehr viele. Und Sie haben 15 immer noch, glaube ich, nehme ich an, Mitglieder der Soko, also 14,35 VZÄ, um das haushalts-technisch zu sagen. Wie weit sind Sie ungefähr mit der Durchsicht dieser Videos? Oder gehen Sie tatsächlich systematisch dran? Schaffen Sie das mit Ihren Kräften überhaupt, systematisch diese Videos anzusehen oder wie gehen Sie damit um?

Herr Georg Krüger: Da das nicht leistbar ist ...

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Auswertung des Videomaterials, Herr Krüger, bitte.

Herr Georg Krüger: Habe ich ja Glück gehabt. Ja, entschuldigen Sie. Was nicht leistbar ist, ist, dass wir uns wirklich das gesamte Videomaterial von vorne bis hinten angucken. Was ... Wie gehen wir vor? Wenn wir zu einem Prüfsachverhalt oder aber zu einem Ermittlungsverfahren in der Regel, sage ich jetzt einmal, Zeit- und Ortsangaben gehabt haben oder aber wir konnten aufgrund von Einträgen in EPS-web oder ähnlichen Anhaltspunkten das eingrenzen, dann war die Aufgabe der Videoauswerter, dass sie, - das ist technisch unterstützt worden - eine Selektion der verfügbaren Videos zu diesem Zeit- und zu diesem Ortsbereich vornehmen konnten. Das kann man dann etwas größer ziehen und dann hat man eine Anzahl von Videos, die liegt manchmal bei 0, die liegt aber manchmal auch bei durchaus vielleicht 50 oder 60 Videos, wobei, ein Video kann durchaus eine Aufzeichnung von zwölf Stunden beinhalten, ein anderes Video ist wenige Sekunden lang. Das war dann die Aufgabe der Videoauswerter, das zunächst erstmal mengenmäßig zu sortieren. Ihre Aufgabe war nicht die Bewertung. Die Bewertung oblag dann den Ermittlern und in der Rückkopplung wurde dann das entsprechende Videomaterial weitergereicht beziehungsweise aufbereitet mit den technischen Möglichkeiten, die wir jetzt dazu haben. Insofern ist das eine zielgerichtete Auswertung, anlassbezogen. Was wir nicht leisten können, ist, dass wir wirklich das gesamte Material uns ansehen. Das ist schlicht und einfach nicht möglich.

Vorsitzender: Dann habe ich keine weiteren Fragen mehr.

Zu TOP 2

Vorsitzender: Dann sind wir auch mit diesem Tagesordnungspunkt durch. Und über die nächste Sitzung machen sich die Obleute wie immer Gedanken.

Zu TOP 3

Vorsitzender: Dann haben wir den Tagesordnungspunkt 3, Verschiedenes. – Sehe ich nichts. Dann bedanke ich mich und wünsche allen eine gute Sommerpause. Wir sehen uns im August wieder.

gez.
Milan Pein (SPD)
(Vorsitz)

gez.
Dennis Gladiator (CDU)
(Schriftführung)

gez.
Frauke Bai,
Sarah Lang
(Sachbearbeitung)